



Franz Steindler

24 Jahre
Mitglied des Gemeinderates

der

Marktgemeinde
Brunn am Gebirge

Erinnerungen

Jänner 2010



Franz Steindler, geboren am 25. 12.1954

- 1985 – 2009 Mitglied des Gemeinderates
- 1987 – 1993 Mitglied des Gemeindevorstandes
Geschäftsbereich:
Bau-, Planungs- und Verkehrsangelegenheiten
- 1993 – 2009 Mitglied des Gemeindevorstandes
Geschäftsbereich:
Finanz- und Vermögensangelegenheiten,
Gemeindewohnhäuser, Liegenschaften
- 1997- 2005 Geschäftsführer der Sozialzentrum Betrieb- und
Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
- 1993 – 2008 Klubsprecher der sozialdemokratischen
GemeinderätInnen

Inhaltsverzeichnis

Hinter den Kulissen: Die Arbeit des Gemeinderates	Seite	4
Liste der GemeinderätInnen 1985 – 2009	Seite	7
Einstieg in die Kommunalpolitik	Seite	10
Aktivitäten als „einfacher“ Gemeinderat	Seite	11
Aktivitäten als Baureferent der Gemeinde 1987 - 1993	Seite	11
Aktivitäten als Finanzreferent der Gemeinde 1993 – 2009	Seite	18
Budgetreden 1993 – 2009	Seite	19
Bilanz als Finanzreferent	Seite	70
Aktivitäten als Geschäftsführer der gemeindeeigenen Betriebsgesellschaft	Seite	72
Aktivitäten als Liegenschaftsreferent 2005- 2009	Seite	73
Klubsprecher der SPÖ GemeinderätInnen 1993 – 2008	Seite	76
Schlussbemerkungen und Zukunftswünsche	Seite	79
Verleihung des Ehrenringes	Seite	81

Hinter den Kulissen: Die Arbeit des Gemeinderates

Die Marktgemeinde Brunn am Gebirge feierte 2009 das 55. Jubiläum der Wiedererlangung der Selbständigkeit. Diese fünfeinhalb Jahrzehnte Gemeindegeschichte sind von einer rasanten und zum überwiegenden Teil sehr positiven Entwicklung für Brunn am Gebirge geprägt. Die markanteste davon ist wohl die, dass sich die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum nahezu verdoppelt hat. Parallel dazu hat die Wohnbautätigkeit, die Mobilität und somit auch die Entwicklung des Individualverkehrs stark zugenommen. Dieser Umstand spiegelt somit einerseits den erreichten Wohlstand andererseits aber auch die Schattenseiten, wie sie für eine Gemeinde am Rande einer Großstadt häufig anzutreffen sind, wider.

Eine rasante Entwicklung, mit unzähligen Problem- und Themenstellungen mitzuerleben und gleichzeitig positiv für die Bevölkerung mitzugestalten, fordert von den Entscheidungsträgern, insbesondere in der Gemeindeverwaltung, ein hohes Engagement und Verantwortungsbewusstsein. Viele engagierte Einzelpersonen bleiben häufig ungenannt, weil die moderne Mediengesellschaft gewohnt ist, Ereignisse auf die Spitzen von Organisationen zu fokussieren und Hintergründe und Entwicklungsschritte kaum auszuleuchten. Aus diesem Grund habe ich mich entschlossen, die Mitarbeit im Brunner Gemeinderat an markanten Projekten aus den vergangenen 24 Jahren kurz zusammenzufassen und Revue passieren zu lassen.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Brunn am Gebirge besteht aus 33 Mitgliedern. Derzeit (Jänner 2010) sieht die Aufteilung auf die Parteien wie folgt aus: 15 SPÖ, 13 ÖVP, 4 Grüne, 1 Parteiloser. Im Gemeindevorstand – das sind die geschäftsführenden GemeinderätInnen - sind 10 GemeinderätInnen vertreten: 5 SPÖ (ein Vorstandsmandat wurde von der SPÖ an die Grünen im Rahmen der Koalitionsvereinbarung abgetreten), 4 ÖVP, 1 Grüne.

Demokratierechtlich betrachtet ist der Gemeinderat das einzige Organ der Gemeinde, das direkt von den WählerInnen gewählt wird. BürgermeisterInnen, VizebürgermeisterInnen, geschäftsführende GemeinderätInnen sowie Gemeinderatsausschüsse werden jeweils vom gesamten Gemeinderat gewählt.

Vielbeschäftigte Vorstandsmitglieder

Eine Brunner Tradition ist das große Arbeitspensum, das von den geschäftsführenden GemeinderätInnen und den ihnen zugeordneten Gemeinderatsausschüssen geleistet wird. Es werden nahezu alle Agenden des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde in den Ausschüssen beraten, diskutiert und verhandelt. Dazu kommen die vorbereitenden Besprechungen und Verhandlungen mit externen Fachleuten, Interessenten und betroffenen BürgerInnen.

Tagesordnungen für die Gemeindevorstands- oder Gemeinderatssitzungen, die auf dieser Vorarbeit aufbauen, mit 50 oder 60 Punkten sind die Regel und kurze Sitzungen die Ausnahme.

Die „Zuspitzung“ auf die geschäftsführenden GemeinderätInnen resultiert aus der Doppelfunktion, die sie erfüllen: Einerseits Mitglied des Gemeindevorstandes mit einem zugeteilten Geschäftsbereich und Weisungsgebundenheit gegenüber dem Bürgermeister;

andererseits als Vorsitzende(r) eines Gemeinderatsausschusses - mit dem gleichen Aufgabenbereich - direkt dem Gemeinderat gegenüber berichtspflichtig und verantwortlich.

Verglichen mit anderen Gemeinden ist Brunn in diesem Zusammenhang eher eine Ausnahme, denn nach der NÖ Gemeindeordnung könnten Vorstandsmitglieder und Ausschussvorsitzende unterschiedliche Personen sein. Für die Gemeinde würde das etwas teurer kommen, weil der Ausschussvorsitz zusätzlich honoriert werden müsste. Brunn hat sich für die „sparsamere“ Variante entschieden und bezahlt nur die Vorstandsfunktion. Die jeweiligen Bereiche, für die die geschäftsführenden GemeinderätInnen zuständig sind, werden daher in Brunn immer stark von den jeweiligen Personen beeinflusst und geprägt.

Stolz bin ich vor allem darauf, dass es in den 24 Jahren, die ich dem Brunner Gemeinderat angehört habe, gelungen ist, viele Angelegenheiten sinnvoll zu regeln und im Gemeinderat durchzubringen. An erster Stelle nenne ich dabei die, jeweils mit großer Mehrheit gefassten, Beschlüsse über die Haushaltsvoranschläge und die Rechnungsabschlüsse. Ein weiteres Beispiel einer guten Zusammenarbeit, über Parteigrenzen hinweg, ist das gemeinsame Führen von Verhandlungen für die Gemeinde, vor allem im Immobilienbereich, durch Kollegen Julius Niederreiter und meiner Person. Es wird im Besitz bzw. Eigentum der Gemeinde, in den letzten 24 Jahren, kaum eine Liegenschaft geben, deren Verkaufs- oder Ankaufskonditionen nicht von uns beiden mit den jeweiligen Interessenten ausverhandelt wurde. Wir sind zu einem guten Verhandlungsteam geworden und konnten für die Gemeinde sehr gute Ergebnisse erzielen.

In meiner „Gemeindezeit“ konnte ich oft beobachten, dass sich bei der Abwicklung der verschiedenen Gemeindeprojekte zwischen den SachbearbeiterInnen und geschäftsführenden GemeinderätInnen sehr positive und fruchtbare Kooperationen ergeben haben. Diese kleinen „Schicksalsgemeinschaften“ bei der Bearbeitung unterschiedlichster Angelegenheiten und Aufgabenstellungen wirkten sich in überwiegender Zahl positiv für die Gemeinde und somit für die Bürgerinnen und Bürger aus.

Wichtige Rolle des Bürgermeisters und der Leitenden Beamten

Es soll auch erwähnt werden, dass für die Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse in erster Linie der Bürgermeister, die Bürgermeisterin verantwortlich zeichnet. BürgermeisterIn, leitende GemeindebeamtIn, die AbteilungsleiterInnen und die Bediensteten prägen naturgemäß sehr stark das Bild, das die BürgerInnen von der Gemeinde haben. Vor allem die leitenden BeamtInnen spielen eine zentrale Rolle im Gemeindegeschehen. Einigen ist der verstorbene Oberamtsrat Leopold Scherz noch gut in Erinnerung. Ihm ist Oberamtsrat Josef Wandl als Leitender Gemeindebeamter nachgefolgt und ist das bis zum Jahr 2000 geblieben. Mit dem jetzigen Leitenden Gemeindebeamten, Wolfgang Schragner und seinem Stellvertreter Herbert Holi, hat in den vergangenen Jahren für die Gemeindeverwaltung eine neue Ära begonnen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die ständige Weiterentwicklung der Gemeindeverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen mit einer besonderen Aufgabenstellung.

Alles in allem ist das Geheimnis einer funktionierenden Gemeindeverwaltung die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den von der Bevölkerung gewählten GemeinderätInnen, dem vom Gemeinderat gewählten Bürgermeister und den hauptamtlich Bediensteten. Alle zusammen bemühen sich ständig, die Lebens- und Wohnqualität in unserer Gemeinde zu erhalten und zu verbessern.

Anmerkungen zur Gemeinderatsperiode 2005 - 2010

Im Brunner Gemeinderat gibt es seit vielen Jahren ein gutes und konstruktives Klima. Ab dem Jahr 2005 waren allerdings die Beziehungen zwischen den Gemeinderatsfraktionen stärkeren „emotionalen“ Schwankungen unterworfen. Durch das Ausscheiden von BGM Ernst Nakladal ist die SPÖ geschwächt in die Gemeinderatswahl 2005 gegangen und hat zwei Mandate verloren. Die ÖVP konnte die kurzfristige Schwächephase der SPÖ ausnützen und mit einem neuen Team drei Mandate gewinnen. Dass die ÖVP Spitzenkandidatin nach eineinhalb Jahren zurücktreten und kurz vor der nächsten Wahl wiederkommen würde, konnten die Wählerinnen und Wähler 2005 noch nicht wissen. Die Grünen haben ein Mandat dazugewonnen. Bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen ist es wider Erwarten nicht zu einer „großen Koalition“ zwischen SPÖ und ÖVP, sondern zu einer kleinen, zwischen SPÖ und Grünen, gekommen. Das neue ÖVP Team hat seine historische Chance auf den Bürgermeisterposten gesehen und war zu keinen ernsthaften Verhandlungen mit der SPÖ bereit. Die Grünen wiederum waren das „Zünglein an der Waage“ und haben den „Preis“, für den Eintritt in eine Koalition, sehr hoch angesetzt. Ein zusätzliches Vorstandsmandat, den Vizebürgermeisterposten, einen Geschäftsführer in der Betriebsgesellschaft und erweiterte Kompetenzen für die beiden Vorstandsmandate. Die Grünen hatten eine starke Verhandlungsposition, weil sie sich auch für die ÖVP und Petra Skala als Bürgermeisterin entscheiden hätten können. An entsprechenden Angeboten seitens der ÖVP dürfte es nicht gemangelt haben. Jedenfalls ist es, nach Abschluss der Verhandlungen zwischen SPÖ und den Grünen, beeinflusst von den genannten Rahmenbedingungen, 2005 zu einer Koalition gekommen, an deren Spitze Bürgermeisterin Helga Markowitsch und Vizebürgermeisterin Monika Moser gestanden sind. Dem Koalitionsausschuss haben neben den beiden Genannten noch die Klubsprecher Gerhard Janik für die Grünen, Franz Steindler für die SPÖ sowie Alois Lick für die SPÖ und Peter Lang für die Grünen angehört.

Anfang August 2009 habe ich – geplant und im Einvernehmen mit meinen FraktionskollegInnen - sämtliche Gemeindefunktionen zurückgelegt und bin aus dem Gemeinderat ausgeschieden. Mein Nachfolger als Finanzreferent wurde GR Matthias Müller. Mit 30. November 2009 hat BGM Helga Markowitsch ebenfalls alle Gemeindefunktionen zurückgelegt und ist auch aus dem Gemeinderat ausgeschieden.

In der darauffolgenden Gemeinderatssitzung am 3. Dezember 2009 wurde Dr. Andreas Linhart zum neuen Bürgermeister von Brunn am Gebirge gewählt. Die Grünen haben VBGM Monika Moser im Dezember 2009 aus dem Gemeindevorstand abberufen, wodurch sie ihre Vizebürgermeisterfunktion verloren hat. Ihre Nachfolgerin als Vizebürgermeisterin wurde GR Andrea Lorenz von den Grünen.

Das von den anderen Gemeinderatsfraktionen oft geschmähte „Rot-Grüne Projekt“ hat die gesamte Gemeinderatsperiode 2005 – 2010 gehalten; es war sicher nicht friktionsfrei, hat aber doch einige interessante Aspekte in die Brunner Kommunalpolitik eingebracht und auch einiges umgesetzt.

Nachstehend eine alphabetische Liste jener GemeinderätInnen (mit der jeweils höchsten Funktion), die mit mir in den vergangenen 24 Jahren - zumindest eine bestimmte Zeit – gleichzeitig dem Gemeinderat der Marktgemeinde Brunn am Gebirge angehört haben:

GGR	Allen	DI Peter	ÖVP	2005	bis	lfd.
GR	Auer	Ernst	ÖVP	1999	bis	2000
GR	Augesky	Margarethe	FPÖ	1992	bis	1995
GR	Baltres	Johanna	ÖVP	1990	bis	2000
GR	Bauer	Alfred	SPÖ	1990	bis	1992
GGR	Beck	Mag. Christian	ÖVP	1986	bis	1997
GR	Berger	Ing. Wolfgang	FPÖ	1995	bis	2005
GR	Bleyer	Willibald	SPÖ	1998	bis	2004
GGR	Brunner	Dr. Ernst	ÖVP	2000	bis	lfd.
GR	Buzek	Thomas	ÖVP	2005	bis	lfd.
GGR	Charvat	Robert	ÖVP	1967	bis	2003
GR	Chvala	Dr. Franz	ÖVP	1990	bis	1995
GGR	Csörgits	Friedrich	SPÖ	1979	bis	1987
GGR	Czech	Leopold	SPÖ	1984	bis	1998
GR	Feichter	Gerhard	ÖVP	2007	bis	lfd.
GR	Friedrich	Hermann	ÖVP	1985	bis	1990
GR	Fronaschitz	Thomas	SPÖ	2006	bis	lfd.
GGR	Führnstahl	Erich	FPÖ	1995	bis	lfd.
GGR	Gessl	Josef	SPÖ	1985	bis	1995
GR	Güntner	DI Roland	ÖVP	2000	bis	2005
GR	Harrer	Dr. Michael	ÖVP	1979	bis	1990
GR	Hasenöhrl	Susanne	SPÖ	1992	bis	2003
GR	Haumer	Gerhard	ÖVP	2000	bis	2005
GR	Hauswirth	Manuela	Grüne	2009	bis	lfd.
GR	Hebenstreit	Ferdinand	ÖVP	1975	bis	1988
GR	Heckl	Ing. Felix	Grüne	2000	bis	2005
GGR	Hiermann	Sabine	Grüne	2000	bis	2005
GR	Hirsch	Brigitta	SPÖ	1996	bis	lfd.
GR	Höfer Lusk	Ingrid	LIF	1995	bis	2000
GR	Hoffmann	Dr. Dimiter	SPÖ	1994	bis	1996
GR	Hrubec	Alois	ÖVP	1985	bis	1990
GR	Huber	Josef	ÖVP	2005	bis	lfd.
GR	Ilmer	Katharina	ÖVP	2007	bis	lfd.
GR	Janik	Gerhard	KPÖ	1990	bis	1992
GGR	Janik	Gerhard	Grüne	2005	bis	2009
GGR	Janik	Friedrich	KPÖ	1954	bis	1986
GR	Janu	Ingrid	SPÖ	1984	bis	1995

GR	Kaufmann	Mag. Herbert	SPÖ	1979	bis	1993
GR	Kläring	Gabriele	ÖVP	2005	bis	lfd.
GR	Kohl	Wolfgang	ÖVP	1988	bis	2000
GR	Kohl	Wolfgang	ÖVP	2002	bis	2005
GR	Kremsner	Ing. Walter	LIF	1995	bis	1999
GR	Kreuzwiesner	Eduard	ÖVP	1995	bis	1999
GR	Kreuzwiesner	Josefine	ÖVP	1970	bis	1990
GR	Krischke	Hermine	ÖVP	2003	bis	2005
GR	Krottner	Eva-Maria	FPÖ	2000	bis	2005
GGR	Kuffner	Karl	SPÖ	1991	bis	1994
GR	Kvasnicka	Heinz	ÖVP	1993	bis	2000
GR	Lackner	Peter	ÖVP	2005	bis	lfd.
GGR	Lang	Peter	Grüne	2005	bis	lfd.
GR	Lang	Malgorzata	ÖVP	2005	bis	2007
GGR	Legat	Sigfried	SPÖ	1979	bis	1995
GGR	Lichtblau	Elisabeth	ÖVP	1997	bis	lfd.
GGR	Lick	Alois	SPÖ	1995	bis	lfd.
BGM	Linhart	Dr. Andreas	SPÖ	2000	bis	lfd.
GR	Lohse	Ing. Dietrich	KPÖ	1986	bis	1990
VBGM	Lorenz	Andrea	Grüne	2005	bis	lfd.
GR	Lukassen	Gabriele	SPÖ	1995	bis	lfd.
GR	Mailling	Gertrud	SPÖ	1993	bis	2005
GR	Mandelik	Brigitte	SPÖ	2000	bis	2004
BGM	Markowitsch	Helga	SPÖ	1979	bis	2009
GR	Mirwald	Alfred	KPÖ	1992	bis	1995
GR	Mörk- Mörkenstein	DI Dr. Rudolf	ÖVP	2003	bis	2005
VBGM	Moser	Monika	Grüne	2000	bis	lfd.
GGR	Moser	Mag. Kurt	ÖVP	2005	bis	lfd.
GR	Müller	Harald	ÖVP	1985	bis	2000
GGR	Müller	Matthias	SPÖ	2000	bis	lfd.
BGM	Nakladal	Ernst	SPÖ	1975	bis	2005
GR	Nejedlik	Günther	SPÖ	1995	bis	2005
VBGM	Niederreiter	Julius	ÖVP	1979	bis	2005
GR	Niegl	Martin	ÖVP	2005	bis	lfd.
GR	Niegl-Richter	Andrea	SPÖ	2005	bis	lfd.
GR	Novotny	Edda	LIF	1999	bis	2000
GR	Opelka	Wilhelm	ÖVP	1990	bis	1998
GGR	Painz	Karl	ÖVP	1970	Bis	1986
GR	Pleyer	Waltraud	SPÖ	1985	bis	2000
GR	Prosenbauer	Oliver	ÖVP	2005	bis	lfd.

GR	Pscheidl	Franz	SPÖ	1971	bis	2000
GR	Radl	Mag. Martina	ÖVP	1985	bis	1998
GR	Radl	Mag. Friedrich	FPÖ	1995	bis	1998
GR	Radschiner	Guido	ÖVP	1993	bis	1995
GR	Radschiner	Guido	ÖVP	1998	bis	2000
GR	Ramerseder	Axel	SPÖ	2004	bis	2006
GGR	Raps	Wilhelm	SPÖ	1985	bis	1995
GR	Richter	Chrisitine	FPÖ	1990	bis	1995
GR	Richter	Günther	KPÖ	1979	bis	1990
GR	Roszner	Gerold	SPÖ	2007	bis	lfd.
GR	Scheck	Gabriele	ÖVP	2005	bis	lfd.
GGR	Schiener	Gabriele	SPÖ	1995	bis	lfd.
GR	Schittenhelm	Dr. Rainer	ÖVP	1986	bis	1988
GGR	Schmutz	Dr. Erich	ÖVP	1979	bis	2002
GR	Schneeberger	Josef	FPÖ	1998	bis	2000
GGR	Skala	Petra	ÖVP	2000	bis	2007
GGR	Steindler	Franz	SPÖ	1985	bis	2009
GGR	Steiner	Gabriele	SPÖ	2004	bis	lfd.
VBGM	Sturm	Paul	ÖVP	1965	bis	1986
GR	Svec	Albert	ÖVP	1981	bis	1995
GGR	Szaal	Ilse	ÖVP	1988	bis	2005
GR	Urbanek	Wolfgang	SPÖ	2000	bis	2007
GR	van Leenhoff	Johannes	ÖVP	1990	bis	1993
GGR	Weber	Prof. Helmut	ÖVP	1985	bis	1990
GGR	Weginger	Silvia	SPÖ	1985	bis	lfd.
GR	Welley	Monika	ÖVP	1995	bis	2003
GR	Wiedeschitz	Johann	FPÖ	1990	bis	1992
GR	Wieninger	Karl	ÖVP	1985	bis	1995
GGR	Wlaka	Ing. Diether	SPÖ	1987	bis	2000
VBGM	Zeglovits	Dr. Helmut	SPÖ	1977	bis	1991
GR	Zelber	Ing. Dieter	SPÖ	2006	bis	lfd.
GGR	Znaimer	Margarete	KPÖ	1954	bis	1990

Einstieg in die Kommunalpolitik

Meine politische Arbeit für Brunn am Gebirge hat 1979 begonnen. Kurz nach Brunn zugezogen, durfte ich bei der Gemeinderatswahl 1979, es war eine vorgezogene Wahl, Stimmzettel verteilen. SPÖ Spitzenkandidat war der damalige Bürgermeister Franz Weiss. Obwohl ich die politischen Verhältnisse in Brunn am Gebirge kaum kannte, hat mein Einstieg in die Brunner Kommunalpolitik gleich mit einer Gemeinderatswahl begonnen.

Nach Brunn am Gebirge bin ich gekommen, weil mir der verstorbene Bundesminister a.D. Josef Hesoun eine Wohnung in der neuen Wohnhausanlage „Franz Anderle Platz“ vermittelt hat. Meine Frau und ich hatten an der ausgewählten Wohnung sofort Gefallen gefunden und sind im November 1979 eingezogen. Im Anschluss an den Besuch der Sozialakademie in Hinterbrühl, die ich 1979 mit einem ausgezeichneten Erfolg abschließen konnte, habe ich bei der Arbeiterkammer Niederösterreich, als Sachbearbeiter für Jugendschutzfragen, begonnen. Nach einem Jahr bin ich zum Österreichischen Gewerkschaftsbund gewechselt und wurde als Bezirkssekretär für Mödling angestellt.

Meine „Gewerkschaftskarriere“ - und somit die Voraussetzung für den Besuch der Sozialakademie der Arbeiterkammer Wien - hat als junger Buch- und Offsetdrucker bei der Druckerei Stummer in Waidhofen an der Ybbs begonnen. Dort wurde ich 1976 zum Betriebsrat gewählt. Politisch war ich in meiner Lehrzeit (1970 bis 1974) sporadisch in der JG Waidhofen/Ybbs und ab 1974 in der SPÖ Hollenstein an der Ybbs, als Subkassier, tätig. Politisches Interesse gehörte somit schon früh zu meinem Leben und einmal geweckt, hat es mich nicht mehr losgelassen.

In Brunn am Gebirge erlebte ich in meinen ersten Jahren noch den Ausklang einer politischen Ära, die mit den Namen Franz Weiss, Josef Hesoun, Ing. Josef Gattermaier, Friedrich Janik, Gretl Znaimer, Hans Bubich, Josefine Toth, Elfriede Stadlmann, Josefine Kreuzwiesner, Friedrich Kranzelmayer, Paul Sturm, Karl Painz, Franz Krikawa, Oberamtsrat Leopold Scherz u.a.m. in Verbindung zu bringen ist.

Es ist eine Zeit gewesen, die von großen Persönlichkeiten geprägt war, aber auch noch den Nimbus des politischen „Lagerdenkens“ in sich getragen hat. Mit der Ära von Bürgermeister Ernst Nakladal hat eine gewisse Wende eingesetzt. Anstatt politischer Gegensätze wurde verstärkt das Suchen nach Konsens in den Vordergrund gestellt. Auch ich bin ein Anhänger dieses Politikverständnisses und sehe darin bessere Möglichkeiten Dinge voranzubringen.

Teilweise habe ich Ende der siebziger Jahre innerhalb der Brunner SPÖ den politischen Generationswechsel miterlebt. Namentlich verbinde ich damit vor allem Dr. Helmut Zeglovits, Mag. Herbert Kaufmann, Helga Markowitsch, Heribert Seebald, Dir. Walter Linhart, Josef Wandl und Friedrich Csörgits. Einerseits war dieser Übergang für einige Persönlichkeiten, beispielsweise für den langjährigen Parteivorsitzenden Ing. Josef Gattermaier, schwierig und schmerzhaft, andererseits aber notwendig und gut, wie die nachfolgenden Jahre gezeigt haben.

Nach fünfjähriger Mitarbeit im Ortsausschuss der SPÖ wurde ich für die Gemeinderatswahlen 1985 an wählbarer Stelle kandidiert und bin somit im gleichen Jahr in den Gemeinderat eingezogen.

1985 – 1987

Aktivitäten als „einfacher“ Gemeinderat

Die ersten Jahre als Mitglied des Gemeinderates waren durch die Möglichkeit einer interessanten Mitarbeit in einzelnen Gemeinderatsausschüssen und den vierteljährlichen Gemeinderatssitzungen geprägt. Konkret waren es der Bau-, Kultur- und der Prüfungsausschuss. Im Wesentlichen bestanden die Mitwirkungsmöglichkeiten in einer aktiven Beteiligung in den Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen sowie in der Teilnahme an Bauverhandlungen. Intensiv wurde es mit der Wahl in den Gemeindevorstand. Das passierte im Herbst 1987.

1987 – 1993

Aktivitäten als Baureferent der Gemeinde

Die Bestellung zum Baureferenten der Marktgemeinde Brunn am Gebirge erfolgte unerwartet. Friedrich Csörgits legte nach internen Auseinandersetzungen überraschend seine Funktion zurück. Auf Vorschlag meiner Fraktion und des Bürgermeisters wurde ich im September 1987 in den Gemeindevorstand gewählt und zum Baureferenten bestellt. Es war gut, dass ich nicht geahnt hatte, wie groß mein Aufgabenbereich sein und wie sehr er mich fordern würde. Viele Projekte haben sich nacheinander aufgetürmt und mussten bearbeitet werden. Energie und Elan waren genug vorhanden und so habe ich ein Projekt nach dem anderen abgearbeitet. An Mitarbeitern im Bauamt sind mir vor allem Ing. Kurt Weese, Ing. Michael Gattermaier, Ing. Albert Rohaczek und Fachoberinspektor Otmar Kaschnig hilfreich zur Seite gestanden. Vergessen möchte ich nicht, wie viel ich von den externen Beratern der Gemeinde im Baubereich, Dipl. Ing. Norbert Hary und Arch. Mag. Johann Pleyer, bei den zahlreichen Beratungen und Sitzungen über das Bauwesen und über örtliche Raumordnung erfahren und lernen konnte.

In weiterer Folge möchte ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - Projekte anführen, mit denen ich maßgeblich als Baureferent beschäftigt war und von denen ich glaube, dass sie für unsere Gemeinde von prägender Bedeutung waren und nach wie vor sind.

1987

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Ein „Erbstück“ von meinem Vorgänger im Baureferat, dem geschäftsführenden Gemeinderat Friedrich Csörgits, war der notwendige Abschluss der Arbeiten am örtlichen Raumordnungsprogramm. Konkret ging es um die Fertigstellung des begonnenen Flächenwidmungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet und darauf aufbauend, um die Erarbeitung eines Bebauungsplanes. Fachlich wurden die Arbeiten von der Planergemeinschaft Architekt Mag. Johann Pleyer und Dipl. Ing. Norbert Hary betreut.

Die Sensibilität des Aufgabenbereiches war offensichtlich und deutlich spürbar, wurde doch seitens der anderen Fraktionen – insbesondere den Ausschussmitgliedern der ÖVP – hinter jeder vorgeschlagenen Maßnahme eine politische Motivation vermutet. Zu jung war noch die Erinnerung an die große Rückwidmung der Newag/Niogas - Gründe im südöstlichen Teil der Gemeinde von Bauland Kerngebiet auf Grünland Sport. Verhindert wurde mit dieser Rückwidmung der Bau von geschätzten tausend Wohneinheiten, mit denen spielend – durch gezielte Wohnungsvergabe an Parteigänger - die politische Landschaft in Brunn am Gebirge verändert werden sollte. Die Gemeinde wurde in weiterer Folge seitens der Grundstückseigentümer mit einer Schadenersatzklage in der Höhe von rund 60 Millionen Schilling belegt. Obwohl sogar die Höchstgerichte befasst wurden, ist es tatsächlich nie zu einer Schadenersatzzahlung gekommen. Die Grundstückseigentümer konnten die für einen Schadenersatzanspruch notwendig gewesenenen, „tatsächlichen“ Aufwendungen nie nachweisen und sind daher letztendlich mit ihrer Klage nicht durchgekommen. Vertreten wurde die Gemeinde damals von Rechtsanwalt Dr. Schlesinger aus Baden. Der positive Verfahrensausgang ist nach meiner Einschätzung auch zu einem guten Teil seinem Engagement zu verdanken.

Die Diskussion über einzelne Vorhaben und Maßnahmen beim Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Bauausschuss waren wegen ihrer politischen Brisanz naturgemäß sehr heftig. Seitens der ÖVP hat sich damals als Mitglied des Bauausschusses Dr. Michael Harrer, ehemals Sekretär von Dr. Josef Taus und pensionierter Generaldirektor einer großen Versicherung, sehr engagiert und hat manches Wortduell mit mir ausgetragen. Insgesamt konnten die Arbeiten zu einem guten Abschluss gebracht werden. Aus meiner Sicht ist das hauptsächlich deshalb gelungen, weil ich den Fachleuten und den zuständigen Bediensteten die Möglichkeit eingeräumt habe, Lösungsvorschläge zu entwickeln, die fachlich gerechtfertigt waren und daher auch der vorgetragenen Kritik standhalten konnten. Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde somit rechtswirksam und der Bevölkerung in Form einer eigenen Broschüre, zugegangen an jeden Haushalt im Jahr 1992, zur Kenntnis gebracht.

Weitere Projekte, die zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Projekt Golfplatz; Errichtung der Gemeindewohnhausanlage Bahnstraße 50 (63 Wohnungen); Park & Ride Anlage in der Bahngasse.

1988

Neuaufgabe des Brunner Ortsplanes

Als ich das Baureferat übernommen habe, hat es zwar einen gedruckten Ortsplan für das Gemeindegebiet von Brunn am Gebirge gegeben. Dieser war graphisch wunderbar gemacht, inhaltlich aber total überholt.

Sowohl die baulichen und infrastrukturellen Veränderungen aus den 1960er und 1970er Jahren waren nicht enthalten. Somit war ich als „Zuagraster“ vor die Aufgabe gestellt, in kurzer Zeit einen Ortsplan zu entwickeln und aufzulegen, der fachlich in Ordnung war und allen kritischen Anmerkungen standhalten konnte. Keine leichte Aufgabe. Wie immer in solchen Fällen, habe ich versucht die Arbeit so gründlich zu machen, dass man die

persönlichen Nachteile in den Voraussetzungen – als „Zuagraster“ fehlten mir anfangs die notwendigen Ortskenntnisse - im Produkt nicht mehr erkennen konnte.

Helfende Hände und Geister gibt es überall. Man muss nur die entsprechende Sensibilität und Vertrauensbasis entwickeln, damit gerne geholfen wird. Die „Helfer“ müssen sich mit dem entstehenden Produkt identifizieren oder sogar als ihr eigenes sehen können. Mit der Hilfe der MitarbeiterInnen des Bauamtes und der Unterstützung durch das Kulturreferat, insbesondere durch Dr. Erich Schmutz, ist die Herausgabe des neuen Ortsplanes gelungen. Mittlerweile wurden schon mehrere Überarbeitungen vorgenommen und Dank der zahlreichen Werbeeinschaltungen ist der Ortsplan auch mit keinem allzu großen finanziellen Aufwand für die Gemeinde verbunden.

Vorarbeiten zur Aufschließung der Liegenschaft des heutigen Campus 21

Eine der großen Herausforderungen in meiner Funktion als Baureferent war, eine sinnvolle Aufschließung der Austria –Tabak - Liegenschaft in der Feldstraße (ehemalige Linoleumfabrik) zu bewirken. Eingeleitet wurde dieses Vorhaben durch die Absicht der ATW AG auf der genannten Liegenschaft ein großes LKW Terminal, als Ost-West-Umschlagplatz zu errichten. Dieses Projekt wollte in der Gemeinde niemand, da neben der Verkehrsproblematik berechtigterweise zu viele negative Begleiterscheinungen erwartet wurden. Mag. Herbert Kaufmann, damals Fraktionssprecher der SPÖ im Gemeinderat und Abgeordneter zum Nationalrat, fuhr gemeinsam mit mir zum damaligen Generaldirektor der ATW, Beppo Mauhart, um ihm den ablehnenden Standpunkt der Brunner SPÖ mitzuteilen. Gleichzeitig haben wir vorgeschlagen, eine Verwertung der Liegenschaft im Sinn eines modernen - durchgrünten - Gewerbeparks zu überlegen. Generaldirektor Beppo Mauhart hat diesen Vorschlag aufgegriffen und das Innsbrucker Architekturbüro Achamer -Tritthart & Partner mit der Planung, basierend auf unseren Vorstellungen, beauftragt. Abgewickelt wurde über die BOE, einem Tochterunternehmen des genannten Architekturbüros. Seitens der Gemeinde begann ein intensiver Dialog mit dem Planungsbüro, dem Bauamt samt Bauausschuss und unserem Raumplaner Dipl. Ing. Norbert Hary. Bewundernswert war der Elan mit dem seitens der Planer und der Projektentwickler an die Sache herangegangen wurde.

Erfreulich war zusätzlich, dass auch Ideen seitens der Gemeinde einfließen konnten und letztlich auch realisiert wurden. So habe ich vehement auf einen eigenen Autobahnanschluss für diese Liegenschaft gedrängt; die Idee dazu stammt vom damaligen Kanzleileiter, Otmar Kaschnig.

Abzuschließen war ein Aufschließungsübereinkommen zwischen der Betreibergesellschaft und der Marktgemeinde über die Errichtung der Infrastruktur (Straßen, Wasser, Kanal etc.) auf dem Gelände und die Sicherstellung, dass der Gemeinde aus der Aufschließung keine Kosten erwachsen würden. Fortgesetzt und abgeschlossen wurden diese Aktivitäten von meinen Nachfolgern im Baureferat, Karl Kuffner und Dipl. Ing. Diether Wlaka.

Weitere Projekte, die bearbeitet oder zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Ankauf einer Kehrmaschine; Betriebsansiedlung Honda (Ford City Süd); Planungsarbeiten und Grundeinlösungen für die B 12a.

1989

Parzellierung Stierwiese

Die schmucke Einfamilienhaus-Siedlung im Osten unserer Gemeinde bringt so manchen Betrachter zum Staunen. Kaum jemand kennt jedoch die Geschichte der jüngsten Brunner Siedlung genau. Die tatsächliche Aufschließung der Stierwiese, Anfang der neunziger Jahre, wurde von vielen Gemeindevertretern nicht mehr für möglich gehalten. Mehr als zwanzig Jahre wurde davon gesprochen und die unterschiedlichsten Überlegungen angestellt und nichts ist passiert. Von verdichtetem Flachbau über die Errichtung von mehrgeschossigem Wohnbau reichte die Palette der Ideen und Überlegungen. Für mich als Baureferent war klar, dass auf Grund der ohnehin stark steigenden Bevölkerungszahl von einem großvolumigen Wohnbau Abstand genommen werden sollte. Abgesehen davon war die Gemeinde nur zu

rund 50% Eigentümer der Stierwiese. Die anderen 50% teilten sich auf mehrere Grundeigentümer auf, der größte Anteil entfiel auf den privaten Eigentümer Ing. Seepold. Das hieß in diesem Zusammenhang, dass auch die anderen Grundeigentümer für eine bestimmte Bauweise interessiert werden mussten, da deren Zustimmung für die notwendige Grundteilung erforderlich war. Nachdem es leichter ist, über Gestaltungsvarianten zu befinden, wenn solche auch planerisch vorliegen, wurden die beiden Ortsplaner Mag. Johann Pleyer und Dipl. Ing. Norbert Hary von mir eingeladen jeweils eigene Modelle zu präsentieren. Der Bauausschuss sollte sich dann für eine Variante entscheiden bzw. eine Mischung aus beiden Modellen vorschlagen. Entschieden hat sich der Bauausschuss in der Hauptvariante für das Modell von Dipl. Ing. Norbert Harry (gezeichnet von Konrad Tiefenbacher), welches auch realisiert wurde. Viele Überlegungen und Diskussion gab es zu den Themen "Ensemble-Charakter" der Siedlung, einer sinnvollen Verkehrsführung und der Gestaltung des Straßenraumes. Rückblickend betrachtet haben sich die unzähligen Stunden, in denen diskutiert und überlegt wurde, ausgezahlt. Die Stierwiese ist eine Mustersiedlung geworden, auf die unsere Gemeinde stolz sein kann.

Weitere Projekte, die ebenfalls zu bearbeiten waren oder zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Straßenbauprogramm; Örtliches Raumordnungsprogramm; Neugestaltung des Franz Anderle Platzes; Schüttung Wienerbergergelände.

1990

Errichtung der B 12a

Die Errichtung der B 12a, dem Verbindungsstück zwischen der Wienerstraße (Autobahnauffahrt) und der B 17, hatte einige Hürden zu überwinden. Einerseits waren schwierige Grundeinlösungsverhandlungen entlang der Teichgasse zu führen und andererseits gab es Probleme mit der Trassenführung, weil parallel zum Straßenprojekt das Projekt "Golfplatz" auf den Plan getreten war. Zeitweilig schien das eine Projekt durch das andere gefährdet. Die SPÖ Gemeindevertreter sahen sich in erster Linie ihrem Wahlversprechen an die Anrainer, die B 12a zu errichten, verpflichtet. Die Golfplatzerrichter wiederum kämpften um jeden Quadratmeter, damit die 18-Loch-Anlage errichtet werden konnte. Schlussendlich war beides möglich. In Erinnerung bleiben die spannungs- und emotionsgeladenen Sitzungen des Gemeinderates, das Engagement von Bernd Folle als Golfplatzerrichter und Rolls Royce fahrenden ersten Präsidenten des Golf Clubs, die gute Zusammenarbeit mit Liegenschaftseigentümer Johann Breiteneder und die Erkenntnis, dass mit Beharrlichkeit und Lösungswillen auch schwierige Kompromisse gefunden werden können.

Weitere Projekte, die ebenfalls zu bearbeiten waren oder zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Errichtung der Gemeindewohnhausanlage Bahnstraße 50 (63 Wohnungen); Aufschließung der ATW Gründe; Neugestaltung der L. Gattringer Straße; Grundeinlösungen für die B 12a.

1991

Sozialzentrum

Die Idee zur Errichtung von sogenannten Sozialzentren in den Gemeinden stammt vom ehemaligen Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger. Ursprünglich hat es für die Errichtung von Sozialzentren eine großzügige finanzielle Förderung des Landes gegeben, die allerdings sehr schnell wieder eingeschränkt wurde. Unsere Gemeinde ist leider nicht in den Genuss dieser großzügigen Förderung gekommen. "In der Gemeinde alt werden können" lautete das Grundmotiv für die Sozialzentren, die ein spezielles Angebot für betreutes Wohnen im Alter darstellen. Dieser Grundidee hinzugefügt wurde die Brunner Überlegung, weitere Betreuungsangebote im Objekt einzurichten und diese für die BewohnerInnen optional zu gestalten. Das heißt, solange sich Bewohner des Sozialzentrums selbst versorgen können, werden sie nicht verpflichtet irgendwelche soziale Leistung anzunehmen oder mitzufinanzieren.

Im Sozialzentrum selbst ist eine eigene Sozialstation mit Kurzzeitpflegebetten vorhanden, die von der Volkshilfe betreut wird. Die Volkshilfe wiederum hat einen Leistungsvertrag mit der Gemeinde, der eine Abgangsdeckung der Gemeinde bis maximal Euro 100.000 pro Jahr (valorisiert) beinhaltet. Betreiber der Sozialstation ist die Volkshilfe Niederösterreich.

Dem Bau des Sozialzentrums in der F. Schiller Straße sind langwierige Verhandlungen und Planungsarbeiten vorausgegangen. Ein Gutachterverfahren, an welchem sieben Architekten teilgenommen haben, hat die Planungsphase eingeleitet. Das Siegerprojekt der Architekten Taschner & Kinger wurde dann noch mit positiven Elementen anderer Projekte angereichert und letztendlich gebaut. Leider musste von der großzügigeren ursprünglichen Variante einiges eingespart werden, da, wie bereits angeführt, viele Teile nicht mehr gefördert wurden und somit nicht mehr leistbar waren.

Die Errichtung und der Betrieb des Sozialzentrums wurde und wird weiterhin über die Sozialzentrum Betriebs- und Errichtungsgesellschaft abgewickelt, von der ich einer der beiden Geschäftsführer war.

Erwähnenswert ist auch, dass ursprünglich das Grundstück zwischen Sozialzentrum und F. Schiller Straße (der jetzige Park) nicht im Eigentum der Gemeinde stand, sondern einige Zeit vor der Errichtung des Sozialzentrums – ohne meiner Kenntnis - von Herrn Karl Seidl, Eigentümer der gleichnamigen Baufirma, angekauft wurde. Auf diesem Grundstück beabsichtigte Karl Seidl einen Wohnblock mit 23 Wohneinheiten zu errichten und hatte bereits eine Baubewilligung dafür. Mein Bestreben war, dieses Grundstück schnellstens von Herrn Karl Seidl seitens der Gemeinde zu erwerben - zu kaufen oder zu tauschen - und als Parkanlage für das Sozialzentrum zur Verfügung zu stellen. Nach harten Verhandlungen hat Herr Karl Seidl einem Grundstückstausch mit dem besagten Grundstück und dem gemeindeeigenen Grundstück in der Liechtensteinstraße/Ecke Seidlgasse zugestimmt und eine zusätzliche Ausgleichszahlung für das größere Grundstück der Marktgemeinde geleistet. Heute gibt es die schöne Parkanlage neben dem Sozialzentrum und ich freue mich jedesmal, dass es diesen Park gibt. Um ein Haar hätte es anders ausgesehen. Alles in allem ein gelungenes Projekt, auf das die Gemeinde mit Recht stolz sein kann.

Weitere Projekte, die ebenfalls zu bearbeiten waren oder zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Neugestaltung der L. Gattringer Straße; Neugestaltung des Franz Anderle Platzes.

1992

Unterführung Feldstraße

Von vielen als Jahrhundertprojekt bezeichnet, hat die Errichtung der Bahnunterführung Feldstraße tatsächlich unsere Gemeinde nachhaltig verändert. Brunn war durch die vier im Betrieb befindlichen Bahnschranken tatsächlich in zwei Ortsteile getrennt: „Ober der Bahn“ und „unter der Bahn“. Der Bahnschranken in der Feldstraße war an manchen Tagen bis zu 16 Stunden geschlossen. Für viele Bewohner östlich der Bahn eine Mühsal in das Ortszentrum zu gelangen. Andererseits war dieser Bahnschranken eine Behinderung für den Durchzugsverkehr, und viele Verkehrsteilnehmer sind unserem Ortszentrum großräumig ausgewichen. Wie so oft im Leben: Was für die einen ein Segen, ist für die die anderen ein Fluch. Ich glaube aber, dass trotz der Plage durch den Durchzugsverkehrs heute niemand mehr für den alten Zustand eintreten würde. Insbesondere wo Brunn am Gebirge seit ein paar Jahren über eine Schnellbahnverbindung nach Wien - im Viertelstundentakt - verfügt.

Die Errichtung der Bahnunterführung ist viele Jahre an den erforderlichen Grundflächen gescheitert. Mehrere Ausführungsvarianten wurden ausgefertigt, die alle das Manko hatten viel privaten Grund zu beanspruchen, den die Betroffenen naturgemäß nicht gerne bereit waren zu verkaufen. Letztendlich wurde eine platzsparende Lösung - bzw. die Variante bei der die ÖBB selbst den größten Grundanteil zur Verfügung stellen musste – durch einen Gemeindevertreter gefunden. Es war der Vorschlag von Kollegen Julius Niederreiter, der letztendlich zur Ausführung gelangt ist. Maßgeblichen Anteil an der Realisierung hat sicher Bürgermeister Ernst Nakladal. Er war es, der unermüdlich an der Verwirklichung des Projektes gearbeitet hat. Gemeinsam mit der Errichtung des Fußgängerdurchganges am Rennweg und der Auflassung des Bahnschranke in der Wienerstraße und der Vesperkreuzgasse konnten die ÖBB insgesamt vier Bahnschranken einsparen und damit deutlich Kosten reduzieren. Meine Aufgabe als Baureferent war es, für ein gutes arbeitsfähiges Klima zu sorgen, die Verhandlungen über die zusätzlich erforderlichen Grundeinlösungen zu führen und für die notwendigen Entscheidungen in den zuständigen Gremien zu sorgen.

Weitere Projekte, die ebenfalls zu bearbeiten waren oder zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Herausgabe der Broschüre Brunner Flächenwidmungs- und Bebauungsplan; Sozialzentrum; Aufschließung ATW Gründe (Gewerbepark – später Campus 21).

1993

Radar - Geschwindigkeitskontrollen

Eine meiner letzten Aktivitäten als Bau-, Planungs- und Verkehrsreferent war die Einführung der Radar-Geschwindigkeitskontrollen auf den Gemeindestraßen. Unzählige Beschwerden über Raser in zahlreichen Straßenzügen, insbesondere in der Bahnstraße, der J. Fuchs Gasse, der Liechtensteinstraße u.a.m., haben zu diesem Schritt geführt. Im Gemeinderat wurde die Angelegenheit sehr kontrovers diskutiert; die ÖVP war mehrheitlich dagegen. Angeschafft wurden vorerst 6 Kabinen und eine Kamera. Die Nachfrage nach den Überwachungsanlagen

war allerdings so groß, dass bald aufgestockt werden musste. Rückblickend betrachtet glaube ich nach wie vor, dass die Einführung der Radar-Geschwindigkeitskontrollen ein richtiger Schritt war. Nicht zuletzt sind einige Nachbargemeinden unserem Beispiel gefolgt. Als Finanzreferent konnte ich später den positiven finanziellen Aspekt für die Gemeinde feststellen und auf Grund dieser zusätzlichen Einnahmen Projekte zur Realisierung freigeben, die wiederum der Verkehrssicherheit zu Gute gekommen sind.

PS: So mancher in der Gemeinde wird wohl Schadenfreude verspürt haben, dass ich selbst zu den ersten gehört habe, die ins „Radar“ gefahren sind und die Strafe zu bezahlen hatte.

Weitere Projekte, die ebenfalls zu bearbeiten waren oder zumindest in diesem Jahr begonnen wurden:

Räumliche Erweiterung des Bauamtes.

1993 –2009

Aktivitäten als Finanzreferent der Gemeinde

Die Bestellung zum Finanzreferenten der Marktgemeinde Brunn am Gebirge kam für mich ebenso überraschend, wie ich 1987 zur Funktion des Baureferenten gekommen bin. Siegfried Legat hatte ohne viel „Vorwarnung“ die Funktion des Finanzreferenten zurückgelegt. Wieso er das getan hat, habe ich nie erfahren. Nachdem er es mir von sich aus nicht erzählt hat, ich nicht weiter „nachgebohrt“ habe, kann ich darüber nicht berichten. Siegfried Legat ist weiterhin im Gemeinderat verblieben und konnte somit genau mitverfolgen, wie sein Nachfolger die anstehenden Probleme bewältigen würde. Leider ist Siegfried Legat nach kurzer Zeit in der Pension plötzlich und völlig unerwartet verstorben. Brunn und die Brunner SPÖ haben in ihm einen hochgeschätzten Gemeindevertreter verloren. Jedenfalls bin ich zu der Funktion des Finanzreferenten gekommen, weil von jenen, die dafür in Frage gekommen wären, niemand wirklich zugreifen wollte. Ins Konzept gepasst hat mir der Funktionswechsel damals nicht, da ich zu dieser Zeit als Baureferent schon sehr gut eingearbeitet war und mir einige ruhigere Monate erhofft hatte. Letztlich hab ich doch dem Wunsch des Bürgermeisters entsprochen, habe diesen Schritt getan und in weiterer Folge nicht bereut.

Die Aufgaben des Finanzreferenten umfassen im Wesentlichen - gemeinsam mit dem/der LeiterIn und den MitarbeiterInnen des Rechnungsamtes - die Erstellung des Haushaltvoranschlags und des Rechnungsabschlusses, die Budgetüberwachung, die Kalkulation der Gebührenhaushalte (Wasser, Kanal, Müll), die Einhebung der gemeindeeigenen Steuern (zB Kommunalsteuer, Grundsteuer), die Vermögensverwaltung, die Haus- und Liegenschaftsverwaltung, die Gewährung von Subventionen an Vereine und Privatpersonen u.a.m. zu betreuen. Ob dieser großen Verantwortung für die Finanzen wird der Brunner „Finanzreferent“ dann schon auch gerne einmal als „Finanzminister“ bezeichnet. Es erklärt sich von selbst, dass solche kleinen Schmeicheleien nicht selten auch handfeste Hintergründe haben. Wer möchte es sich nicht gut stellen mit denjenigen, die für das viele Geld zuständig sind? Und wenn es um die eigenen Interessen geht, vergisst man gerne auch schnell, was man kurz davor noch bei anderen kritisiert hat. So gesehen kann man auch durch die Beschäftigung mit den Finanzen viel über Menschen und ihre unterschiedlichsten Verhaltensweisen erfahren. Persönlich war es mir immer ein Anliegen, der

„Abgabengerechtigkeit“ und der Gleichbehandlung der BürgerInnen den gebührenden Stellenwert einzuräumen. Wenn man genau hinschaut und es Ernst nimmt, ein gar nicht einfaches Unterfangen.

Finanziell war die Gemeinde 1993 in einer schwierigen Situation, da die Einnahmen der Gemeinde, durch den Wegfall des sogenannten 7er Schlüssels für die Wiener Randgemeinden um rund 10% zurückgegangen sind. Dieser Situation bin ich mit einem energischen Sparpaket begegnet. Rund drei Jahre wurden keine Darlehen auf dem freien Markt aufgenommen sondern nur geförderte Darlehen beansprucht. Somit wurden wesentliche Teile des außerordentlichen Haushaltes aus den Vorjahresüberschüssen und den laufenden Einnahmen finanziert.

Hilfreich war in dieser Zeit, dass sich viele neue Betriebe angesiedelt und in der Gemeinde für ein erhöhtes Lohnsummensteueraufkommen (heute Kommunalsteuer) gesorgt haben.

Eine Neuigkeit, die ich im Gemeinderat eingeführt habe, war das Halten einer Budgetrede bei der Präsentation des Haushaltsvoranschlages inklusive der graphischen Darstellung wesentlicher Bestandteile des Haushaltsvoranschlages. Beides wird seither den Mitgliedern des Gemeinderates, neben dem Zahlenwerk des Haushaltsvoranschlages, in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt. Neu war auch - und das galt bis zu meinem Ausscheiden, mit den verantwortlichen GemeinderätInnen vor der Beschlussfassung im Gemeinderat sogenannte Budgetgespräche - tatsächlich waren es Zielvereinbarungen - zu führen, wo wir über die Bedeckung jeder einzelnen Haushaltsstelle verhandelt und beraten haben. Diese Vorgangsweise hat aus meiner Sicht viel dazu beigetragen, dass die Ausgabendisziplin bei den ReferentInnen und bei den Bediensteten wesentlich verbessert werden konnte.

Nachstehend sind meine 16 Budgetreden im Gemeinderat, anlässlich der Präsentation des Haushaltsvoranschlages wiedergegeben.

1994 - Haushaltsvoranschlag

Die Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1994 fällt in eine Zeit großer wirtschaftlicher Veränderungen, die für uns fühlbar mit dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ zusammenhängt, aber auch einer Zeit, die für unser Land mit einem möglichen Beitritt zur Europäischen Union von einer neuen, gesamtstaatlichen Herausforderung geprägt ist. Auch ein Gemeindehaushalt, wie der von Brunn am Gebirge, mit einem Gesamtvolumen von ca. 230 Mio Schilling wird mittel- bis langfristig von diesen großen Entwicklungen betroffen werden und es ist daher sicher angebracht diese rechtzeitig aufzugreifen, um auch zeitgerecht reagieren zu können. Der vorliegende Voranschlag ist von mehreren bestimmenden Faktoren sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite geprägt. Auf der Einnahmenseite ist deutlich der immer kleiner werdende finanzielle Spielraum aus den Ertragsanteilen des Finanzausgleichs festzustellen, welcher durch die direkt an das Land Niederösterreich abzuführenden - und sprunghaft angestiegenen - Umlagen (Landesumlage, NÖKAS, Sozialhilfeumlage, Jugendwohlfahrt) verursacht wird.

Eine gravierende Änderung für die Betriebe und die Gemeinde hat die Steuerreform 1994 gebracht, die die Gewerbesteuer nach Ertrag sowie die Lohnsummensteuer abgeschafft und als Ersatz eine Kommunalsteuer (Berechnungsbasis ist die Lohn - und Gehaltssumme der Beschäftigten) eingeführt hat. Obwohl aus jetziger Sicht leider zu befürchten ist, dass durch diese Umstellung langfristig gesehen für die Gemeinde wieder weniger Geld zur Verfügung stehen wird, gewinnt die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze zentrale Bedeutung.

Aufgrund einer umsichtigen und von Verantwortung getragenen Finanzpolitik der Gemeinde in den letzten Jahren, wofür ich meinem Vorgänger GR Siegfried Legat herzlich danken möchte, kann auch mit dem Haushaltsvoranschlag 1994 der Brunner Bevölkerung ein leistungsfähiger Gemeindehaushalt zur Verfügung gestellt werden. Durch folgende markante Punkte soll diese Feststellung untermauert werden:

1. Das anerkannt hohe Brunner Niveau im Sozial -, Sport -, Gesundheits - und im Kulturbereich kann auch 1994 voll aufrecht erhalten werden.
2. Im Schul- und Kindergartenbereich werden die großen Investitionen fortgesetzt, sodass der Rahmen für eine gute Betreuung und Ausbildung unserer Kinder vorhanden ist.
3. Bei den öffentlichen Dienstleistungen (Wasser, Kanal, Müll, Beleuchtung) ist eine funktionierende Versorgung sichergestellt. Weiters wird mit diesem Budget die Erhaltung und Betreuung von 70 km Straßen, 65 km Wasserleitung und 60 km Kanal gewährleistet.
4. Die Modernisierung der Gemeindeverwaltung - speziell im EDV-Bereich – kann weiter fortgesetzt werden.
5. Mit den verkehrsberuhigenden Maßnahmen (Straßenbau, Radar) wird ein großer Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr, speziell für Kinder und ältere Mitbürger, geleistet.
6. Die Gemeinde ist nach wie vor in der Lage einen Beitrag zur Erhaltung des hohen Standards der Brunner Rettung und der Feuerwehr zu leisten.
7. Im Voranschlag 1994 wird der ursprünglich vereinbarte Schuldendienst voll aufrecht erhalten und somit der Schuldenstand absolut verringert.
8. Im Voranschlag 1994 ist keine Gebührenerhöhung vorgesehen. Dadurch sollen die privaten Haushalte entlastet und ein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Erholung geleistet werden.
9. Folgende außerordentliche Vorhaben können 1994 - ohne Darlehensaufnahme am freien Markt finanziert und durchgeführt werden:

Fassadenaktion	232.000	Lärmschutz	200.000
Straßenbau	9.500.000	Wassernetzausbau	3.900.000
Kanalbau	3.000.000	Parkanlagen	200.000
Rep.-Wohnhäuser	2.170.000	Bauhof	4.000.000
Amtshaus	3.000.000	Radfahrwege	900.000
Umweltschutz	130.000	Liegenschaften	2.000.000
Schulwegsicherung	176.000	Gemeindechronik	300.000
Rückhaltebecken	200.000	Stierwiese	18.300.000
Gattringerstraße	3.000.000	Sozialzentrum	1.611.000
Radargeräte	800.000	Mülldeponie	120.000
Volksschule	320.000	Gemeindegasthaus	1.200.000
Volksschule-Heizung	2.000.000	Beleuchtung	3.000.000
Müllbeseitigung	1.500.000	Kirchenrenovierung	500.000

Der vorgelegte Haushaltsvoranschlag 1994 kann daher, gemeinsam mit den eingebrachten Erinnerungen, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Folienaufstellung 1991 - 1994

1. Gegenüberstellung der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich zu den an das Land Niederösterreich abzuführenden Umlagen

Bemerkung: Der finanzielle Spielraum der Gemeinde, aus den Mitteln des Finanzausgleiches, wird auf Grund der außergewöhnlich stark angestiegenen Umlagen (Landesumlage, NÖKAS, Sozialhilfeumlage, Jugendwohlfahrt) immer geringer.

2. Entwicklung des Gesamtschuldenstandes und des Verhältnisses zwischen geförderten und normalverzinsten Krediten

Bemerkung: Der Schuldenstand ist absolut gesunken, und das bei geringeren Einnahmen und steigenden Ausgaben. Die Gemeinde hat den Schuldendienst voll aufrecht erhalten, wobei die Zusammensetzung der Schulden sich ebenfalls positiv auswirkt, da der Anteil der geförderten Kredite, im Verhältnis zu den Krediten, die am freien Markt aufgenommen werden mussten, gestiegen ist.

3. Gebührenhaushalt WASSER

Bemerkung: Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich bereits 1993 deutlich verbessert und verbessert sich 1994 weiter, obwohl in den Ausgaben erstmalig anteilige Verwaltungskosten enthalten sind.

4. Gebührenhaushalt KANAL

Bemerkung: Dieser Gebührenhaushalt hat sich, ebenso wie der Haushalt beim Wasser, verbessert. Auch hier sind Zubuchungen von Verwaltungskosten vorgenommen worden.

5. Gebührenhaushalt Müll

Bemerkung: In diesem Haushalt konnte eine deutliche Verbesserung der Einnahmen - und Ausgabenrelation herbeigeführt werden.

6. Gebührenhaushalt Friedhof

Bemerkung: Hier sieht man, dass auf der Einnahmenseite zu wenig gemacht wurde und daher grasse Differenzen gegeben sind. Dieser Haushalt müsste eigentlich – langfristiger gesehen - auszugleichen sein.

7. Musikschule

Bemerkung: In diesem Bereich müssen Überlegungen angestellt werden, um die Musikschule auch in Zukunft finanzieren zu können, obwohl ich nicht der Meinung bin, dass hier Ausgeglichenheit von Einnahmen und Ausgaben erreicht werden kann. Denn

auch in Zukunft sollen alle Brunner Kinder, die ein Instrument erlernen wollen, die Möglichkeit dazu haben und nicht an einer finanziellen Hürde scheitern.

8. Festsaal der Gemeinde

Bemerkung: Eine schrittweise Verbesserung der Einnahmen - Ausgaben Relation ist in diesem Bereich jedenfalls anzustreben. Die bevorzugte Behandlung der Brunner Vereine bei der Festsaalmieta kann trotzdem - allerdings in einer etwas abgestuften Form - erhalten werden. Jedenfalls ist darauf zu achten, dass die anfallenden Kosten finanzierbar bleiben.

9. Verhältnis des ordentlichen Haushaltes zu den Personalkosten

Bemerkung: Aus dieser Graphik ist ersichtlich, dass die Personalkosten der Gemeinde in einem vertretbaren Rahmen geblieben sind obwohl die Anforderungen an die Bediensteten laufend zunehmen.

10. Prozentuelle Aufteilung der Gemeindesteuern 1994

Bemerkung: In dieser Grafik wird der große Stellenwert der neuen Kommunalsteuer erkennbar. Da diese Steuer von den Betrieben aufzubringen ist und von den Bruttoeinnahmen der Arbeitnehmer berechnet wird, zeigt sich, wie wichtig in der Zukunft für die Gemeinde der Erhalt und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen sein wird.

1995 - Haushaltsvoranschlag

Am 22.11.1994 wurde fristgerecht, das ist 6 Wochen vor Jahresende, der Haushaltsvoranschlag 1995 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt und in der am gleichen Tag stattgefundenen Finanzausschusssitzung vorgestellt.

Im ordentlichen Haushalt 1995 (inkl. Erinnerungen) wurden 185,5 Mio und im außerordentlichen Haushalt 71,4 Mio veranschlagt.

Es handelt sich um einen Haushaltsvoranschlag, der wieder einmal die Einstellung auf eine völlig neue finanzielle Situation erforderlich macht. Was ist passiert? Gestatten Sie einen kurzen Rückblick: Mit 1.1.1994 wurden die Gewerbe - und die Lohnsummensteuer abgeschafft und eine neue Kommunalabgabe eingeführt. Aus jetziger Sicht hat unsere Gemeinde durch diese Umstellung einen jährlichen Einnahmefall von ca. 10 Mio zu verkraften. Zu Jahresbeginn 1994 wurden wir mit der freudigen Überraschung konfrontiert, dass die Gemeinde mit einer größeren Gewerbesteuerzahlung rechnen kann. Diese Tatsache eröffnete erst die Möglichkeit, dass dringend notwendige Projekte, wie zB die Erweiterung und Modernisierung des Gemeindeamtes, Straßenneubauten und Straßensanierungen, der Ausbau des Wirtschaftshofes sowie sinnvolle Grundstücksankäufe vorgezogen und realisiert werden konnten.

Für 1995 ist keine Gewerbesteuerzahlung zu erwarten und es stellt sich uns einnahmenseitig ein Budget dar, mit dem wir in etwa auch in den nächsten Jahren zu rechnen haben werden. Es ist daher wieder deutlich auf den, in den letzten Jahren geringer gewordenen finanziellen Spielraum hinzuweisen, der der Gemeinde aus den Ertragsanteilen aus dem Finanzausgleich nach Abzug der an das Land Niederösterreich abzuführenden

Umlagen verbleibt. Im Einzelnen sind das: 4 Mio Landesumlage, 11 Mio NÖKAS, 10 Mio Sozialhilfeumlage, 1,3 Mio Jugendwohlfahrt.

Von 44 Mio Ertragsanteilen verbleiben somit in der Gemeindekasse 17,7 Mio. Aufgrund dieser Budgetsituation haben sich daher viele gewünschte Vorhaben wieder in eine Dringlichkeitsliste einzureihen und können erst nach Maßgabe der vorhandenen Mittel in Angriff genommen werden.

Die Erstellung des Haushaltsvoranschlags 1995 ist von folgenden markanten Punkten und Leitlinien geprägt:

- Das anerkannt hohe Brunner Niveau im Sozial-, Sport-, Gesundheits- und im Kulturbereich kann auch 1995 voll aufrecht erhalten werden. Hier und in einigen anderen Punkten wiederhole ich gerne, was ich auch schon beim Budget 1994 sagen konnte.
- Für den Kindergartenbereich ist zu sagen, dass die Kindergartenhelferinnen nunmehr in den Gemeindedienst aufgenommen werden und die Gemeinde daher alle Dienstgeberverpflichtungen zu tragen hat.
- Die Modernisierung der Gemeindeverwaltung - speziell im EDV Bereich - kann 1995 weiter fortgesetzt werden.
- Die Gemeinde ist weiter in der Lage einen Beitrag zur Erhaltung des hohen Standards der Brunner Rettung und der Feuerwehr zu leisten und mitzuhelfen diesen noch weiter zu erhöhen.
- Die Gebührenhaushalte Wasser, Kanal und Müll sind weitgehend ausgeglichen, sodass **schon das zweite Jahr keine Gebührenerhöhung** in diesen Bereichen vorgenommen werden müssen.
- Bei der Kommunalabgabe kann eine Einnahmenverbesserung um 7% gegenüber 1994 angenommen werden.
- Bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) kann eine Erhöhung um 3% angenommen werden.
- Die Erhöhung der Personalkosten wurde mit 3% veranschlagt.
- Die Landesumlage kann auf 4 Mio reduziert werden, weil die Landesregierung zugesagt hat, die Landesumlage in 3 Etappen abzuschaffen.
- Für die Bedeckung des Haushaltsvoranschlags sind keine Darlehensaufnahmen auf dem freien Markt erforderlich.
- Die Ausgaben für den laufenden Betrieb konnten stabilisiert werden.
- Dem außerordentlichen Haushalt werden 16,3 Mio aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt.
- Alle vom Gemeinderat beschlossenen Projekte können in Angriff genommen werden.

Der Schuldendienst wird 1995 in vollem Umfang weitergeführt. Das bedeutet, dass der Schuldenstand bei bestehenden Darlehen von 204 Mio aus dem Jahr 1992 auf 168 Mio zum Jahresende 1995 abgesenkt werden kann. Hinzu kommt die Aufnahme von geförderten Darlehen in der Höhe von 20,5 Mio für die ersten Bauabschnitte zur Errichtung des Sozialzentrums, des Kindergartenneubaus in der Bahngasse und dem Bau eines neuen Wasserbehälters in der A. Seidl-Gasse/Ecke Liechtensteinstraße.

Mit diesem Haushaltsvoranschlag können folgende außerordentliche Vorhaben in Angriff genommen bzw. weitergeführt werden:

Ankauf Feuerwehrauto	1.500.000
Fassadenaktion	232.000
Lärmschutz	500.000
Straßenbau	5.000.000
Wassernetzausbau	4.200.000
Kanalbau	2.200.000
Park-und Grünanlagen	380.000
Reperatur Gemeindewohnhäuser	2.100.000
Gemeindesaal	500.000
Wirtschaftshof	4.000.000
Amtshaus	1.000.000
Radfahrwege	900.000
Umweltschutz	200.000
Grundankauf	3.000.000
Schulwegsicherung	150.000
Gemeindechronik	300.000
Kirchenrenovierung	300.000
Aufschließung Stierwiese	15.000.000
Neugestaltung L. Gattringer Straße	2.000.000
Sozialzentrum	15.000.000
Ankauf von Radarboxen	500.000
Öffentliche Beleuchtung	1.500.000
Wasserbehälter A. Seidl - Gasse	3.000.000
Neubau Kindergarten Bahngasse	7.800.000
Heimathaus	200.000

Der vorliegende Haushaltsvoranschlag 1995 kann daher, gemeinsam mit den eingebrachten Erinnerungen, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Folienaufstellung 1991 - 1995

1. Gegenüberstellung der Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich zu den an das Land Niederösterreich abzuführenden Umlagen

Bemerkung: Der finanzielle Spielraum der Gemeinde, aus den Mitteln des Finanzausgleiches, ist in den letzten Jahren aufgrund der außergewöhnlich stark angestiegenen Umlagen (Landesumlage, NÖKAS, Sozialhilfeumlage, Jugendwohlfahrt) immer kleiner geworden. Positiv sei hier allerdings die stufenweise Abschaffung der Landesumlage vermerkt, für die ja auch der Brunner Gemeinderat eingetreten ist.

2. Entwicklung des Gesamtschuldenstandes und des Verhältnisses zwischen geförderten und normalverzinsten Krediten

Bemerkung: Der Schuldenstand ist absolut gesunken; das bei geringeren Einnahmen aufgrund des Wegfalles des begünstigenden Finanzausgleiches. Die Gemeinde hat den Schuldendienst voll aufrecht erhalten, wobei sich die Zusammensetzung der Schulden ebenfalls verbessert hat, da der Anteil der geförderten Kredite, im Verhältnis zu den Krediten, die am freien Markt aufzunehmen waren, gestiegen ist.

3. Gebührenhaushalt WASSER

Bemerkung: Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich bereits 1993 deutlich verbessert und verbessert sich weiter, da in den Ausgaben anteilige Verwaltungskosten (erstmalig 1994) enthalten sind.

4. Gebührenhaushalt KANAL

Bemerkung: Dieser Gebührenhaushalt hat sich, ebenso wie der Haushalt beim Wasser, verbessert. Auch hier sind anteilige Zubuchungen von Verwaltungskosten enthalten.

5. Gebührenhaushalt Müll

Bemerkung: In diesem Haushalt konnte in den letzten Jahren eine Verbesserung der Einnahmen - und Ausgabenrelation herbeigeführt werden.

6. Gebührenhaushalt Friedhof

Bemerkung: Hier sieht man, dass die Einnahmen gegenüber den Ausgaben stark zurückbleiben. Die 1994 beschlossenen Friedhofsgebühren werden sich erst längerfristig positiv zu Buche schlagen.

7. Musikschule

Bemerkung: In diesem Bereich konnte gegenüber den Vorjahren eine Einnahmensteigerung erreicht werden. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Gemeinde einerseits an tarifliche Höchstgrenzen gebunden ist und andererseits der Besuch der Musikschule für Eltern von Musikschülern kein unüberwindbares finanzielles Problem darstellen darf.

8. Festsaal der Gemeinde

Bemerkung: In diesem Bereich konnten noch keine wesentlichen Ansätze zur Verbesserung der Einnahmen - Ausgaben - Relation gefunden werden. Es ist jedoch nach wie vor als ein für die Gemeinde zu lösendes Problem (nicht nur in finanzieller Hinsicht) anzusehen und sollte möglichst rasch in Angriff genommen werden.

9. Verhältnis des ordentlichen Haushaltes zu den Personalkosten

Bemerkung: In den Haushaltsjahren 1991-1994 sind in den Personalkosten die Transferzahlungen an die Kindergärten (zur Bezahlung der Kindergartenhelferinnen) enthalten. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die Kosten für die Kindergartenhelferinnen bereits in den Gesamtpersonalkosten eingearbeitet. Aus dieser Graphik ist weiter ersichtlich, dass die

Personalkosten der Gemeinde in der abgelaufenen Periode in einem vertretbaren Rahmen geblieben sind, obwohl die Anforderungen an die Bediensteten laufend zunehmen.

10. Prozentuelle Aufteilung der Gemeindesteuern 1995

Bemerkung: In dieser Grafik wird der große Stellenwert der neuen Kommunalabgabe erkennbar. Da diese Steuer von den Betrieben aufzubringen ist und von den Bruttoeinnahmen der Arbeitnehmer berechnet wird, zeigt sich, wie wichtig gegenwärtig und in Zukunft für die Gemeinde der Erhalt und die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen sind.

1996 - Haushaltsvoranschlag

Die Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1996 fällt in eine Zeit in der auf Bundesebene der große Kassasturz vollzogen wurde und in vielen Bereichen Ernüchterung über budgetetere Gestaltungsmöglichkeiten Platz gegriffen hat. Die Konsequenz dieses Kassasturzes war die Vereinbarung der Regierungsparteien ein Konsolidierungsprogramm aufzustellen, welches den finanziellen Handlungsspielraum für die Bundespolitik wieder herstellen soll. Als Trostpflaster wird in diesem Zusammenhang immer wieder festgestellt, dass von diesem Programm alle Bevölkerungsgruppen betroffen sind und somit weitestgehend soziale Gerechtigkeit in der Lastenverteilung besteht.

Es ist hier nicht die passende Gelegenheit über das Sparpaket des Bundes zu befinden. Eine Feststellung sei mir aber schon gestattet: Sorgen wir vor, dass es in Brunn nicht so weit kommt, dass wir mit ähnlich drastischen Maßnahmen unser Budget sanieren müssen und reagieren wir daher rechtzeitig auf bestimmte und absehbare Entwicklungen.

Ich habe bereits 1994 und 1995 auf bestimmte Tendenzen hingewiesen und leider mit meiner eher pessimistischen Prognose - im Bezug auf die Einnahmenentwicklung der Gemeinde - recht behalten. Der Wegfall des 7er Schlüssels aus dem Finanzausgleich im Jahr 1991 und der Entfall der Gewerbesteuer nach Ertrag mit der Steuerreform 1994 haben die Gemeinde schwer getroffen. Aus heutiger Sicht handelt es sich dabei um einen jährlichen Einnahmenausfall von ca. 30 Millionen Schilling. Diese schwierige Situation konnten wir dadurch etwas mildern, als wir rechtzeitig Grundstücke baureif gemacht haben und wir durch die Verkaufserlöse dringend erforderliches Überbrückungskapital erhalten haben. Auch die Gewerbesteuernachzahlungen 1994 und 1995 haben uns sehr geholfen.

Nun sind wir jedoch bei der realistischen Einnahmensituation der Gemeinde für die nächsten Jahre angelangt. Und die ist nicht allzu rosig. Es liegt auf der Hand, dass dieser Umstand Handlungsbedarf mit sich bringt. Als erste Maßnahme ist die sofortige Stabilisierung der Pflichtausgaben im ordentlichen Haushalt und eine Reduzierung des außerordentlichen Haushaltes auf die wichtigsten und dringendsten Vorhaben anzusehen.

Im ordentlichen Haushalt sind wir mit den Ausgaben für den Personalaufwand am Pflafond unserer Möglichkeiten angelangt. Es ist daher dringend notwendig, dass wir neben einem Aufnahmestop auch unsere personellen Kapazitäten optimal nutzen. Es sind bei unseren Bediensteten vom KFZ Mechaniker, KFZ Elektriker, Lackierer, Spengler, Maschinenschlosser, Tischler, Maurer, Installateur, Elektromonteur bis zum Gärtner alle für die Gemeinde wichtigen Berufsgruppen vertreten. Wenn wir uns auf Reparatur und

Ausbesserungsarbeiten beschränken kann hier auch von keiner Konkurrenzierung heimischer Betriebe gesprochen werden.

Das gleiche gilt für den Verwaltungsbereich, wo uns qualifizierte Bedienstete für den EDV-Schulungs- und Wartungsbereich zur Verfügung stehen. Wir sind aufgerufen unsere Verwaltungsabläufe optimal zu organisieren und dabei auch die Möglichkeiten der EDV Unterstützung zur Gänze auszuschöpfen. Wichtige Schritte sind schon gesetzt, zusätzliche müssen folgen.

Wichtig ist auch, dass wir unseren Sachaufwand ständig durchforsten und auf Einsparungsmöglichkeiten überprüfen. Insbesondere gilt das im Hinblick auf die Kosten für unseren Fuhrpark, der mittlerweile ein stattliches Ausmaß angenommen hat und aus meiner Sicht ebenfalls in absehbarer Zeit nicht ausgeweitet werden darf.

Es muss uns bewusst sein, dass es in einer Phase der Konsolidierung zwangsläufig zu einer Reduzierung bzw. Stabilisierung des Leistungsangebotes der Gemeinde kommt. Wir sind daher alle aufgerufen bei der betroffenen Bevölkerung um Verständnis zu werben. Die eine oder andere Erledigung oder das eine oder andere Vorhaben kann nicht im gleichen Tempo wie in der Vergangenheit durchgezogen werden. Langfristig gesehen kann jedoch der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinde durch Ausgabenkürzungen und einer Verbesserung eigener Einnahmequellen gesichert werden ohne unsere Brunner Bevölkerung dabei überfordern zu müssen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Prognosen für die Entwicklung des Netto-Masseneinkommen für 1996 und 1997 nicht allzu günstig sind. Allerdings liegen laut statistischem Zentralamt die durchschnittlichen Brunner Haushaltseinkommen 30% über dem Landesdurchschnitt. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass in unserer Gemeinde zusätzliche Belastungen durchschnittlich doch etwas leichter ertragen werden können als anderswo.

Im Haushaltsvoranschlag sind zum Teil Gebührenanpassungen einnahmewirksam enthalten; insgesamt muss in diesem Zusammenhang jedoch auf die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages verwiesen werden, da die vorgesehenen Gebühren- und Abgabenerhöhungen erst in der zweiten Jahreshälfte budgetwirksam werden können.

Größere Vorhaben können in Zukunft sicher nur dann in Angriff genommen werden, wenn die daraus resultierenden Kosten und Folgekosten klar abschätzbar sind und die entsprechenden Finanzmittel dafür bereit stehen.

Die derzeitige Situation auf dem Kapitalmarkt erlaubt einen gewissen Optimismus in bezug auf die Kosten einer Fremdfinanzierung. Wir sind in der erfreulichen Situation erforderliche Darlehen und Konditionen zu bekommen, von denen wir in den vergangenen Jahren nicht einmal träumen konnten. Jedoch bleibe ich bei meiner Ansicht, Darlehensaufnahmen im nur unumgänglich notwendigen Ausmaß vorzunehmen, da diese sicher die unangenehmste und nachhaltigste Haushaltsbelastung in der Zukunft darstellt und laut einer WIFO-Studie verteilungspolitisch sehr problematisch ist. Über diesen Weg erfolgt eine gravierende Umverteilung von „unten“ nach „oben“.

Für den ordentlichen Haushalt lässt sich insgesamt sagen, dass hier noch keine allzu großen Kürzungen vorgenommen werden mussten. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass wir unser umfangreiches Angebot auf sozialem, schulischem und kulturellem Sektor mit diesem Haushaltsvoranschlag aufrecht erhalten können.

Ohne Ausgabenkürzungen und notwendige Strukturveränderungen wird unser finanzieller Handlungsspielraum jedoch in absehbarer Zeit sehr schnell eingeengt sein. Wir sind als Gemeindevandatare dazu aufgerufen unserer Verantwortung als politische Entscheidungsträger nachzukommen. Dazu gehört sicher auch die eine oder andere unangenehme Maßnahme zu beschließen und den Betroffenen gegenüber zu vertreten; der Gemeinde dadurch aber die wirtschaftliche Basis und Handlungsfähigkeit für die Zukunft zu sichern.

Bevor ich auf den außerordentlichen Haushalt eingehe, möchte ich gerne das bisher gesagte an Hand von graphischen Darstellungen verdeutlichen und näher erläutern.

Der ursprüngliche Entwurf des außerordentlichen Haushaltes hatte ein Volumen von ca. 100 Mio Schilling. Es handelte sich dabei um eine Wunschliste der geplanten Vorhaben aus den einzelnen Referaten. Wie ich bereits ausgeführt habe war es nicht möglich auf Grund der finanziellen Situation diesen Wünschen in vollem Umfang nachzukommen, wobei ich die Dringlichkeit und Wichtigkeit einzelner Vorhaben keinesfalls bezweifeln möchte.

Der ursprüngliche Entwurf wird daher mittels Erinnerung zur Gänze zurückgezogen und es werden für den außerordentlichen Haushalt folgende Vorhaben vorgeschlagen:

Feuerwehrauto	1.500.000
Fassadenaktion	200.000
Wassernetzausbau	3.700.000
Kanalbau	5.600.000
Rep. Gemeindewohnhäuser	2.500.000
Kindergarten	230.000
Schulwegsicherung	170.000
Kirchenrenovierung	500.000
Stierwiese	1.000.000
L. Gattringer-Str.	370.000
Sozialzentrum	18.000.000
Radargeräte	300.000
Mülldeponie	40.000
Beleuchtung	2.000.000
Wasserbehälter - Seidlgasse	100.000
Kindergarten Bahngasse	21.800.000
Zeiterfassung - EDV Erweiterung	900.000
Parkplatz	2.000.000

De Haushaltsvoranschlag 1996 wurde am 14. März 1996 im Finanzausschuss vorgestellt und zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Er umfasst S 189.000.000 im ordentlichen Haushalt und S 61.575.000 im außerordentlichen Haushalt. Die Vorhaben im außerordentlichen Haushalt können erst dann in Auftrag gegeben werden, wenn die Finanzierung einwandfrei gesichert ist. Insbesondere muss für die Darlehensaufnahmen auch die schriftliche Genehmigung durch das Amt der NÖ Landesregierung vorliegen.

Gleichzeitig mit der Bitte um Beschlussfassung des vorliegenden Haushaltsvoranschlages und der eingebrachten Erinnerungen möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Rechnungsamtes, an der Spitze dem Oberrechnungsrat Heinz Zögl, herzlich für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung des Rechnungsabschlusses 1995 und des

Haushaltsvoranschläge 1996 danken. Mein Dank gilt weiters meinen Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit.
Bitte um Beschlussfassung!

1997 - Haushaltsvoranschlag

Wenn wir heute den Haushaltsvoranschlag 1997 zu beschließen haben, fällt das in eine Zeit, in der sich in unserer Gemeinde vieles bewegt. Große Projekte, die die Gemeindeverwaltung zum Teil über Jahre hin beschäftigt haben wurden entweder bereits verwirklicht, wie zum Beispiel die Errichtung der B12a, der Bau der Unterführung der Südbahn zur Ermöglichung des Viertelstundentaktes, der Neubau eines Kindergartens in der Bahngasse, die Aufschließung der Stierwiese oder sind bereits in Angriff genommen. Denken Sie nur an die Errichtung des Businesspark Wien Süd oder die heute auf der Tagesordnung stehende Änderung des Raumordnungsprogrammes zur Ermöglichung der Aufschließung eines neuen Betriebsgebietes entlang der B17 und der Johann Steinböck - Straße sowie dem Bau des Musical -Theaters. Ein Rückblick auf das was geleistet wurde, erfüllt uns alle berechtigt mit Stolz und Genugtuung. Einerseits wurden die meisten Projekte mit großer Übereinstimmung der im Gemeinderat vertretenen Parteien verwirklicht, andererseits sind sie ein Leistungsbeweis der Bediensteten unserer Gemeindeverwaltung, was ruhig auch einmal gewürdigt werden kann.

Diese stolze Leistungsbilanz darf uns aber nicht dazu verleiten in Selbstgefälligkeit zu verfallen. Im Gegenteil: Die möglich gewordene Verwirklichung vieler Vorhaben muss und soll für uns Ansporn sein, die Aktivitäten zum Wohl unserer Gemeindegänger/Innen zu verbessern und auszubauen. Ich denke da insbesondere an die weitere Verbesserung des Kostenbewusstseins bei den Bediensteten aber auch daran, die Verantwortung für eine wirtschaftliche und kostengünstige Aufgabenerfüllung möglichst auf die ausführenden Personen zu übertragen. In diesem Zusammenhang halte ich es für sehr positiv, dass gemeinsam mit der Amtsleitung und der Gewerkschaftsvertretung die Entscheidung getroffen wurde, vom renommierten Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum - unter der Leitung von Professor Dr. Herfried Bauer - eine Organisationsstudie über die Gemeindeverwaltung erstellen zu lassen, so dass dadurch eine fundierte und objektive Basis für notwendige Entscheidungen - vor allem im personellen Bereich - vorhanden ist. Erst wenn wir die personellen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllt haben, sind wir in der Lage, unsere EDV optimal zu nutzen. Es macht daher viel Sinn, dass wir diese Organisationsstudie noch vor unserer notwendigen EDV-Erweiterung bekommen. Aber auch für die notwendige EDV-Erweiterung werden mit diesem Budget die finanziellen Vorkehrungen getroffen.

Wenn ich vorher von bereits verwirklichten oder in Angriff genommenen Projekten gesprochen habe, so setzen wir auch mit diesem Haushaltsvoranschlag Akzente, die weit über die notwendige und wichtige Aufgabenerfüllungen im Ver- und Entsorgungsbereich (Wasser, Kanal- und Abfallwirtschaft), im Straßenbau und bei der Straßeninstandsetzung hinausgehen. Auch wenn mit diesem Budget vorerst nur die Planung oder Projektierung von bestimmten Vorhaben vorgesehen ist, so sehe ich gerade darin ein Beispiel, dass uns wahrscheinlich von vielen anderen Gebietskörperschaften unterscheidet. Es sind keine Prestigeprojekte, die begonnen werden sollen, sondern es sind Vorhaben, für die ein nachweisbarer Bedarf in der Bevölkerung vorhanden ist. Wir wollen allerdings die geplanten Vorhaben auf eine solide Grundlage stellen und erst dann mit der Realisierung beginnen, wenn wir die

Zweckmäßigkeit, die Notwendigkeit und die wirtschaftliche Machbarkeit ausreichend geprüft haben.

Meine positive Mitteilung in diesem Zusammenhang lautet, dass wir für die geplanten Vorhaben mit diesem Budget keine Erhöhung der Gebühren zu beschließen haben.

Für den Abwasserbereich wird aufgrund der geänderten Rechtslage - wo es notwendigerweise zu Umschichtungen aufgrund der Änderung bei den Berechnungsflächen kommen wird - eine neue Gebührenordnung vorbereitet. Diese kann aber, aufgrund umfangreicher Vorbereitungs- und Erhebungsarbeiten, erst in der Junisitzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Was sind nun die zukunftsweisenden Akzente in diesem Haushaltsvoranschlag?

Der wesentlichste Punkt ist aus meiner Sicht die Entscheidung zur Gründung einer gemeindeeigenen Betriebsgesellschaft für die Errichtung des Sozialzentrums auf der Liegenschaft L. Gattringer - Straße 105. Mit diesem Budget werden wir das Stammkapital in der Höhe von S 500.000,-- bedecken und weitere S 1,5 Mio als Gesellschafterdarlehen in die neue GmbH einbringen. Es werden aber erst die exakten Kostenberechnungen zeigen, auf welchen Betrag wir das Gesellschafterdarlehen aufzustocken haben werden. Nach meiner Schätzung dürften wir mit S 5 Mio die Obergrenze annehmen können. Mit dieser Betriebsgesellschaft steht uns ein Instrument zur Verfügung, mit dem für die Gemeinde möglichst rasch auf Bedürfnisse unserer Gemeindebürger/Innen im Sozial-, Kultur- und Freizeitbereich reagiert werden kann, ohne dass dazu der Verwaltungsapparat der Gemeinde belastet und aufgebläht werden muss.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in diesem Haushaltsvoranschlag ist die Möglichkeit zur Planung eines Gemeindezentrums im hinteren Bereich unseres Rathauses, das alle verfügbaren Liegenschaften einschließt und uns als Projekt in das nächste Jahrtausend begleiten könnte. Diese Planungsarbeiten sollen uns davor bewahren, aus momentanen Notwendigkeiten heraus, halbe Lösungen zu produzieren. Geben wir den Fachleuten eine Chance, ihre Ideen und Vorstellungen einzubringen, sodass hoffentlich eine vernünftige Gesamtlösung angestrebt werden kann.

Im Versorgungsbereich ist die Projektierung des neuen Wasserbehälters am Standort Ecke A. Seidl -Gasse/Liechtensteinstraße vorgesehen.

Vorgesehen ist auch, dass wir unsere neue Park & Ride Anlage in der Wienerstraße/Rennweg erweitern, so dass wir dann insgesamt - mit der Bahngasse - über 180 Stellplätze verfügen werden. Weiters ist vorgesehen, dass wir unsere Friedhofshalle sanieren und in diesem Jahr die dafür notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Zur Erhaltung unserer naturnahen Erholungsräume am Wällischhof und auf dem Wienerberggelände sollen ebenfalls Überlegungen angestellt und Projekte entwickelt werden. Es geht dabei vor allem darum, möglichst auf breiter Basis Ideen zu sammeln, engagierte Gruppen und vor allem die interessierte Bevölkerung in die Projektentwicklung einzubinden.

In diesem Budget ist auch der letzte Teilbetrag zur Finanzierung eines neuen Tanklöschfahrzeuges für unsere Feuerwehr vorgesehen, damit unsere Wehr in der Lage ist ihren anerkannt hohen Standard zu halten. Neu ins Budget aufgenommen haben wir die Projektierung einer Mehrzweckhalle, die - wenn eine diesbezügliche Studie zu einem

positiven Ergebnis kommt - im Rahmen der neuen Betriebsgesellschaft betrieben werden könnte.

Vergessen möchte ich nicht, dass wir wieder einen Teilbetrag für die Kirchenrenovierung vorgesehen haben.

Nicht zuletzt möchte ich die Einführung einer Nachmittagsbetreuung in der Volksschule erwähnen und mich gleichzeitig für das Verständnis bedanken, dass größere Investitionen erst dann vorgenommen werden, wenn das Ergebnis der Studie über die Zusammenlegung unserer Volks- und Hauptschule am Standort der Hauptschule abgeschlossen ist.

Für den außerordentlichen Haushalt werden folgende Vorhaben vorgeschlagen:

Ankauf Feuerwehrauto	2.200.000
Fassadenaktion	240.000
Straßenbau	5.000.000
Wassernetzausbau	6.500.000
Kanalbau	5.700.000
Reparatur Gemeindewohnhäuser	600.000
Jugendheim	320.000
Kindergarten	300.000
Strukturförderung	665.000
Schulwegsicherung	150.000
Stierwiese	2.500.000
Sozialzentrum	2.000.000
Mülldeponie	40.000
Beleuchtung	1.000.000
Wasserbehälter - A. Seidl -Gasse	2.000.000
Kindergarten Bahngasse - Abdeckung des Fehlbetrages	4.400.000
Parkplatz	5.000.000
Aufbahrungshalle	1.000.000
Amtshaus	80.000
Kreuzung L. Gattringer-Straße/ Wasserwerkstraße	800.000
Volksschule Nachmittagsbetreuung	500.000
Grünanlagen - Baumpflanzung	500.000
Gemeindezentrum - Planung	300.000
Projekt - Naherholungsgebiete	100.000
Mehrzweckhalle	300.000

Wenn Sie diese Vorhaben und Zahlen hören, möchte ich schon betonen, dass diesem Haushaltsvoranschlag durchaus eine optimistische Einschätzung der Zukunftsperspektive für unsere Gemeinde zugrunde liegt. Es sind einerseits die zu erwartenden Einnahmen aus den bereits in Angriff genommenen Projekten, die zu diesem Optimismus Anlass geben.

Andererseits ist es der Umstand, dass für die Realisierung dieser Projekte - vor allem der Aufschließung der neuen Betriebsgebiete - kein Gemeindegeld beansprucht werden musste. Gerade die letzten Verhandlungen mit den Vertretern des Landes und Herrn KR Johann Breiteneder haben gezeigt, dass wir für die geplanten Aufschließungen nicht nur kein Gemeindegeld beanspruchen müssen, sondern wir sogar noch zusätzliche Einnahmen für die Gemeinde ausverhandeln konnten.

Der Haushaltsvoranschlag wurde am 4. März 1997 im Finanzausschuss vorgestellt und zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Er umfasst S 187.396.000 im ordentlichen und S 42.695.000 im außerordentlichen Haushalt. Die Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes können erst dann beauftragt werden, wenn die Finanzierung gesichert ist. Insbesondere ist dafür die schriftliche Genehmigung des Landes für die Darlehensaufnahme in der Höhe von S 12 Mio. erforderlich. In Bezug auf die Schuldenentwicklung ist anzumerken, dass wir mit diesem Budget S 15 Mio. an Darlehen tilgen, aber nur S 12 Mio. neue Darlehen aufnehmen werden. Der Gesamtschuldenstand wird mit Ende 1997 ca. S 178 Mio betragen und nahezu um S 25 Mio geringer sein als 1991; mit rund S 6 Mio zu leistendem Zinsendienst ist eine Halbierung des Zinsaufwandes - im Vergleichszeitraum - möglich geworden. Positiv schlägt sich natürlich auch die derzeit günstige Zinsensituation nieder. Mit diesem Haushaltsvoranschlag werden wir auch die Maastricht-Kriterien erfüllen.

Mit der Bitte um Beschlussfassung des vorliegenden Haushaltsvoranschlages 1997 möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Rechnungsamtes, an der Spitze dem Oberrechnungsrat Heinz Zögl, herzlich für die geleistete Arbeit zur Erstellung des Rechnungsabschlusses 1996 und des Haushaltsvoranschlages 1997 danken. Ebenfalls danken möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die gute Zusammenarbeit. Herr Bürgermeister, ich ersuche über den Haushaltsvoranschlag 1997 abstimmen zu lassen!

1998 - Haushaltsvoranschlag

Der vorliegende Haushaltsvoranschlag 1998 setzt wichtige und mutige Schritte in die Zukunft. Bereits mit dem Haushaltsvoranschlag 1997 und zusätzlichen Beschlüssen im heurigen Jahr, beispielsweise dem Beschluss über die Errichtung von Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit, dem Beschluss über die Gründung einer gemeindeeigenen Betriebsgesellschaft und der Ausgliederung der Hausverwaltung für die gemeindeeigenen Wohnhäuser wurden die richtigen Schritte gesetzt. Die Gemeinde hat mit diesen Entscheidungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz und daraus hoffentlich abzuleiten zur Verbesserung der Kostenstruktur geleistet.

In diesem Zusammenhang bin ich optimistisch, dass mit der Umsetzung des Organisationskonzeptes, welches vom KDZ ausgearbeitet wurde, mittel- bis langfristig auch die entsprechenden personellen Voraussetzungen zur Erreichung dieser Zielsetzung geschaffen werden können.

Wichtig ist auch ein anderes Signal. Gerade jetzt, wo in der privaten Wirtschaft teilweise die notwendigen Investitionen fehlen, verstärkt die Gemeinde ihre Investitionstätigkeit. Damit wird seitens der Gemeinde ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsbelebung geleistet. Bewusst muss uns dabei jedoch immer bleiben, dass auch die Gemeinde den Bogen ihrer Leistungsfähigkeit nicht überspannen darf. Mit diesem Budget nützen wir die bestehenden Möglichkeiten aus.

Im ordentlichen Haushalt veranschlagen wir 183 Mio. Mit dieser Budgetierung führen wir das volle Leistungsprogramm im Schul- Kindergarten- Sozial- und Kulturbereich weiter. Das heißt, dass mit diesem Budget nichts wesentliches zurückgenommen werden muss. Die Gebührensätze bleiben auf der Einnahmenseite mit einer Ausnahme unverändert. Das neue Kanalgesetz hat eine andere Berechnungsbasis gebracht. Durch den überwiegenden Wegfall der Kellerräume als Berechnungsfläche ist es erforderlich, dass die Kanalgebühren

entsprechend angehoben werden müssen. Wir gehen davon aus, dass wir mit S 22,50 pro m² Berechnungsfläche durchkommen werden. Es wird aber mit dieser neuen Berechnungsbasis und der vorzunehmenden Gebührenerhöhung Einzelne geben, die jetzt weniger zahlen als vorher. Die nämlich, bei denen ein vorher zu berechnendes Kellergeschoss nun nicht mehr zu berücksichtigen ist.

Deutliche Signale setzt dieses Budget für die Kinder, die Lebensqualität, die Infrastruktur und die Umwelt.

Für die Zukunftschancen der nachwachsenden Generationen ist es meiner Meinung nach wichtig und richtig, wenn wir den Neubau einer Volksschule in Aussicht stellen. Am Standort der Hauptschule errichtet, kann mit diesem Neubau ein modernes Schulzentrum, mit vielen positiven Nebeneffekten entstehen. Viele andere Gemeinden werden uns um ein derartiges Schulzentrum beneiden. Mit diesem Budget soll die Planungsphase begonnen und eingeleitet werden. Im Vertrauen auf die Kreativität von Architekten bin ich sehr zuversichtlich, dass es auch zu vernünftigen Ergebnissen kommt.

Außer diesem großem Vorhaben, soll für unsere Kinder im kommenden Jahr der Abenteuerspielplatz auf der 360er Trasse in Angriff genommen und nach Möglichkeit fertiggestellt werden.

Mit dem Beschluss zur Errichtung eines Sozialzentrums mit 48 seniorengerechten Wohnungen und einer Sozialstation trägt die Gemeinde den geänderten Ansprüchen und Anforderungen der älteren Generation Rechnung. Mit dem Beschluss zur Sanierung bzw. zum Neubau einer Aufbahrungshalle auf unserem Friedhof wird dieser Ansatz verstärkt. Im Budget sind für diesen Zweck 5 Mio vorgesehen.

Als Beitrag zur Lebensqualität sehen wir auch die Leistungen zur Erhaltung unseres Kulturgutes. Haben wir in den Jahren 1994, 1995 und 1996 insgesamt 1,3 Mio für die Kirchenrenovierung und 0,2 Mio für den Orgelkauf zur Verfügung gestellt, so haben wir mit diesem Budget für die Neugestaltung des Kirchenvorplatzes 0,5 Mio und für die Neuanschaffung der Orgel einen weiteren Kostenbeitrag von 0,3 Mio vorgesehen.

Eines unserer wichtigsten und größten Vorhaben ist der vorgesehene Neubau des Wasserbehälters in der Wasserwerksgasse. Dieser neue Wasserbehälter wird insgesamt ca. 20 Mio kosten. Die Hälfte davon wird mit diesem Budget bedeckt. Wir werden aber auch den normalen Wassernetz- und Kanalbau fortsetzen und haben dafür 10,5 Mio veranschlagt.

Dem Straßenbau kommt mit diesem Budget wieder ein besonderer Stellenwert zu. Wenn wir heuer für den normalen Straßenbau und für Instandsetzung 11 Mio eingesetzt haben, so kommt noch die Fertigstellung des Straßenbaues auf der Stierwiese hinzu. Dieser Bauabschnitt soll in zwei Jahren fertiggestellt sein. Für 1998 haben wir die erste Tranche in der Höhe von 5,5 Mio vorgesehen.

Das Projekt „Natur erleben in Brunn am Gebirge“, für das wir im Haushaltsvoranschlag 1997 die Basis geschaffen haben, ist bereits angelaufen. Mit der Umsetzung wird schon in diesem Winter begonnen. Der Baumbestand am Wällischhof wird fachgerecht durchforstet und mit der Anlegung eines einfachen Wegenetzes die Möglichkeit für eine künftige Begehrbarkeit des Waldes geschaffen. Durch die zugesagte Förderung aus dem niederösterreichischen Landschaftsfond sind wir als Gemeinde tatsächlich in der Lage unsere spärlichen Grünreserven zu sichern, zu schützen und als Naherholungsraum anzubieten.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Inanspruchnahme der Leistungen des Vereines für Dorf- und Stadterneuerung des Landes Niederösterreich. Für einen Kostenbeitrag von S 120.000,-- jährlich steht uns für einen Zeitraum von maximal vier Jahren eine Expertin für Ortsentwicklung und Planungsfragen zur Verfügung. Mit dieser fachlichen Unterstützung wird es möglich sein, alle planerischen Aktivitäten unserer Gemeinde zu bündeln und zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzuführen.

Der außerordentliche Haushaltsvoranschlag umfasst ca. 46 Mio. Gemeinsam mit dem ordentlichen Haushalt verfügt die Gemeinde somit über ein Gesamtbudget von 230 Mio.

Obwohl ich schon auf die wichtigsten Positionen eingegangen bin verlese ich jetzt in geraffter Form die einzelnen Vorhaben:

Fassadenaktion	160.000
Straßenbau	5.000.000
Wassernetzausbau	6.500.000
Kanalbau	4.000.000
Reperatur Gemeindewohnhäuser	1.500.000
Jugendheim	320.000
Schulwegsicherung	100.000
Kirchenorgel	300.000
Vorplatz Kirche	500.000
Stierwiese	5.500.000
Sozialzentrum	3.000.000
Mülldeponie	40.000
Beleuchtung	1.550.000
Wasserbehälter/Wasserwerk-gasse	10.000.000
Aufbahrungshalle	5.000.000
Amtshaus	250.000
Volksschule Nachmittagsbetreuung	500.000
Gemeindezentrum - Planung	300.000
Projekt „Natur erleben in Brunn“	665.000
Mehrzweckhalle	300.000
Projekt Neubau Volksschule	300.000
Radweg	200.000

Für die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes ist eine Kreditaufnahme von 31,3 Mio erforderlich. Der Großteil der Darlehen, nämlich 17,5 Mio entfallen auf die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit. Diese sind somit durch die jeweiligen Gebührenhaushalte zu finanzieren. In Anbetracht der positiven Entwicklung unseres Schuldenstandes - er wird bei den bestehenden Darlehen mit Ende 1998 auf ca. 157 Mio gesunkene sein - und der deutlich verringerten Zinsenbelastung halte ich die Darlehensaufnahme zur Finanzierung der erwähnten Projekte für gerechtfertigt.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsvoranschlages 1998 wurde in der Finanzausschuss-Sitzung am 18. November 1997 vorgestellt und im Anschluss daran zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie ersuchen, dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag 1998 die Zustimmung zu geben.

1999 - Haushaltsvoranschlag

Mit dem Haushaltsvoranschlag 1999 liegt auch in unserer Gemeinde der letzte Voranschlag in diesem Jahrhundert vor. Es wäre jetzt eine verlockende Gelegenheit anhand der Entwicklung des Gemeindehaushaltes - allein in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg - die großartige Weiterentwicklung unserer Heimatgemeinde darzustellen. Sie können beruhigt sein: Ich habe nicht vor hier einen historischen Exkurs hier zu beginnen, sondern möchte einfach - aber ohne falsche Bescheidenheit - feststellen, dass es unserer gesamten Gemeinde wirtschaftlich wahrscheinlich so gut geht wie nie zuvor in der Geschichte.

Diese Situation drückt sich nicht zuletzt auch in den Zahlen des Haushaltsvoranschlages aus. Es liegt Ihnen ein Voranschlag vor, der 188,6 Mio im ordentlichen und 69,4 Mio im außerordentlichen Haushalt ausweist.

Die Budgetberatungen mit den zuständigen Referenten/Innen haben ergeben, dass das bisherige Leistungsvolumen der Gemeinde - das über den ordentlichen Haushalt abgewickelt wird - im großen und ganzen weitergeführt und in geringerem Umfang zusätzliche Wünsche berücksichtigt werden konnten.

Für die Verwaltung werden weitere Mittel für den Ausbau der EDV zur Verfügung gestellt. Insbesondere geht es um die elektronische Archivierung, einen Internet-Anschluss mit eigener Homepage und den Aufbau eines graphischen Informations-Systemes für die Bau- und Grundstücksverwaltung. Letztendlich werden diese Investitionen aber nicht nur zur Arbeitserleichterung für die Bediensteten führen, sondern sie sollen zu einer spürbaren Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger werden. Für diese Bereiche werden ca. 1,6 Mio aufgewendet.

In der Volksschule wird die Nachmittagsbetreuung und im Kindergartenbereich werden Einrichtungs- und Sanierungserfordernisse berücksichtigt.

Beim Straßenbau- und bei den Straßen- und Gehsteiginstandsetzungen gehen wir - trotz weitergehender Wünsche - vom vorjährigen Umfang aus. Insgesamt belaufen sich die geplanten Ausgaben auf 13,5 Mio.

Das bereits begonnene Vorhaben Friedhofshalle wird mit diesem Voranschlag in der Höhe von 8,5 Mio zur Gänze bedeckt. Laut Vbgm. Julius Niederreiter stellt dieser Betrag die obere Grenze der zu erwartenden Kosten dar.

Im Dienstleistungsbereich wird ein großes außerordentliches Vorhaben, nämlich der Neubau des Wasserbehälters in der Wasserwerkstraße, begonnen. Mit diesem Vorhaben soll auf die umfangreichen Aktivitäten im Wohnbau und bei den Betriebsansiedlungen rechtzeitig reagiert und damit die reibungslose Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. Zu erwarten ist ein Kostenaufwand von 21,5 Mio. Für dieses Vorhaben ist eine 20%ige Förderung des Wasserwirtschaftsfonds vorgesehen.

Im Abwasserbereich ist einzukalkulieren, dass wir einerseits noch Erschließungen - wie beispielsweise im Bereich Wolfholz - und andererseits in der nächsten Zeit Reparaturen und Auswechslungen von alten Kanalsträngen zu bewerkstelligen haben werden.

Es freut mich, dass wir über den Dienstleistungs- und den Umweltausschuss wichtige Signale in Richtung Jugend und Umwelt gesetzt haben.

In diesem Budget haben wir den schon lange gewünschten Basketballspielplatz und weitere Verbesserungen bei den Kinderspielplätzen vorgesehen. Wir führen aber auch das Projekt „Natur erleben in Brunn“ weiter und haben mit den Naherholungsgebieten Wällischhof, Lerchenhöhe, Abenteuerspielplatz auf der 360er-Trasse und dem Areal Wienerberger zusätzliche Naherholungsgebiete für unsere Bevölkerung geschaffen. Auf diese Leistung können wir gemeinsam stolz sein. Unsere Bevölkerung braucht zunehmend diese Naherholungsräume und wird diese auch gerne annehmen.

Einen besonderen Höhepunkt unserer Aktivitäten werden wir voraussichtlich im November nächsten Jahres erleben. Nämlich dann, wenn wir unser Sozialzentrum in der L. Gattringer Straße/Schillerstraße eröffnen können. In diesem Budget haben wir eine weitere Zuführung in der Höhe von 3 Mio als Gesellschafterzuschuss an die Sozialzentrum Betriebs- und Errichtungsges.m.b.H. vorgesehen, um die Ausstattung der Gemeinschaftsanlagen wie Mutterberatung, Sozialstation, Aufenthaltsraum usw. vornehmen zu können.

Mit dem bisher gesagten habe ich großteils die bereits oft angesprochenen und im Gemeinderat diskutierten und beschlossenen Vorhaben angeführt. Mit Freude möchte ich dabei feststellen, dass sich damit das Bild von gemachten Versprechungen und der tatsächlichen Realisierung sehr positiv abrundet.

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend können wir uns aber nicht mit dem begnügen, was wir bisher geleistet haben. Mit diesem Voranschlag werden daher auch Vorhaben angesprochen, die wichtige Schritte in der weiteren Entwicklung unseres Ortes darstellen.

Eines dieser großen Vorhaben ist die Errichtung eines Sicherheitszentrums auf dem Gelände der Heeresbekleidungsanstalt. Mit dem möglich gewordenen Grundstücksankauf im Ausmaß von ca. 5.500 m² und etwaigen Abbruchsarbeiten setzen wir die ersten Schritte. Vorgesehen sind dafür 6 Mio. Mit dem Ankauf des Brunner Bahnhofes und der dazugehörigen Liegenschaft werden wir einerseits den zahlreichen Tagespendlern einen adäquaten Warteraum und andererseits unserer Jugend eine betreute Nutzungsmöglichkeit eröffnen.

Weiters sehen wir mit diesem Voranschlag vor, dass ernsthafte Planungsüberlegungen für den Neubau einer Volksschule begonnen werden können. Aus meiner Sicht bietet sich der Winzerpark - vis a vis der Hauptschule - für die Errichtung einer modernen und zweckmäßigen Volksschule an. Die jetzige Volksschule könnte dann in ein Kulturhaus mit der Unterbringung der Musikschule, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, einer Bibliothek usw. umfunktioniert werden. Als Gemeinde mit ständig steigender Bevölkerungszahl haben wir uns auch den damit verbundenen kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Ansprüchen zu stellen und die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen.

Weitere Entwicklungsschritte unserer Gemeinde - beispielsweise die Gestaltung des Ortszentrums oder die Errichtung einer Mehrzweckhalle - sollen im Rahmen des Projektes „Stadterneuerung“ diskutiert und überlegt werden. Dies vor allem deshalb, weil in diesem Rahmen auch eine unmittelbare Bürger/Innenbeteiligung vorgesehen ist.

Natürlich fragen Sie sich - genauso wie ich - ob wir das alles auch finanziell bewältigen können. Dazu ist zu sagen, dass wir die genannten Vorhaben nicht alle auf einmal beginnen werden, sondern zum großen Teil lediglich Voraussetzungen für die Realisierung der Vorhaben schaffen. Ich gehe weiters davon aus, dass die Bereitschaft zu optimaler

Verwaltungstätigkeit innerhalb der Gemeinde verstärkt wird, da diese Vorhaben sicher nur mit motivierten, kostenbewussten und sehr gut qualifizierten Führungskräften und Mitarbeiter/Innen zu bewältigen sind.

Letztendlich bin ich aber optimistisch, was die wirtschaftliche Kraft und die Entwicklung unserer Gemeinde anbelangt. Neben den bereits bestehenden Betrieben in unserem Betriebsgebiet haben wir in den letzten Jahren mit viel Kraft und persönlichem Einsatz die Voraussetzungen für die heute stattfindenden zusätzlichen Betriebsansiedlungen - entlang der J. Steinböck - Straße mit den Firmen Dehner, Giga - Sport, Pfeiffer, Lutz, McDonalds u.a.m. und auf im Bereich der A21 mit dem Business - Park Wien/Süd, der jetzt „Campus 21“ bezeichnet wird - geschaffen.

Eingebettet sind diese innerörtlichen Voraussetzungen in eine gesamtwirtschaftlich positive Entwicklung, die uns von Wirtschaftsforschern prognostiziert wird.

Alles in allem liegt ein Voranschlag vor, der durch die geplanten Vorhaben Werte schafft, die sich vorteilhaft für die Lebensqualität in unserer Gemeinde und für die Chancen künftiger Generationen auswirken werden.

Das Volumen des außerordentlichen Haushaltes beträgt 69,4 Mio. Die einzelnen Vorhaben nochmals in geraffter Form:

Fassadenaktion	100.000
Straßenbau	7.000.000
Wassernetzausbau	3.500.000
Kanalbau	5.500.000
Reparatur Gemeindewohnhäuser	1.000.000
Bahnhof/Jugendheim - Ankauf/Ren.	300.000
Schulwegsicherung	100.000
Kirchenplatz	300.000
Stierwiese	5.500.000
Sozialzentrum	3.000.000
Mülldeponie	40.000
Beleuchtung	1.200.000
Wasserbehälter Wasserwerkstraße	21.600.000
Aufbahrungshalle	8.500.000
Amtshaus	250.000
Volksschule Ausstattung	100.000
Projekt Stadterneuerung	300.000
Projekt Natur erleben in Brunn	200.000
Bepflanzung - Stierwiese	400.000
Basketballplatz	700.000
Bauhof	900.000
Radfahrwege	1.000.000
Sicherheitszentrum	6.000.000
Lärmschutz	800.000
Kindergarten Renovierung	700.000
Volksschule Planung Neubau	300.000

Für die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes ist eine Darlehensaufnahme von 57,6 Mio erforderlich. 23,4 Mio entfallen dabei auf die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und 3 Mio auf die Sozialzentrum Betriebs- und Errichtungsges.m.b.H..

In Anbetracht der positiven Entwicklung unseres Schuldenstandes - er wird bei den bestehenden Darlehen mit Ende 1999 auf rund 162 Mio gesunken sein - und der deutlich geringeren Zinsenbelastung halte ich die Darlehensaufnahme zur Finanzierung der erwähnten Projekte für gerechtfertigt.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsvoranschlages 1999 wurde in der Finanzausschusssitzung am 18. November 1998 vorgestellt und im Anschluss daran zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich herzlich bei allen Referenten für die konstruktive Zusammenarbeit und bei meinen Mitarbeitern/Innen im Rechnungsamt, insbesondere beim Abteilungsleiter Heinz Zögl, für die Erstellung des Voranschlages 1999 bedanken.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Sie ersuchen, dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag 1999 die Zustimmung zu geben.

2000 - Haushaltsvoranschlag

Je nach dem wie man es betrachtet – mathematisch oder psychologisch – ist der vorliegende Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2000 entweder der letzte des zu Ende gehenden Jahrhunderts oder der erste im nächsten Jahrtausend. Obwohl diese Betrachtung für das vorliegende Zahlenwerk irrelevant ist entbehrt sie nicht einer feststellbaren Wirkung. Im Gegensatz zu einem „Ende“ signalisiert ein „Beginn“ meistens Hoffnung und Zuversicht. Ich möchte Sie einladen für unsere Gemeinde ein Bild der Hoffnung und der Zuversicht zu entwickeln. Diesem Bild jedoch die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Vergangenheit zu Grunde zu legen, damit der notwendige Realitätssinn erhalten bleibt.

Mit einem Volumen von 195.840.000 im ordentlichen Haushalt und 76.800.000 im außerordentlichen Haushalt liegt das größte Budget in der Geschichte unserer Gemeinde vor. Bei der Budgeterstellung wurde realistisch vorgegangen. Dies betrifft sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite. Die Diskussion um die Getränkesteuer hat uns dabei nicht berührt, da diese Frage erstens noch nicht entschieden ist und zweitens in jedem Fall Kompensationen vorgesehen werden müssten. Im Budget wurden vorerst die vertraglichen und rechtlichen Verpflichtungen veranschlagt. In weiterer Folge konnten die im Rahmen der Budgetverhandlungen dargelegten Wünsche der geschäftsführenden Gemeinderäte und des Bürgermeisters weitgehend erfüllt und eingearbeitet werden.

Im Bereich der Verwaltung wurde der Einstieg in das neue kommunale Informationssystem – mit dem Schwerpunkt im Rechnungswesen – bereits vollzogen. Es soll um ein graphisches Informationssystem und um eine elektronische Archivierung erweitert werden. Nach Fertigstellung sollen dadurch Kosteneinsparungen in der Verwaltung und durch die Digitalisierung der Gemeindefläche und der Ver- und Entsorgungseinrichtungen völlig neue Perspektiven für die Bau- und Grundstücksverwaltung und für die Raumplanung eröffnet werden. Mit der Aufnahme unseres neuen Leitenden Gemeindebediensteten, Herrn Wolfgang Schragner, hat die Gemeinde ein Signal in der Personalentwicklung gesetzt. Unsere Gemeinde braucht mehr denn je gut ausgebildete und gut motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um den Anforderungen einer 12.000 Einwohner zählenden Gemeinde am Rande der Bundeshauptstadt gewachsen zu sein. Es wird also so sein, dass wir in den nächsten Jahren etwas erhöhte Personalausgaben (etwa durch die Aufnahme eines Kostenrechners und

eines Bautechnikers) haben werden, weil strukturelle Maßnahmen gesetzt werden müssen und außerdem von den Bediensteten Weiterbildungsangebote genutzt werden sollen. Was die Problembewältigung anbelangt bin ich zuversichtlich, da wir von einer gut motivierten Belegschaft und einer verantwortungsvollen Personal- und Gewerkschaftsvertretung ausgehen können.

Im Kindergartenbereich hat die Gemeinde – nicht zuletzt durch den Neubau des Kindergartens in der Bahngasse – bereits wichtige Akzente gesetzt. Auch mit diesem Budget werden wieder Erneuerungs- und Sanierungsschritte gesetzt. Eine Anmerkung möchte ich dazu jedoch machen: Die schönsten und modernsten Kindergärten erfüllen nur dann vollständig ihren Zweck, wenn sie so geführt werden, dass sie den Anforderungen der Eltern punkto Öffnungszeiten entsprechen und auch eine entsprechende Kleinkindbetreuung vorgesehen ist.

In den vergangenen Jahren haben wir öfter über den durch den Wohnungsbau verursachten Bevölkerungszuwachs und in weiterer Folge entstehenden Platzmangel in der Volksschule gesprochen. Wir haben sogar einen Neubau der Volksschule in Erwägung gezogen. Mit der langfristigen Anmietung des St. Josef-Heimes in der L. Gattringer - Straße ist es gelungen Platzprobleme im Zusammenhang mit der Volks- und Musikschule gemeinsam zu lösen. Gleichzeitig kann mit der Anmietung ein Baujuwel im Zentrum unserer Gemeinde insbesondere für die Jugend – im Rahmen von Kultur- und Bildungsveranstaltungen – zu einer neuen Stätte der Begegnung werden.

Im Sozialbereich nehmen wir mit dem Sozialzentrum ein Objekt in Betrieb, von dem wir hoffen, dass es für unsere älteren Mitbürger ein attraktives Angebot darstellt. Insbesondere was die Kosten anbelangt, hat die Gemeinde alles unternommen, dass die verlangten Mietkosten keine unüberwindbare Hürde für die Angesprochenen darstellen. Mit dem Betrieb der Sozialstation betreten wir als Gemeinde Neuland. Auf Grund des Engagements unseres Sozialausschusses bin ich zuversichtlich, dass es ein richtiger Schritt sein wird. Die neue Mutterberatung, die wir am gleichen Standort errichtet haben, soll nicht nur eine optimale Mutterberatung sondern auch ein Beitrag zur Generationenverständigung sein.

Im Rahmen unserer infrastrukturellen Aufgaben kann der Leistungsumfang im Straßenbau, bei den Park- und Grünanlagen und bei den Kinderspielflächen beibehalten und teilweise erweitert werden.

Bei den Gebührenhaushalten Wasser, Kanal, Müll und Friedhof wurde bereits in der Vergangenheit viel investiert und es kann daher heute von einer Vollversorgung in der Gemeinde gesprochen werden. Es wird aber in Zukunft erforderlich sein, dass die für verschiedene Vorhaben getätigten Vorfinanzierungen durch das allgemeine Budget teilweise wieder rückgeführt werden müssen, wenn die Gemeinde ihr Leistungsangebot weiter ausbauen möchte. Es ist also die Kostenstruktur so zu entwickeln, dass aus den Gebührenhaushalten Deckungsbeiträge zu den Finanzierungskosten für andere Budgetvorhaben erwirtschaftet werden können.

Wie Sie aus der Projektaufstellung des außerordentlichen Haushaltes entnehmen können, kommt auf die Gemeinde in finanzieller Hinsicht eine große Herausforderung zu. Damit diese Projekte überhaupt erst angedacht werden konnten war es erforderlich, dass der Schuldenstand bei den bestehenden Darlehen gesenkt wird. Ende 2000 wird der Schuldenstand 148.350.000 betragen. Wenn alle Vorhaben aus dem Budget 2000 realisiert werden, wird der Schuldenstand auf rund 213.000.000 ansteigen. Im Vergleich zu 1992, wo

wir bereits einen ähnlich hohen Schuldenstand auszuweisen hatten, können wir jetzt – auf Grund der Zinsenentwicklung – von deutlich günstigeren Finanzierungskosten ausgehen.

Abgesehen davon hat die Gemeindeverwaltung ihre Politik in der Vergangenheit so ausgerichtet, dass unsere Gemeinde ein attraktiver Betriebsstandort geworden ist und dadurch sichere Gemeindeeinnahmen erwartet werden können.

Ich darf Ihnen nunmehr die Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes zur Kenntnis bringen:

Fassadenaktion	150.000
Straßenbau	7.000.000
Wassernetzausbau	8.000.000
Kanalbau	9.000.000
Rep. Gemeindewohnhäuser	5.000.000
Bahnhofankauf- u. Sanierung	900.000
Schulwegsicherung	100.000
St. Josefsheim – Adaptierung	3.000.000
Vorplatz Kirche	2.500.000
Stierwiese	200.000
Sozialzentrum	2.000.000
Ankauf Unimog	900.000
Beleuchtung	2.500.000
Park- und Grünanlagen	300.000
Wasserbehälter Wasserwerkstraße	10.000.000
Aufbahrungshalle	2.500.000
Heimathaus-Heizung	200.000
Amtshaus	250.000
Kindergarten-Möbel	1.000.000
Stadterneuerung -Gemeindezentrum	300.000
Ankauf Liegenschaft Industriestraße A	7.200.000
Mehrzweckhalle	300.000
Basketballplatz-Einfriedung	200.000
Sicherheitszentrum	10.000.000
Erholungsgebiet Wienerberger	500.000
Mutterberatung	350.000
Sozialstation	550.000
Jugendbibliothek	100.000
Jugendzentrum	300.000
Radwege	1.500.000

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlags 2000 wurde am 18.November 1999 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Bevor ich Sie um eine positive Beschlussfassung des vorliegenden Haushaltsvoranschlags ersuche, möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Rechnungsamtes, an der Spitze Oberrechnungsrat Heinz Zögl, herzlich für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung des Haushaltsvoranschlags danken. Mein Dank gilt weiters meinen Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit und den Gemeindevorstandmitgliedern für ihre Budgetdisziplin.
Herr Bürgermeister, ich ersuche um Beschlussfassung!

2001 - Haushaltsvoranschlag

Die Erstellung des Haushaltsvoranschlages für 2001 fällt in eine Zeit, in der die finanzielle Basis für die Gemeinden vom Gesetzgeber wieder einmal grundlegend umgestaltet wird. Für die Budgeterstellung gibt es somit eine veränderte Ausgangsbasis und zusätzliche Unbekannte. Die veränderte Ausgangsbasis erfolgt in der Verkleinerung der Abgabebasis durch die vom Nationalrat beschlossene Abschaffung von ausschließlichen Gemeindeabgaben wie der Getränkesteuer und der Anzeigenabgabe und dem nicht vollständigen Ersatz für diese Abgaben.

Die zusätzliche Unbekannte ist die nicht vorhersagbare Auswirkung des neuen Finanzausgleiches in Verbindung mit der Volkszählung 2001 für die nächsten Jahre. Konkret geht es bei der Volkszählung um die Anzahl der Hauptwohnsitze die unsere Gemeinde zum Stichtag 15. Mai 2001 haben wird. Als Gemeindevertreter haben wir die Pflicht alle Möglichkeiten auszuschöpfen und beizutragen, dass sich möglichst viele zur Heimatgemeinde Brunn am Gebirge bekennen und hier ihren Hauptwohnsitz begründen. Derzeit stehen wir bei rund 9.400 Hauptwohnsitzen und rund 2000 Zweitwohnsitzen. Nützen wir bis zum 15. Mai 2001 alle Chancen die sich bieten, es werden zusätzliche Chancen für unsere Gemeinde sein.

Mit einem Volumen von rund 205,3 Mio ATS im ordentlichen Haushalt und ein Volumen von 84,0 Mio ATS im außerordentlichen Haushalt haben wir einen ambitionierten Voranschlag vor uns liegen, der neue Schwerpunktsetzungen in der Gemeindeentwicklung zum Inhalt hat.

War unser Schwerpunkt bisher beim Auf- und Ausbau von Infrastruktureinrichtungen (Wasser, Kanal, Baulandaufschließung, Straßenbau etc.) wird der Schwerpunkt in zunehmenden Maße auf die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren der Gemeinde gelegt. Es geht konkret um die weiteren Entwicklungsschritte im Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Bürgerservicebereich.

Die Gemeinde hat nach meinem Verständnis die öffentliche Aufgabe in diesen Bereichen Voraussetzungen zu schaffen und Anreize zu geben.

Damit sich Sozial-, Bildungs- und kulturelle Aktivitäten im gewünschten Umfang entwickeln können, wird die öffentliche Hand immer Grundlagen schaffen und vorfinanzieren müssen; erst auf dieser Basis können sich private Initiativen entwickeln und Aufgaben wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang ist es durchaus angebracht über die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit von Schulden für öffentliche Investitionen nachzudenken. Fürchten wir uns weniger vor diesen Schulden als vor einem Staatswesen, das sich dieser öffentlichen Aufgaben nicht mehr bewusst ist.

Natürlich müssen Schulden leist- und finanzierbar sein. Mit der Teilausgliederung der Gebührenhaushalte Wasser, Kanal, Müll sowie Wohn- und Geschäftsgebäude in „Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit“ und der Bestellung von dafür verantwortlichen Betriebsleitern hat der Gemeinderat schon rechtzeitig die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Führung der genannten Aufgabenbereiche geschaffen. Mit der Vollaugliederung des Sozialzentrums wurde ein noch weitgehender Schritt gesetzt. Insgesamt sind das Maßnahmen, die die Chancen und Möglichkeiten der Gemeinde kostengünstig zu wirtschaften wesentlich erhöhen.

Chancen und Möglichkeiten müssen allerdings auch wahrgenommen werden, wenn sie zum Erfolg führen sollen.

Mit dem vorliegenden Budget wird der bisherige Leistungsumfang im Sozial-, Kultur-, Bildungs- und Dienstleistungsbereich voll erhalten. Die neuen Schwerpunkt-setzungen für diese Bereiche erfolgen fast ausschließlich über den außerordentlichen Haushalt.

In der Personalentwicklung der Gemeinde befinden wir uns in einer entscheidenden Übergangsphase. Einerseits finden Pensionierungen langjähriger und erfahrener MitarbeiterInnen statt; andererseits stehen wir vor einem notwendigen Qualifikationsschub, mit dem wir unsere Mitarbeiter/Innen zunehmend in Richtung Planungs-, Kontroll-, Kommunikations- und Fachkompetenz bringen.

Wichtig ist, dass bei Neuaufnahmen verstärkt auf das Anforderungsprofil geachtet und so eine optimale Personalauswahl getroffen wird.

In diesem Zusammenhang ist es erklärbar, dass wir in den letzten Jahren einen stärkeren Anstieg bei den Personalausgaben - im Voranschlag weisen wir insgesamt 53,8 Mio aus - zu verzeichnen haben. Es ist jedoch unbedingt erforderlich, dass sich dieser Bereich stabilisiert, damit die Gemeinde das begonnene Entwicklungsprogramm fortsetzen kann.

Eng in Verbindung mit dem jetzt gesagten steht eine Aufgabenstellung die einerseits mit den Bediensteten und andererseits mit dem Beschaffungswesen der Gemeinde zusammenhängt. Nur wenn die Bediensteten in der Lage und auch fähig sind, ihre Planungs-, Umsetzungs- und Kontrollfunktion optimal zu erfüllen wird es möglich sein bei der öffentlichen Auftragsvergabe - und Auftragsabwicklung die besten Ergebnisse zu erzielen. Seitens des Gemeinderates sollten wir verstärkt diejenigen Bediensteten belohnen, die der Gemeinde wirtschaften helfen und jenen rasch Nachschulung geben, die das nicht im erforderlichen Ausmaß tun können oder wollen.

Mit einem ehemaligen Rechnungshofmitarbeiter als jetzigen Amtsleiter der Gemeinde und der Schaffung einer Controllingstelle ab dem kommenden Jahr sollten wir bei dieser Aufgabenstellung bald deutliche Verbesserungen spüren.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang auch die Beachtung der Steuer- und Abgabengerechtigkeit beim Vollzug von Abgabenvorschriften. Das heißt, dass alles zu unternehmen ist, dass die Gebühren und Abgaben zum Fälligkeitstermin vorgeschrieben und hereingebracht werden. Nachlässigkeit in diesem Bereich führt einerseits zu Ungerechtigkeit und andererseits zu einer geringeren Leistungskraft der Gemeindeverwaltung. Beides ist im Sinne der Gemeindeordnung und der Brunner Bevölkerung nicht zu akzeptieren.

Aus meiner Sicht sind die Rahmenbedingungen für die vorgesehenen Investitionen günstig. Auch wenn in den nächsten Jahren ein leichter Zinsanstieg zu erwarten ist, können wir doch im Großen und Ganzen von stabilen Verhältnissen ausgehen. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die öffentliche Nachfrage - europaweit - durch die von Brüssel vorgegebenen Kriterien für die öffentlichen Haushalte gedrosselt wird. Von der öffentlichen Hand ist daher eine verstärkte Nachfrage auf den Kapitalmärkten nicht zu erwarten, was wiederum den Zinsanstieg im Rahmen halten wird.

Gemeinsam mit einer deutlichen Einnahmenverbesserung ab 2002 können wir also davon auszugehen, dass wir die aufzunehmenden Darlehen - die Vergabe erfolgt natürlich erst nach Genehmigung durch die Landesregierung und mittels Ausschreibung - verzinst und

termingerecht zurückzahlen können. Im Voranschlag sind Darlehensaufnahmen in der Höhe von 57,5 Mio vorgesehen. Der Schuldenstand wird dadurch auf rund 245 Mio ansteigen.

Die vorgesehenen Investitionen gehen zum großen Teil in die Erhaltung, Erneuerung und Instandsetzung von Einrichtungen, die den Kindern und der Jugend, den Senioren, der Umwelt und der Verbesserung unserer Infrastruktur dienen.

Alles in allem Investitionen in die Lebensqualität unserer Bevölkerung und die Zukunftschancen unserer Jugend.

Im Folgenden darf ich Ihnen die vorgesehenen Projekte des außerordentlichen Haushaltes zur Kenntnis bringen:

Fassadenaktion	150.000
Straßenbau	10.000.000
Wassernetzausbau	5.000.000
Kanalbau	9.000.000
Gemeindewohnhäuser (Sanierung)	7.000.000
Bahnhof (Sanierung)	1.000.000
Schulwegsicherung	100.000
Josefsheim (Sanierung)	8.000.000
Straßenbeleuchtung	1.500.000
Park- und Grünanlagen	200.000
Wasserbehälter	8.000.000
Amtshaus (Decke, Bürgerservice)	9.000.000
Erweiterung Abfallsammelstelle (I-Straße A)	6.000.000
Mehrzweckhalle	300.000
Sicherheitszentrum	100.000
Näherholung Wienerberger	500.000
Jugendbibliothek	30.000
Jugendzentrum	200.000
Volksschule (Sanierung)	15.000.000
Radwege	2.000.000
Nahversorgung (Projektkosten)	200.000
Friedhof	350.000
Kinderspielplätze	300.000
Kulturleitfasssäule	150.000

Es versteht sich von selbst, dass wir mit der Realisierung dieser Projekte erst dann beginnen können, wenn die Finanzierung gesichert ist.

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlages 2000 wurde vom 22. November 2000 bis 5. Dezember 2000 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Erwähnen möchte ich noch, dass der Budgeterstellung Beratungen mit allen ressortverantwortlichen geschäftsführenden Gemeinderäten, der Vizebürgermeisterin und dem Bürgermeister vorausgegangen sind und bei diesen Beratungen weitestgehende Übereinstimmung erzielt werden konnte. Übereinstimmung vor allem darüber, dass wir zuerst die Sanierungsvorhaben abzuschließen haben, bevor weitere große Investitionen wie beispielsweise das Sicherheitszentrum begonnen werden können.

Es bleibt mir nur mehr meinen Mitarbeitern im Rechnungsamt, stellvertretend dafür Rechnungsamtsleiter Heinz Zögl und seinem Stellvertreter Otto Schallner, für die gute und sorgfältige Vorbereitung zu danken.

Danken möchte ich ebenfalls meinen Kollegen und Kolleginnen im Finanzausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit und das gute Klima in dem wir unsere wichtige Aufgabe bewältigen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates ich darf Sie daher ersuchen dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag 2001 Ihre Zustimmung zu geben.

2002 - Haushaltsvoranschlag

Der heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushaltsvoranschlag ist mit 16.826.000 € im ordentlichen und 7.544.100 € im außerordentlichen Haushalt der vom Umfang her größte in der Geschichte unserer Gemeinde.

Die Schwierigkeit bei der Erstellung dieses Haushaltsvoranschlages lag in der Bedeckung aller Vorhaben im Hinblick auf die Erreichung des Maastrichtergebnisses und des österreichischen Stabilitätspaktes. Weiters war auch den Vorschriften laut ESVG (Europäisches System für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) zu entsprechen. Die Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltsergebnisses auf Gemeindeebene bedeutet, dass die einzelnen Gemeinden zwar Überschüsse oder Defizite aufweisen können, diese sich aber in Summe ausgleichen müssen.

Ich habe bereits in den Jahren 1994, 1995 und 1996 auf bestimmte Tendenzen – insbesondere was die Entwicklung der Einnahmen anbelangt – hingewiesen und leider Recht behalten. Alle gesetzlichen Maßnahmen unserer übergeordneten Gebietskörperschaften in Bezug auf die Einnahmenentwicklung der Gemeinden haben uns im Ergebnis geschadet. Darüber zu klagen nützt leider gar nichts sondern kann für uns nur bedeuten, dass wir uns auf die gegebene Situation optimal einstellen müssen und das Beste daraus zu machen haben.

Am Tag genau vor einem Jahr haben wir uns noch mit den möglichen Auswirkungen der Volkszählung 2001 beschäftigt und zu gemeinsamen Anstrengungen aufgerufen, diese Volkszählung erfolgreich werden zu lassen. Wenn wir auch die 10.000er Grenze nicht übersprungen haben, können wir mit ca. 9.500 Hauptwohnsitzen, das sind um ca. 1000 Hauptwohnsitze mehr als 1991, berechtigt von einem großen Erfolg sprechen.

Dieser Erfolg hat bekannterweise auch eine finanzielle Auswirkung und wir freuen uns über die zusätzlichen Einnahmen bei den Ertragsanteilen, die wir aber - nebenbei gesagt - dringend für unsere ambitionierten Vorhaben brauchen.

Wenn wir nur daran denken, dass viele österreichische Gemeinden nicht einmal die Einwohnerzahl erreichen, die wir als Zuwachs haben, wird uns bewusst, dass unsere Gemeindeverwaltung große Herausforderungen in der täglichen Arbeit zu bewältigen hat. Von der Kleinkindbetreuung, über die Kindergärten und Schulen bis zu den Ver- und Entsorgungseinrichtungen, dem Sozialbereich, der Gemeindeverwaltung im engeren Sinn bis zur Friedhofsverwaltung, alles ist in Bewegung und muss den gestiegenen Anforderungen angepasst werden.

Wir können berechtigt sagen, dass sich unsere Gemeindeverwaltung auf diese Entwicklung rechtzeitig eingestellt und die entsprechenden Vorkehrungen getroffen hat. Wenn daher in den letzten Jahren so viele Projekte in Gang gesetzt wurden, dann war es nicht Leichtsinn oder Überheblichkeit sondern war es eine Reaktion auf Erfordernisse, die sich aus unserer dynamischen Gemeindeentwicklung ableiten lassen.

Mit der Anmietung des Josefsheimes haben wir die Basis für einen neuen Schulhort und demnächst auch einer Krabbelstube gelegt. Weiters soll auf diesem schönen Areal unsere Musikschule untergebracht werden; das St. Josefsheim soll zusätzlich für alles offen sein, was mit den genannten Nutzungen verträglich ist. Insgesamt wird es jedoch eine stolze Summe sein, die wir dort zu investieren haben. Nach vorsichtigen Schätzungen werden es bis zur Fertigstellung insgesamt an die 1,7 Mio € sein.

Mit der Errichtung des Sozialzentrums haben wir einen Meilenstein in der Gemeindeentwicklung gesetzt. Gemeinsam mit der NÖ Volkshilfe betreiben wir im Sozialzentrum eine Kurzzeitpflegebettenstation und bieten damit eine Einrichtung an, die es meines Wissens in keiner anderen niederösterreichischen Gemeinde gibt. Am gleichen Standort wird unsere Mutterberatung zu einem Familienzentrum mit angeschlossenem Eltern-Kind-Zentrum ausgebaut. Erstmals wird auch eine Elternschule in unserer Gemeinde angeboten, die wir finanziell unterstützen werden. Das sind nur die Highlights; das gewohnt umfangreiche Sozial- und Gesundheitsprogramm und auch unser Kulturprogramm können wir mindestens im bisherigen Umfang weiterführen.

Unsere vier Kindergärten, die wir entweder zur Gänze oder zumindest zum Großteil finanzieren, erfordern immer wieder Sanierungen bzw. Erneuerungen bei der Ausstattung. Diesen Aufgaben kommen wir auch gerne nach, weil wir unseren jüngsten GemeindebürgerInnen die besten Startvoraussetzung bieten wollen. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Kinderbetreuung durch unsere Ordensschwwestern aus Altersgründen rückläufig ist und uns diese helfenden Hände immer weniger zur Verfügung stehen. Unser Kindergarten in der Anton Seidlgasse steht auf Klostergrund. Ich glaube die Gemeinde handelt richtig, wenn wir das bestehende Angebot annehmen, dieses Grundstück ankaufen und damit diesen Kindergarten in einer der schönsten Lagen unserer Gemeinde sichern. Das Grundstück ist 3.200 m² groß und kostet rund 510.000 €. Nach Auskunft von Schwester Karin wird dieses Geld in die Altersversorgung der Ordensschwwestern bzw. in die Sanierung des Klosters investiert werden.

Der Startschuss für die Sanierung der Volksschule wurde mit der Beauftragung des Architekten Straitz bereits in der letzten Gemeinderatssitzung gegeben. Mit diesem Budget wollen wir die Umsetzungsphase beginnen und hoffentlich 2003 abschließen können. In der Hauptschule sind die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zum großen Teil bereits erfolgt; trotzdem sind weitere Investitionen geplant, die den finanziellen Aufwand für die Hauptschule ebenfalls erhöhen werden.

Wenn wir den vorliegenden Haushaltsvoranschlag genau studieren fällt auf, dass im Rechnungsquerschnitt der Posten Verwaltungs- und Betriebsaufwand die größte Einzelposition darstellt. Zu diesen Aufwendungen zählen Energiekosten, Portokosten, Rechtskosten, Versicherungen bis zu den Sanierungs- und Instandhaltungskosten unserer gemeindeeigenen Einrichtungen. Es ist daher sehr naheliegend, dem Bereich Gebäude- und Immobilienverwaltung größte Beachtung zu schenken. Der Gemeinderat hat richtig gehandelt, wenn er für diese Bereiche eigene Referate geschaffen hat. Jetzt geht es vor allem darum zu optimieren und ein effizientes Facility Management – wie es in der Fachsprache heißt - zu betreiben. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben.

Die Gemeinde hat schon frühzeitig auf den Ausbau und die Erhaltung der kommunalen Infrastruktur – Wasser- und Kanalnetz, Gemeindestraßen, Grün-, Park- und Sportanlagen samt Kinderspielplätzen geachtet und größtenteils Vollversorgung erreicht. Mit diesem Haushaltsvoranschlag sind weitere qualitative Verbesserungen vorgesehen.

Bei unseren Ver- und Entsorgungseinrichtungen haben wir die großen Investitionen mit dem neuen Wasserbehälter und der neuen Abfallsammelstelle bereits getätigt. Beides sind zukunftsweisende Einrichtungen; den Verantwortlichen wurde zu Recht großes Lob ausgesprochen. Es versteht sich von selbst, dass diese Investitionen nur langfristig und mit Fremdmitteln finanziert werden können. Diese Kosten schlagen sich naturgemäß in der Gebührenkalkulation nieder. In diesem Budget gehen wir von einer – auch von der Aufsichtsbehörde geforderten – zumindest ausgeglichen Gebührenberechnung aus. Nachdem wir die Gebührenerhöhung nicht mit der Euro-Bargeldeinführung verquicken wollen, wird die erforderliche Gebührenanpassung nach Erstellung der erforderlichen Kalkulationsgrundlagen in der März- oder Junisitzung des Gemeinderates erfolgen.

Ich habe bereits von den großen Herausforderungen, die die Bevölkerungs-entwicklung an unsere Verwaltung stellt, gesprochen. Aber auch in der Verwaltung ist schon einiges geschehen. Die Gemeinde verfügt mittlerweile über modern ausgestattete Büroräume und eine zeitgemäße EDV.

Mit der Errichtung der Bürgerservicestelle im Erdgeschoss unseres Rathauses werden die technischen und räumlichen Voraussetzungen für einen wichtigen Schritt unserer gemeindeinternen Verwaltungsreform geschaffen. Unsere Bürgerinnen und Bürger können hoffentlich bald die Segnungen einer guten Personal- und Organisationsentwicklung erfahren und in den neuen Räumlichkeiten echtes Bürgerservice erleben.

Mittlerweile hat es sich schon herumgesprochen, dass in Brunn am Gebirge ein Sicherheitszentrum errichtet werden soll. Insbesondere die Verantwortlichen bei Feuerwehr und Rettung setzen große Hoffnungen in diese neue Einrichtung und ich hoffe, die Gemeinde kann diese Erwartungen auch erfüllen. In finanzieller Hinsicht ist dieses Projekt – insbesondere neben den anderen Vorhaben die wir zu bewältigen haben – ein großer Brocken. Wenn wir in diesem Budget 363.400 € vorgesehen haben, so ist das neben den Grundstückskosten - in der Höhe von rund 580.000 € - nur ein kleiner Anfang. Ich möchte kommenden Beschlüssen nicht vorgreifen aber schon jetzt empfehlen, dass wir uns ausreichend Zeit nehmen, optimale Finanzierungsvarianten zu finden; der Wettbewerb zwischen den Bank- bzw. Leasinggesellschaften soll uns helfen, beste Konditionen zu bekommen.

Mit der Ausschöpfung aller geplanten Darlehensaufnahmen für die Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes in der Höhe von 3.103.300 € werden wir mit diesem Budget den Schuldenstand der Gemeinde auf 17.569.100 € erhöhen. Die positive Einnahmenentwicklung aufgrund der höheren Ertragsanteile und die wachsenden Einnahmen bei der Kommunalsteuer lassen diesen Schritt in Verbindung mit der günstigen Kapitalmarktsituation rechtfertigen. Erwähnen möchte ich auch, dass bis einschließlich 2006 mehr als die Hälfte unserer bestehenden Darlehen ausläuft und wir auch von dieser Seite wieder etwas Spielraum bekommen.

Ich darf Ihnen nun die vorgesehenen Projekte des außerordentlichen Haushaltes in € zur Kenntnis bringen:

Fassadenaktion	10.900
Straßenbau	726.700

Wassernetzausbau	363.400
Kanalbau	581.400
Rep. Gemeindewohnhäuser	508.700
Bahnhof-Sanierung	72.700
Schulwegsicherung	7.300
St. Josefsheim - Adaptierung	726.700
Beleuchtung	145.300
Baumpflanzungen	14.500
Wasserbehälter	145.300
Amtshaus	436.000
Mehrzweckhalle	21.800
Sicherheitszentrum	363.400
Erholungsraum Wienerberger	25.500
Jugendzentrum	14.500
Sanierung Volksschule	1.090.100
Radwege	145.300
Friedhof	7.300
Kinderspielplatz	21.800
Kulturlitfaß -Säule	10.900
Wirtschaftshof	87.200
Grundankäufe	260.000
Sportplatzgebäude	218.000
Feuerwehr-Rüstfahrzeug	72.700
Lärmschutzwände - Bahn	29.900
Zivilschutz	30.000

Die Realisierung der Projekte kann erst dann beginnen, wenn die Aufsichtsbehörde - nicht zuletzt wegen der Einhaltung der Maastrichtkriterien - die Darlehen genehmigt und damit die Finanzierung gesichert ist.

Gemeinsam mit diesem Haushaltsvoranschlag wurde auch ein mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2003-2005 aufgestellt. Für diesen Zeitraum wurde – insgesamt betrachtet - eine leicht ansteigende Ausgaben- und Einnahmenentwicklung unterstellt. Ein Haushaltsausgleich wurde noch nicht vorgenommen sondern der Einnahmenüberhang budgetiert. Wenn wir uns auch künftig nicht rein finanzdogmatischen Regeln unterwerfen wollen – wovon ich ausgehe – werden wir in den einzelnen Bereichen auf Basis von Kosten- und Leistungsrechnungen Zielplanungen vorzunehmen haben, die wir auch budgetär gerne umsetzen werden. In technischer Hinsicht haben wir mit diesem Voranschlag weitere Umschichtungen in die Abschnitte 85 bis 89 gemäß VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschluss- Verordnung) vorgenommen. Das sind bekanntlich die Bereiche des Haushaltsvoranschlages, die dem privaten Sektor zugerechnet werden. In Summe wollen wir damit einerseits Maastrichtkriterien erfüllen und andererseits auch eine stärkere wirtschaftliche Betrachtung der einzelnen Vorhaben herbeiführen. Alles in allem wird die weitere finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gemeinde wesentlich davon abhängen, inwieweit alle GemeindemitarbeiterInnen und GemeindefunktionärInnen in ihrer täglichen Arbeit willens und bereit sind die zur Verfügung stehenden Geldmittel der Gemeinde wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam einzusetzen.

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlages 2002 wurde von 23. November bis einschließlich 6. Dezember 2001 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Der Budgeterstellung sind - wie in den Jahren zuvor – intensive Beratungen mit den ressortverantwortlichen geschäftsführenden Gemeinderäten, der Vizebürgermeisterin und dem Bürgermeister vorausgegangen. Die dabei vorgebrachten Wünsche an das Budget 2002 konnten weitestgehend berücksichtigt werden.

Es bleibt mir nur mehr, meinen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Den Mitarbeitern im Rechnungsamt, stellvertretend dafür Rechnungsamtsleiter Heinz Zögl und seinem Stellvertreter Otto Schallner, danke ich für die gute Vorbereitung.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates ich darf Sie daher ersuchen, dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag 2002 Ihre Zustimmung zu geben.

2003 - Haushaltsvoranschlag

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsvoranschlages 2003 ist der zehnte Haushaltsvoranschlag den ich präsentieren darf. Der ordentliche Haushalt für 2003 umfasst einnahmen- und ausgabenseitig € **18.330.200**; im außerordentlichen Haushalt sind € **7.004.900** vorgesehen.

Wenn wir den vorliegenden Haushaltsvoranschlag im Detail betrachten müssen, wir feststellen, dass die negative Konjunktursituation auch vor den Toren der Gemeinde nicht halt macht. Für das Haushaltsjahr 2003 ist bei den Ertragsanteilen mit einem etwa gleich hohen Betrag an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben wie 2002 zu rechnen. Leider kommt hinzu, dass im gleichen Zeitraum die Umlagen, die von den gemeinschaftlichen Bundesabgaben abgezogen werden, ansteigen. Im Ergebnis bleibt ein Minus von rund € 175.000, die die Gemeinde weniger zur Verfügung hat als im laufenden Haushaltsjahr. Die Entwicklung der Einnahmen aus Ertragsanteilen und die Entwicklung der Ausgaben aus einbehaltenen Umlagen zeigt ein klares Bild: Im Vergleich zum Jahr 2000 sind die Ertragsanteile um rund 33% gestiegen; die abzuführenden Umlagen allerdings um 42,5%. Wenn wir nach der Ursache für diese Entwicklung fragen, ist festzustellen, dass sich eine negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung - insbesondere auch in höheren Sozialausgaben - niederschlägt. Die noch im Amt befindliche Bundesregierung hat auf diesen Umstand mit einer punktuellen Kürzung von Sozialausgaben und damit kaufkraftreduzierend reagiert. Es wäre auch möglich gewesen, anders zu reagieren. Nämlich - mit wirtschaftsbelebenden und konjunkturbelebenden Maßnahmen. Damit erfolgt indirekt eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, was wiederum geringere Sozialausgaben nach sich zieht. Also lieber Vorbeugen als Strafen oder mit anderen Worten: Es ist wirtschaftlich vernünftiger, die Ursache und nicht das Symptom zu bekämpfen.

Unsere Gemeinde kann die Einnahmenverluste teilweise ausgleichen, weil rechtzeitig neue Arbeitsplätze in der Gemeinde geschaffen wurden und sich die Einnahmen aus der Kommunalsteuer zufriedenstellend entwickeln. Günstig wirkt sich natürlich auch der neue Finanzausgleich aus, der uns aufgrund der gestiegenen Bevölkerungszahl zusteht. Alles in allem eine Budgetsituation die uns anhält, jede Maßnahme zu überprüfen ob sie auch zweckmäßig, wirtschaftlich und sparsam ist und andererseits doch die Möglichkeit einräumt, Leistungen und Services im Großen und Ganzen zu erhalten und weiterzuführen. Wo es sinnvoll war, konnte mit Umschichtungen – die im Einvernehmen mit den zuständigen Referenten vorgenommen wurden - sogar Verbesserungen erreicht werden.

Nicht zuletzt ist die Gemeinde auch Arbeitgeber von über hundert Bediensteten; es muss daher auf die Entwicklung der Personalkosten ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Aus meiner Sicht bestünde durchaus die Möglichkeit, im handwerklichen Bereich, verstärkt Eigenleistungen durch unser Fachpersonal erbringen zu lassen. Die fachlichen Kenntnisse der Mitarbeiter sollen nicht nur bei Einstufungen und Beförderungen hervorgehoben werden, sondern sollen sich vor allem in wirtschaftlichen Vorteilen für die Gemeinde niederschlagen. Mit einem Personalkostenanteil von rund 22% am ordentlichen Haushalte liegt unsere Gemeinde – aus meiner Sicht – in einem vertretbaren Rahmen mit vergleichbaren Gemeinden.

Unsere Gebührenhaushalte haben wir aufgrund von Einnahmenerhöhungen größtenteils ausgeglichen. Jetzt ist es allerdings auch an der Zeit in den Gebührenhaushalten ausgabenseitig Einsparungen zu erwirtschaften. Mit den aus diesen Vorteilen zu bildenden Rücklagen soll die Basis für zukünftige Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur geschaffen werden.

Große Vorhaben in der Umsetzungsphase

Die rasante Entwicklung unserer Gemeinde hat es mit sich gebracht, dass verschiedene größere Investitionsvorhaben im nächsten Jahr umzusetzen bzw. fertigzustellen sind. An größeren Vorhaben sind hier die Sanierung der Volksschule samt Um- und Zubau, die Sanierung des Josefsheimes mit der Schaffung von Räumlichkeiten für unsere Musikschule und der Errichtung einer Krabbelstube, die Sanierung des Klubgebäudes des SC Brunn, die Sanierung des Brunner Bahnhofes sowie die Errichtung des Sicherheitszentrums in der A. Groß-Gasse zu nennen. Die genannten Maßnahmen kommen zu den erforderlichen Investitionen im Bereich der Daseinsvorsorge (Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Schulen, Kindergärten, Straßenerhaltung etc.) hinzu.

Seitens der Finanzverwaltung sind das große Herausforderungen, die da zu bewältigen sind. Es ist daher erforderlich, dass auch alle zur Verfügung stehenden finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden, um so den gewaltigen Mittelbedarf abzudecken.

Optimale Finanzierungsmodelle

Als Referent bin ich froh, wenn verschiedene Finanzierungsalternativen zur Verfügung stehen. Insbesondere dann, wenn dabei auch steuerliche Vorteile lukriert werden können. Im Zweifel bin ich allerdings, in finanziellen Angelegenheiten, lieber auf der sicheren Seite. Erprobte Finanzierungsmodelle wie zB Leasingfinanzierung auf Baurechtsbasis sind daher im Programm; nicht jedoch Modelle, die zwar vielversprechend klingen, im Endeffekt jedoch die Gemeinde mit einem hohen Risiko belasten. Bei allem Verständnis für attraktives Finanzieren geht es für die Gemeinde vor allem darum, die Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu erhalten. Das erfordert insbesondere, dass die Verschuldung in Grenzen und die Finanzierungskosten kalkulierbar und leistbar bleiben. Mittlerweile ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, dass Finanzierungen öffentlich ausgeschrieben werden. Die Ergebnisse dieser Ausschreibungen sind sehr positiv zu bewerten und haben den damit in Zusammenhang stehenden Aufwand mehr als gerechtfertigt. Abgesehen davon schreiben die Gesetze mittlerweile öffentliche Ausschreibungen in allen Bereichen vor und kann daher gar nicht anders vorgegangen werden.

Im außerordentlichen Haushalt sind folgende Vorhaben geplant:

Ankauf Feuerwehrauto	€ 72.700
Sanierung Sportplatz	€ 850.000
Fassadenaktion	€ 10.900
Lärmschutz	€ 29.000
Straßenbau	€ 726.700
Wassernetzausbau	€ 363.400
Kanalbau	€ 581.400
Park- und Grünanlagen	€ 10.000
Sanierung Gemeindewohnhäuser	€ 400.000
Radwege	€ 180.000
Volksschule (Einrichtung)	€ 124.000
Beleuchtung	€ 145.300
Wasserbehälter Wasserwerkstraße	€ 100.000
Sanierung Josefsheim	€ 1.200.000
Sanierung Bahnhof (Gesellschafterzuschuss)	€ 72.000
Friedhof	€ 10.000
Kinderspielplatz	€ 20.000
Baumpflanzungen	€ 10.000
Sicherheitszentrum (Abbruch, Planung)	€ 363.400
Volksschule – Schulpark	€ 200.000
Grundstücksankäufe	€ 290.000

Für die Bedeckung der Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes sind Darlehensaufnahmen im Ausmaß von € 2.479.900 erforderlich. Aufgrund der nächstjährigen Darlehenstilgungen wird der Schuldenstand mit den zusätzlichen Darlehen € 15.651.800 betragen. Der Finanzierungsbedarf aus dem Budget ist allerdings größer, da ja auch die Kosten der Leasingfinanzierung zu berücksichtigen sind. Trotz der großen Herausforderungen ist es gelungen, ausgeglichen zu budgetieren. Dafür möchte ich allen, die zur Erreichung dieses Zieles beigetragen haben, herzlich danken.

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlags 2003 wurde vom 19. November 2002 bis 5. Dezember 2002 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Folgende Erinnerungen wurden eingebracht: Siehe Liste.

Der Budgeterstellung sind Besprechungen und Beratungen mit allen ressortverantwortlichen geschäftsführenden Gemeinderäten, der Vizebürgermeisterin und dem Bürgermeister vorausgegangen; es konnte über die Dotierung der einzelnen Budgetpositionen weitestgehend Übereinstimmung erzielt werden.

Es bleibt mir nur noch meinen Mitarbeitern im Rechnungsamt, stellvertretend dafür Rechnungsamtsleiter Heinz Zögl und seinem Stellvertreter Otto Schallner sowie unserer Controllerin, Frau Eva Frank, für die gute und sorgfältige Vorbereitung des Haushaltsvoranschlags samt Beilagen zu danken.

Danken möchte ich ebenfalls meinen Kollegen und Kolleginnen im Finanzausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit und das gute Klima in dem wir unsere Beratungen durchführen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie daher ersuchen, dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag 2003 Ihre Zustimmung zu geben.

2004 - Haushaltsvoranschlag

Der Erstellung des Entwurfes zum Haushaltsvoranschlag sind, wie in den vergangenen Jahren, umfangreiche Beratungen mit den zuständigen ReferentInnen, den jeweiligen SachbearbeiterInnen und dem Bürgermeister vorausgegangen. Basis dieser Gespräche war die von mir aufgezeigte Entwicklung der Gemeindefinanzen. Entgegen der ursprünglichen Annahme ist der Saldo aus Ertragsanteilen minus abzuführender Umlagen nicht wie ursprünglich angenommen minus 200.000 sondern nur minus 24.300 Euro. Obwohl immer noch ein Minus, ist die Tendenz nicht so stark wie ursprünglich befürchtet. Grundsätzlich ist zu erwarten, und das ist aus allen Aussendungen von Gemeinde- und Städtebund zu entnehmen, dass die Finanzierungsproblematik in den nächsten Jahren für die Gemeinden größer werden wird. Insbesondere wenn, wie angekündigt, die Abgabenquote in Österreich von derzeit rund 46% auf unter 40% gedrückt werden soll. Aus meiner Sicht ist es daher sehr gut, dass wir mit unserem Gebäude-Sanierungsprogramm schon sehr weit fortgeschritten sind und die für die nächste Zeit geplanten Neubau-Projekte einen überschaubaren Finanzierungshorizont haben. Das Thema Getränkesteuerrückzahlung findet in diesem Haushaltsvoranschlag keine Berücksichtigung; hier ist – nach allgemeiner Auffassung – bei Regressansprüchen die Republik zur Verantwortung zu ziehen. Die Gemeinden haben sich in der Frage „Getränkesteuer“ bis zuletzt an die von Bund und Land beschlossenen Gesetze gehalten.

Der ordentliche Haushalt umfasst ein Volumen von 18.543.700 Euro (Einnahmen und Ausgaben); im außerordentlichen Haushalt sind 3.256.200 Euro (Einnahmen und Ausgaben) veranschlagt.

Sanierungen und neue Projekte

Wie ich schon angedeutet habe, sind die großen Projekte wie die Sanierung der Volksschule, des Bahnhofes, des Klubhauses am Sportplatz, der Gemeindefohnhäuser und des Josefsheimes teilweise fertiggestellt oder stehen unmittelbar vor der Fertigstellung. Alle freuen sich über die Realisierung, ich auch, die Kosten von rund 8.000.000 Euro sind aber nicht zu vernachlässigen; diese belasten das Budget und müssen erst erarbeitet werden. Trotzdem können wir die Augen vor notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht verschließen, weil nicht sanieren unter Umständen – alles in allem gerechnet - teurer kommen kann. Auch unser Festsaal ist schon in die Jahre gekommen. Für notwendige Sanierungsarbeiten sind im vorliegenden Budgetentwurf 200.000 Euro eingeplant. Das nächste große Vorhaben - für das sich der Gemeinderat entschieden hat - wird das Sicherheitszentrum in der A. Gross-Gasse (neben der Gendarmerie) sein. Die Schätzkosten (Feuerwehr, Zivilschutz und Rotes Kreuz) betragen rund 3.500.000. Euro. Die Ausschreibung, Finanzierung und Errichtung erfolgt über eine Leasinggesellschaft, welche im Rahmen einer eigenen Ausschreibung als Bestbieterin ermittelt wird. Die Angebotseröffnung hat gestern stattgefunden. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird damit der Gemeinderat zu befassen sein. Jedenfalls werden die Mitarbeiter und freiwilligen Helfer der Feuerwehr, des Zivilschutzes und des Rotes Kreuzes mit der neuen „Blaulichtzentrale“ eine moderne und örtlich optimal platzierte Einrichtung erhalten. Die jetzt schon gut geführten und gut funktionierenden Brunner Hilfsorganisationen werden ihre „Einsätze“ zum Wohle der Brunner Bevölkerung in Zukunft noch besser erfüllen können.

Verwaltung im Aufwind

Mit dem Ausbau des Erdgeschosses im Gemeindeamt zu einer umfassenden Serviceeinrichtung hat unsere Verwaltung einen wichtigen und allgemein gelobten Schritt

getan. Ebenfalls weit fortgeschritten ist der Ausbau der EDV in der Gemeinde. Der interne Arbeitsablauf wird zunehmend effizienter gestaltet. Darüber hinaus können mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten sehr bald weitere Dienstleistungen auf elektronischem Weg angeboten und abgewickelt werden. Ein besonderes Augenmerk fällt dabei auf das installierte graphische Informationssystem, wo auf Knopfdruck alle für die Gestaltung und Bebauung eines Grundstückes relevanten Informationen aufzurufen und bildlich darzustellen sind. Gemeinsam mit dem überarbeiteten Flächwidmungs- und Bebauungsplan, welcher den Brunner Haushalten auch bald in Form einer gedruckten Broschüre zur Verfügung stehen wird, sind unsere Bediensteten in technischer Hinsicht gut auf Anfragen und Informationswünsche aus der Bevölkerung vorbereitet. Die erforderlichen Kosten sind in diesem Budget berücksichtigt.

Verbesserungen für Kinder und Jugendliche

Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen wird das Angebot ebenfalls verbessert. Zu nennen ist die bereits erfolgte Inbetriebnahme der neuen Krabbelstube und die Nachmittagsbetreuung im Josefsheim. Berücksichtigt wurden weitere Sanierungs- und Einrichtungserfordernisse bei den Kindergärten, wo die Gemeinde für die Erhaltung aufzukommen hat. Für die Jugendlichen werden die Kellerräumlichkeiten des Bahnhofes adaptiert; die Jugendlichen können dabei selbst an der Ausgestaltung mitwirken und haben ihr Vorhaben bereits dargestellt. Vorgesehen ist ein Bandproberaum (mit entsprechender Schalldämmung) sowie ein weiterer Raum für diverse Aktivitäten.

Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Lärmschutz, Infrastruktur

Die marktbestimmten Betriebe Wasser, Kanal und Müllabfuhr mit einem Ausgabenvolumen von rund 5.000.000 Euro werden von den Betriebsleitern vorbildlich geführt. Gebührenerhöhungen sind in diesen Bereichen für das Haushaltsjahr 2004 nicht vorgesehen. Für den Straßenbau sowie für die Straßen- und Gehsteiginstandhaltungen sind insgesamt 966.700 Euro budgetiert. Ebenfalls im Budget vorgesehen ist die Errichtung der Lärmschutzwände entlang der Südbahn, von der HBA bis zur Heugasse. Mit 302.500 Euro ist die Gemeinde zu 25% an der Finanzierung beteiligt. Der Rest wird vom Land und von den ÖBB getragen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Errichtung weiterer Radwege; insbesondere zur Erreichung der Brunner Einkaufszentren im Osten der Gemeinde. Budgetiert sind dafür 180.000 Euro.

Brunn als Sozial- und Kulturgemeinde

Im kommenden Jahr wird Brunn am Gebirge das 50-Jahr-Jubiläum zur Wiedererlangung der Selbständigkeit begehen. Dieses Jubiläum wird Anlass sein, den großartigen Aufhol- und Entwicklungsprozess, den unsere Gemeinde zurückgelegt hat, umfassend darzustellen. Unsere Gemeinde hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer herzeigbaren Sozial- und Kulturgemeinde mit einem umfassenden und ständig wachsenden Angebot entwickelt. Eine Gemeinde mit nahezu 12.000 Einwohnern benötigt auch entsprechende Angebote im Sozial- und Kulturbereich. Sicher schlummert da und dort noch kreatives Potential, das darauf wartet geweckt zu werden. Die Möglichkeiten und Chancen sich zu engagieren und etwas für die Gemeinschaft zu tun sind – Dank der vom Gemeinderat geschaffenen Einrichtungen – größer als je zuvor. Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Gemeinde hat hoffentlich auch der sorgsame Umgang mit dem vorhandenen Gemeindegeld geleistet. Im Großen und Ganzen wurde in den vergangenen Jahren darauf geachtet, dass die durchgeführten Investitionen immer dann getätigt wurden, wenn sie wirtschaftlich und

finanziell verkraftbar und für die Bevölkerung und die Gemeindeentwicklung notwendig waren. Prestigeprojekte haben da keinen Platz gefunden.
Für die Realisierung der außerordentlichen Projekte sind neben den im ordentlichen Haushalt budgetierten Leasingraten, Darlehensaufnahmen im Ausmaß von 956.500 Euro vorgesehen. Der Schuldenstand wird jedoch auf Grund der vorgesehenen Darlehensrückzahlungen im kommenden Jahr von 15.100.000 Euro auf 14.770.000 Euro absinken.

Folgende Projekte sind im außerordentlichen Haushalt vorgesehen:

Ankauf Feuerwehrauto	€	72.500
Sportplatz	€	10.000
Fassadenaktion	€	10.900
Lärmschutz	€	302.500
Straßenbau	€	726.700
Wassernetzausbau	€	363.400
Kanalbau	€	550.000
Park- und Grünanlagen	€	10.000
Festsaal	€	200.000
Amtshaus	€	30.000
Radfahrwege	€	180.000
Ankauf LKW	€	230.000
Volksschule	€	15.000
Beleuchtung	€	220.000
Wienerberger Areal	€	25.000
St. Josefsheim Adaptierung	€	150.000
Bahnhofankauf- und Sanierung	€	70.000
Friedhof	€	15.000
Sicherheitszentrum	€	30.000

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlags 2004 wurde vom 17. November 2002 bis 4. Dezember 2003 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Erinnerungen wurden nicht eingebracht.

Wie ich schon eingangs erwähnt habe, ist die Budgeterstellung in weitgehender Übereinstimmung mit den ressortverantwortlichen Vorstandsmitgliedern und dem Bürgermeister erfolgt. Ihnen allen sowie den Mitgliedern des Finanzausschusses möchte ich herzlich für diese konstruktive Zusammenarbeit danken.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechnungsamt, insbesondere dem Leiter Heinz Zögl und seinem Team.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsvoranschlags inklusive dem darin enthaltenen Finanzplan Ihre Zustimmung zu geben.

2005 - Haushaltsvoranschlag

In den vergangenen fünf Jahren hat unsere Gemeinde ein großes Investitionsprogramm begonnen und umgesetzt. Angefangen mit der Sanierung des St. Josef – Heimes über den

Umbau und die Komplettrenovierung der Volksschule, dem neuen Klubgebäude am Sportplatz, den Renovierungsarbeiten an den gemeindeeigenen Wohnanlagen L. Gattringer-Straße 60 und 91a, der Sanierung des Brunner Bahnhofes und unseres Festsaaes sowie dem Baubeginn des Sicherheitszentrums wurden große Vorhaben in Angriff genommen und bis auf das im Bau befindliche Sicherheitszentrum auch fertiggestellt. Ich erwähne das deshalb, weil mit diesen Investitionen - in finanzieller Hinsicht - eine Einschränkung des Gestaltungsspielraumes und damit auch eine Beeinflussung dieses Haushaltsvoranschlags erfolgt ist. Die für die genannten Vorhaben aufgewendeten Mittel sind beachtlich und werden noch lange im Gemeindehaushalt spürbar bleiben.

Es liegt daher auf der Hand, dass der Ausgabenspielraum für die Gemeinde kleiner geworden ist. Alle Maßnahmen, die getätigt werden, sind daher zu überprüfen, ob sie nicht dringenderen Projekten weichen sollen. Bei den bestehenden Gemeindevorhaben soll in nächster Zeit das Augenmerk stärker auf eine optimale Bewirtschaftung verwendet werden; nicht nur dass damit die getätigten Investitionen zu rechtfertigen sind, sondern auch, damit die aufzuwendenden Kosten, also die laufenden Betriebs- und Erhaltungsaufwendungen im Rahmen gehalten werden.

Wenn wir uns die Entwicklung der Gemeindefinanzen vor Augen führen, dann ist große Wachsamkeit erforderlich. Im offiziellen Informationsblatt der Landesregierung, wo uns mitgeteilt wird, mit welchen Einnahmen die Gemeinde für 2005 aus den Ertragsanteilen zu rechnen hat und welcher Teil davon als Umlagenfinanzierung für das Spitalswesen, das Sozialwesen, die Jugendwohlfahrt u. a. m. abgezogen wird, sieht die Entwicklung eher besorgniserregend aus: Es gibt zwar „nur“ um 2 100 Euro weniger Einnahmen zu verzeichnen, aber die Ausgaben für Umlagen steigen um 152 700 Euro. In Summe haben wir also um 154 800 Euro weniger zur Verfügung als im heurigen Jahr. Lange kann eine Gemeinde derartige Entwicklungen nicht verkraften, ohne massiv gegenzusteuern zu müssen. In den letzten Tagen haben wir vom Städtebund eine Information erhalten, wie sich der Abschluss der Finanzausgleichsverhandlungen auf die Gemeinden auswirken wird. Unsere Gemeinde wird nach dieser Information zwar weniger Ertragsanteile erhalten, aber durch Ausgleichszahlungen sogar einen um rund 40.000 Euro höheren Betrag zugesprochen erhalten. Ob das allerdings tatsächlich in dieser Form passiert bleibt abzuwarten.

Die Erstellung des Haushaltsvoranschlags 2005 hat auf die hier aufgezeigte Entwicklung des Gemeindehaushaltes Rücksicht genommen. Bevor weitere „größere“ Projekte in Angriff genommen werden, braucht die Gemeinde - in finanzieller Hinsicht - eine „Verschnaufpause“. Gleichzeitig ist erforderlich, dass die Auswirkungen von bestimmten Vorhaben viel stärker in Zusammenhang mit den Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen gesehen werden müssen.

Ich denke konkret an die Herausforderungen die über die Gestaltung der Raumordnung auf uns zukommen; also Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Deren Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen können kaum überschätzt werden. Wenn wir in den nächsten Tagen die Broschüre über den neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in Händen haben, dann ist das zwar noch die herkömmliche Form der Darstellung unserer rechtlichen Grundlagen für die Raumordnung. Tatsächlich verfügt unsere Gemeinde mit dem GIS (grafisches Informationssystem) aber schon über ein modernes, elektronisches Instrumentarium, das uns auch in die Lage versetzt, künftige Auswirkungen bestimmter Maßnahmen auf die gesamte Gemeindeinfrastruktur – sozusagen von der Krabbelstube bis zum Friedhof - besser darstellen, abschätzen und berechnen zu können.

Diese planerischen Überlegungen werden wir verstärkt anstellen müssen, wenn wir uns über die künftige Gestaltung des Ortszentrums und aller sonst noch zur Bebauung anstehenden Flächen - inklusive der Behandlung der offenen Widmungswünsche – Stichwort „Indinger“ – Gedanken machen. Alles in allem sind es große Herausforderungen, die auf die Gemeinde und den neuen Gemeinderat zukommen. Um diesen Herausforderungen wirksam

entgegenzutreten zu können, brauchen wir Zeit und müssen dafür die erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen bereit stellen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt für die Gemeindefinanzen ist die Entwicklung der Personalkosten. Richtig ist, dass die Gemeinde die besten MitarbeiterInnen haben soll, die zu bekommen sind. Genauso richtig ist, dass diese MitarbeiterInnen entsprechend zu entlohnen sind. Die finanzielle Seite darf aber nicht als ausschließliches Motivationssystem missverstanden werden, sonst werden das die Gemeindefinanzen nicht lange aushalten oder andere Dinge zu kurz kommen. Außerordentliche Beförderungen soll es daher auch nur für außerordentliche Leistungen geben. Glaubwürdig betrachtet, wird das auch immer nur ein kleiner Teil der MitarbeiterInnen sein, die diese Voraussetzung erfüllen. Andernfalls müsste das ganze Entlohnungssystem in Frage gestellt werden. Das „Schlimmste“ für die Motivation von MitarbeiterInnen ist, wenn Belohnungen gegeben werden, die nicht gerechtfertigt sind. Die Folgen solcher Fehlentscheidungen belasten nicht nur die Gemeindefinanzen sondern stören auch die Motivationsbasis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz beträchtlich. Im Großen und Ganzen führen wir mit diesem Haushaltsvoranschlag unser gesamtes Leistungsprogramm im Sozial-, Kultur-, Kindergarten-, Schul-, Sport- und Jugendbereich weiter. Natürlich wurden, gemeinsam mit den Referentinnen und Referenten kleine Korrekturen vorgenommen. Diese stellen aber meiner Meinung nach keine grundlegenden Einschnitte in den bewährten Leistungskatalog der Gemeinde dar. Ebenso kommen wir unseren Verpflichtungen zur Erhaltung und Pflege des öffentlichen Raumes, also Straßen und Grünanlagen in bisherigem Umfang nach. Auch die Subventionen für die Vereine können im Wesentlichen beibehalten werden.

Bei den Gebührenhaushalten Wasser, Kanal, Müll und Friedhof haben wir unterschiedlich hohe Kostendeckungsgrade. Trotzdem werden wir im Haushaltsjahr 2005 ohne Gebührenerhöhung auskommen. Im Bereich der Abfallwirtschaft hat allerdings die letzte Gebührenveränderung zu einer Verhaltensänderung geführt, die eine noch stärkere Unterdeckung der Aufwendungen hervorgebracht hat. Hinzu kommt, dass durch die neu eingeführte Müllverbrennung mit einem weiteren Kostenanstieg zu rechnen ist. Der neue Gemeinderat wird sich mit einer Neugestaltung der Gebührenordnung, im Bereich Abfallwirtschaft, auseinandersetzen haben.

Im außerordentlichen Haushalt sind folgende Vorhaben vorgesehen:

Ankauf Feuerwehrauto	€	300.000
Sportplatz	€	5.000
Fassadenaktion	€	10.900
Lärmschutz	€	302.500
Straßenbau	€	726.700
Wassernetzausbau	€	220.000
Kanalbau	€	370.000
Park- und Grünanlagen	€	5.000
Reparatur Gemeindewohnhäuser	€	100.000
Radfahrwege	€	180.000
Öffentliche Beleuchtung	€	150.000
Wienerberger Areal	€	12.500
St. Josefsheim	€	100.000
Bahnhofankauf- und Sanierung	€	10.000
Friedhof	€	10.000
Kinderspielplatz/Multifunkt. Sportanlage	€	15.000
Grundstücksankauf	€	150.000
Sicherheitszentrum (Leasing/Kautiön)	€	400.000

Kindergarten Bahnstraße (4. Gruppe)	€ 200.000
Kindergarten Wienerstraße (Sanierung)	€ 120.000

Der Schuldenstand beträgt am Ende des Haushaltsjahres 2005, wenn alle vorgesehenen Darlehen in der Höhe von € 1.237.600 aufgenommen werden, € 15.237.400. Getilgt wird ein Betrag von € 1.269.500.

Der ausgewiesene Schuldenstand teilt sich in 58,8 % nicht maastrichtrelevante und 41,2 % maastrichtrelevante Schulden auf.

Der ausgeglichene aufgestellte Haushaltsvoranschlag 2005, mit einem Volumen von € 18.994.400 im ordentlichen und € 3.402.600 im außerordentlichen Haushalt ist von 18. November 2004 angefangen bis zum heutigen Tag im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt. Von mir werden nunmehr folgende Erinnerungen eingebracht: Siehe Liste. Nachdem das nunmehr der letzte Haushaltsvoranschlag dieser Gemeinderatsperiode ist, darf ganz besonders allen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss für die gute Zusammenarbeit danken. Danken darf ich aber auch den Kolleginnen und Kollegen des Prüfungsausschusses für die faire und gewissenhafte Überprüfung der Finanzgebarung. Mein besonderer Dank gilt naturgemäß allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungsamtes. An der Spitze dem Kassenverwalter und Leiter des Rechnungsamtes Heinz Zögl sowie seinem Stellvertreter Otto Schallner. Ebenso danke ich unserer Controllerin und stellvertretenden Kassaverwalterin, Frau Eva Frank, für die gute Unterstützung bei der Budgeterstellung.

Meine Damen und Herren ich darf Sie somit ersuchen, dem Haushaltsvoranschlag 2005 Ihre Zustimmung zu geben.

2006 – Haushaltsvoranschlag

Wenn ich heute den Voranschlag 2006 präsentieren darf, dann blicken wir gemeinsam auf ein ereignisreiches Jahr 2005 zurück. Nicht nur Jubiläen sondern auch die Gemeinderatswahlen haben dieses Jahr entscheidend geprägt. Dieser Voranschlag 2006 trägt bereits die Handschrift von Persönlichkeiten, die in der überwiegenden Zahl neu in ihre Funktionen als geschäftsführende GemeinderätInnen gekommen sind. Naturgemäß ergeben sich aus diesem Umstand Akzentverschiebungen in den einzelnen Referaten. Grosso modo kann ich berichten, dass bei den Budgetberatungen mit den ReferentInnen nicht versucht wurde das „Rad neu zu erfinden“ sondern es wurde vielmehr an Bewährtem festgehalten und dort Verbesserungen vorgeschlagen, wo sie auch sinnvoll und logisch sind. Daher kann ich auch sagen, dass die Budgetberatungen in einem positiven und konstruktiven Klima geführt wurden. Ausgangslage für die Budgeterstellung war eine - im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr – ähnlich einzuschätzende Einnahmenentwicklung die erfordert, dass sich die Ausgabenseite an diesem Umstand orientiert. Der relativ größte Einzelposten, nämlich die Personalausgaben mit budgetierten € 4.356.700 orientiert sich ebenfalls an diesem Erfordernis; gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr ist nur mit einer geringfügigen Steigerung um rund € 70.000 zu rechnen.

Im Bereich Bürgerservice wird mit der Einführung einer „Brunn-Card“ ein neuer Service geboten. Die genauen Leistungen werden mit einer Projektgruppe erarbeitet und auch auf dauerhafte, finanzielle Leistbarkeit überprüft. In den letzten Wochen hat es intensive Diskussionen in der Öffentlichkeit über Schutzmaßnahmen gegen

Infektionen mit der Vogelgrippe gegeben. Rechtlich und faktisch betrachtet kann sich eine Gemeinde dieser Diskussion nicht entziehen; es wurde daher im Voranschlag 2006 entsprechende Vorsorge für den Ankauf von Tamiflu (anscheinend dem einzigen wirksamen Medikament) getroffen.

Im Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Sportbereich sind wir in der Lage unsere bisherigen Angebote und Unterstützungen – in Form von Subventionen - aufrecht zu halten. Wir wissen, dass ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Vereinen stattfindet. Es kann daher auch als eine moralische Verpflichtung angesehen werden, wenn die Gemeinde zur Aufrechterhaltung des Vereinslebens mit Steuergeldern unterstützend eingreift.

Für unsere langjährige Gemeindeeinrichtung „Essen auf Rädern“ sind der Ankauf eines neuen Fahrzeuges und Ersatzanschaffungen defekt gewordener Essensboxen geplant.

Ein weiteres Vorhaben zur Hebung der kulturellen Attraktivität unserer Gemeinde und zur besseren Vermarktung der eigenen Veranstaltung ist die Installierung des Ö-Tickets. Sicher ein attraktives Angebot, das hier über unser SIB eingerichtet werden soll. Die Kulturreferentin erinnert immer wieder an die wertvolle Bildersammlung im Eigentum der Gemeinde. Um diese Werte zu sichern ist im kommenden Jahr die Restaurierung einiger Bilder vorgesehen. Im Josefsheim steht mittlerweile ein sanierter Raum zur Verfügung, daher ist im nächsten Jahr die Übersiedlung der bisherigen Gewerkschaftsbücherei vom Heimathaus in das Josefsheim vorgesehen. Nachdem wir uns auch als Fremdenverkehrsgemeinde verstehen kann der vom zuständigen Ausschuss geplante „Weinwanderweg“ als sinnvolle Ergänzung des bestehenden touristischen Angebotes verstanden werden.

Nachdem nunmehr die vierte Gruppe im Kindergarten Bahngasse im Betrieb ist, die Sanierung des Kindergartens in der Wienerstraße heuer abgeschlossen wurde, ist nur noch die Sanierung des Kindergartens in der A. Seidl-Gasse erforderlich und im Budget 2006 vorgesehen.

Im Bereich Raumordnung, Verkehr und Umwelt haben sich in den vergangenen Monaten die Gemüter erregt. Es ist eine bekannte Tatsache, dass in diesen Bereichen bei allen Überlegungen äußerste Sensibilität und Feinfühligkeit angebracht ist. Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass unsere Gemeinde nur qualitatives Wachstum verträgt und allen Vorhaben, die in Richtung überproportionales quantitatives Wachstum gehen – egal ob Wohnraumschaffung oder Betriebsansiedlungen – eine eindeutige Absage zu erteilen ist. In technischer Hinsicht ist das Bauamt mittlerweile sehr gut ausgestattet. Wenn ich das erwähne, dann deshalb, weil auch in diesem Budget weitere Mittel zur Verbesserung unseres geografischen Informationssystemes (GIS) vorgesehen sind. Nur wenn die Kolleginnen und Kollegen im Bauausschuss und die Bediensteten im Bauamt durch technische Unterstützung in der Lage sind ein umfassendes Bild von geplanten Vorhaben zu bekommen, wird sich das in der Qualität der Entscheidungen positiv niederschlagen.

Weiters wird es eine erste Etappe zur Erstellung eines umfassenden Verkehrskonzeptes geben. Dieses Verkehrskonzept – wir verwenden schon die moderne Bezeichnung „Kommunales Mobilitätsmanagement“ wird insbesondere die Aufgabe haben, alle Maßnahmen – ohne Tabus – ins Auge zu fassen die geeignet sind Verbesserungen herbeizuführen. Dass im Verkehrsbereich gemeindeübergreifend gedacht werden muss, versteht sich von selbst.

Bei unseren Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge – also Wasser, Kanal, Müll, Friedhof, Beleuchtung, Abfallwirtschaft – weisen wir bereits einen sehr hohen Versorgungsgrad und ein hohes Leistungsniveau aus. Neben den erforderlichen Netzerweiterungen geht es daher vorrangig um die Aufrechterhaltung der guten Standards und das Streben nach weiteren qualitativen Verbesserungen. Am Friedhof sind die Sanierung des Urnenhains und die Anschaffung eines Traktors vorgesehen. Im Bereich HBA ist die Gemeinde durch geschicktes Verhandeln unseres Referenten zu einem Nutzungsrecht für einen Brauchwasser-Brunnen gekommen. Vorerst muss dieser Brunnen allerdings saniert werden. Ebenfalls zu sanieren sind unsere Pritschenwagen des Wirtschaftshofes und für das Wasserwerk soll ein neues Auto angeschafft werden. Natürlich freut es uns alle, wenn die eine oder andere Kosteneinsparung bei den Dienstleistungen erzielt werden kann. Die Qualität der Leistung soll dabei aber im Vordergrund bleiben.

Beim gemeindeeigenen Wohnhaus L. Gattringer-Straße 58 ist die Dacherneuerung vorgesehen. Beim Heimathaus sind eine Dach- als auch Fassadenrenovierung sowie eine Sanierung der Sanitärräume notwendig.

Im Amtshaus ist die Neuausstattung einiger Büroräume erforderlich. Alle Beteiligten haben sich bei der Auswahl der Möbel darauf verstanden die Funktion und den Zweck in den Vordergrund zu stellen, was sich erfreulicherweise kostenmäßig positiv niederschlägt.

Im kommenden Jahr werden wir das neu errichtete Sicherheitszentrum in der Alexander Gross-Gasse eröffnen können. Dieser Umstand führt dazu, dass Feuerwehr und Rettung absiedeln und die Gemeinde über die bestehenden Objekte verfügen kann. In diesem Budget haben wir einen ersten Betrag für Planungsarbeiten eingestellt. Wissend, dass wir mit der Neugestaltung des Platzes hinter dem Rathaus und somit für unseren Ortskern in den nächsten Jahren eine große Aufgabe vor uns haben. Die erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderung wird auf die weitere Entwicklung unserer Gemeinde einen großen Einfluss haben.

Wie Sie bereits aus verschiedenen Gremien erfahren konnten wurden beim Sicherheitszentrum die ursprünglich geplanten Kosten teilweise überschritten. Teilweise, weil bestimmte Kosten nicht mitkalkuliert wurden und teilweise, weil bestimmte Leistungen einfach vergessen wurden. Während sich die zusätzlichen Kosten bei der Feuerwehr in höheren Leasingraten niederschlagen, wurde für den Bereich Rotes Kreuz ein zusätzlicher Betrag von € 120.000 für 2006 und weiteren € 60.000 für 2007 vorgesehen.

Im außerordentlichen Haushalt sind folgende Vorhaben vorgesehen:

Fassadenaktion	€	8.000
Lärmschutz	€	10.000
Straßenbau	€	700.000
Wassernetzausbau	€	300.000
Kanalbau	€	320.000
Gemeindewohnhäuser Sanierung Dach Gattr.58	€	20.000
Amtshaus - Sanierung Dachboden Archiv	€	20.000
Radfahrwege	€	180.000
Vorplatz - Umgestaltung Planung	€	50.000
Heimathaus Sanierung Dach+Fassade	€	100.000
Öffentliche Beleuchtung	€	150.000
Gemeindeamt - Bürgercard	€	70.000

Naherholungsgebiete (Wienerberger Areal)	€	17.000
Josefsheim (Sanierung Knapp Wohnung, Übersiedlung Bücherei)	€	70.000
Friedhof, Sanierung Urnenhain	€	70.000
Baumpflanzungen	€	20.000
Kegelbahn, Sanierung Planung	€	10.000
Sicherheitszentrum	€	120.000
KG Seidlgasse Sanierung	€	120.000
Kommunales Mobilitätsmanagement	€	50.000

Der Haushaltsvoranschlag 2006 wurde von 16. November 2005 angefangen bis einschließlich 30. November 2005 mit einem Volumen von € 19.089.200,-- im ordentlichen Haushalt und € 2.385.000 im außerordentlichen Haushalt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. In Abänderung dieses aufgelegten Haushaltsvoranschlags darf ich Ihnen folgende Erinnerungen vorschlagen: siehe Liste.

Der Schuldenstand am Ende des Haushaltsjahres 2006 beträgt inkl. Erinnerungen, wenn die Darlehen im Ausmaß von € 666.000 aufgenommen werden € 14.376.700; das ist um rund € 600.000 weniger als im laufenden Haushaltsjahr.

Im Mittelfristigen Finanzplan der Jahre 2007-2009, der gleichzeitig mit dem Voranschlag zu beschließen ist, wurden die Vorgaben %-Erhöhungen des Landes verarbeitet (+2,5% Gehälter, +2% EA, +5% Sozialaufwendungen und NÖKAS, +1% Jugendwohlfahrt) sowie sämtliche Haushaltsstellen überarbeitet.

Bei einem gleich bleibenden Außerordentlichen Haushalt von ca. 2,3 MIO pro Jahr sinkt der Schuldenstand von Ende 2005 über 15,0 MIO auf 13,0 MIO Ende 2009.

Ein positives Maastricht-Ergebnis konnte in allen Jahren des mittelfristigen Finanzplanes (FMP`s) erzielt werden.

Abschließend möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, bei allen Vorstandsmitgliedern und bei der Bürgermeisterin sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlags bedanken.

Danken möchte ich insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechnungsamt; insbesondere der neuen Leiterin, Frau Eva Frank, die ihren ersten Voranschlag bravourös erstellt hat. Ebenso ihrem Stellvertreter, Herrn Otto Schallner, der mit seiner langjährigen Erfahrung im Rechnungsamt eine große Stütze ist.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates ich darf Sie ersuchen dem Haushaltsvoranschlag 2006 sowie dem Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2009 ihre Zustimmung zu geben.

2007 – Haushaltsvoranschlag

Wie Sie alle wissen, wurden in den vergangenen Jahren in unserer Gemeinde viele Vorhaben realisiert und große Investitionen getätigt. Denken Sie an das Sicherheitszentrum, die Sanierung der Volksschule, das neue Wasserwerk, der Abfallsammelstelle, den Neubau des

Klubgebäudes am Sportplatz, der Bahnhofsanierung u.v.a.m.. Ich erwähne das deshalb, weil sich naturgemäß die Kosten – wegen Darlehens- bzw. Leasingfinanzierung - in den Folgejahren niederschlagen und den Spielraum für weitere Aktivitäten einengen. Wir dürfen diesen Umstand nicht aus den Augen verlieren, wenn wir die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität unserer Gemeinde erhalten wollen. So sind dieser Budgeterstellung wiederum intensive Beratungen mit den ressortverantwortlichen geschäftsführenden GemeinderätInnen und der Bürgermeisterin vorausgegangen. Es war erwartungsgemäß nicht möglich, alle vorliegenden Wünsche zu berücksichtigen, da die dafür erforderlich gewesen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Inklusiv der von mir einzubringenden Erinnerungen liegt ein Budgetentwurf mit einem Volumen für den Gesamthaushalt in der Höhe von € 24.154.100 vor.

Ausgehend vom Voranschlagsblatt des Landes zeigt sich per Saldo insgesamt eine negative Entwicklung der Mittel, die der Gemeinde seitens des Bundes und des Landes zur Verfügung gestellt werden. Obwohl die Ertragsanteile um € 95.700 auf € 5.348.300 steigen, steigen auch die bereits vom Land einbehaltenen Umlagen (Sozialhilfe, NÖKAS, Jugendwohlfahrt, Berufsschülerhaltungsbeitrag) um € 140.700 auf € 3.281.800. Per saldo stehen daher der Gemeinde gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um € 45.000 weniger zur Verfügung.

Diese Differenz auszugleichen und die übrigen Ausgabensteigerungen abzufangen heißt, die eigenen Einnahmen anzupassen und wo es möglich ist, Kostenreduzierungen vorzunehmen. Größenordnungsmäßig verteilen sich die Anteile bei den laufenden Einnahmen (gerundet) auf 37% Gemeindesteuern (rund drei Viertel davon ist Kommunalsteuer), 27% Ertragsanteile, 25% Gebührenhaushalte und 11% auf sonstige Einnahmen.

Erfreulich zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass die Gemeinde zur richtigen Zeit große Investitionen von privater Seite ermöglicht hat. Ich denke hier speziell an den Campus 21, der im Bereich der Kommunalsteuer bereits einen sehr wichtigen Anteil hat und die Rückgänge bei der Kommunalsteuer im restlichen Gemeindegebiet ausgleichen konnte. Ich überlasse es der individuellen Betrachtung was wir alles nicht machen könnten, wenn wir die Kommunalsteuer aus den Betrieben des Campus 21 - zur Zeit ca. € 1,6 Mio nicht zur Verfügung hätten.

So ist es aber möglich, dass die Gemeinde das umfangreiche Leistungsprogramm im Sozial-, Kultur-, Sport- und Bildungsbereich erhalten und teilweise verbessern kann. Ebenso ist es mit den vielfältigen Subventionen, die an die privaten Vereine zur Aufrechterhaltung ihrer Aktivitäten gezahlt werden. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang auch die in dieser Periode neugeschaffenen Gemeindeförderungen für energiesparende Investitionen sowie den Einbau von Sicherheitstüren und Alarmanlagen.

Dieses Leistungsprogramm bedingt allerdings, dass die Gemeinde im eigenen Bereich gut wirtschaftet und nichts „anbrennen“ lässt. Gefordert sind wir bei den Gebührenhaushalten; gegenwärtig insbesondere im Bereich Abfallwirtschaft und Friedhof. Die dafür zuständigen geschäftsführenden GemeinderätInnen Lick und Lichtblau haben sich dieser Aufgabe gestellt und werden die entsprechenden Vorschläge einbringen. Geplant sind somit Erhöhungen bei den Anschließungsabgaben, der Abstellplatzausgleichsabgabe, bei den Friedhofsgebühren, den Abfallwirtschaftsgebühren und bei der Festsaalmiete.

Einer der sensiblen Bereiche in jedem öffentlichen Budget ist naturgemäß die Entwicklung der Personalkosten. Laut Dienstpostenplan wurde der Personalstand (ohne die geringfügig

Beschäftigten sogenannten „Freien DienstnehmerInnen“) von 119 auf 121 Bedienstete aufgestockt. Für den Personalaufwand wurden (inkl. der Pensionen in der Höhe von € 710.000) € 4.881.300 veranschlagt.

Sie werden mit mir übereinstimmen wenn ich behaupte, dass die Gemeinde in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen steht. Ich spreche von der Neugestaltung im Ortszentrum, der notwendigen Sanierung und Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen und allen anderen Aktivitäten, die die Lebensqualität in unserer Gemeinde entweder erhalten oder weiter steigern sollen. Wenn ich sehe, was in der Vergangenheit erreicht wurde, bin ich – trotz der schwieriger werdenden Bedingungen - zuversichtlich, was die Bewältigung dieser Aufgabenstellung anbelangt. Obwohl es ein sensibles Thema ist, viele Vertreter anderer Gemeinden würden sich glücklich schätzen, hätten sie es mit unseren Problemen - die zum Teil auch aus dem verstärkten Zuzug resultieren - zu tun, als die Abwanderung aus ihren Gemeinden fast schicksalhaft hinnehmen zu müssen.

Die Akteure in der Gemeindeverwaltung sind allerdings auf Grund der kleiner werdenden finanziellen Spielräume zunehmend stärker gefordert, die Voraussetzungen für weitere Investitionen zu schaffen. Konkret kann es dabei sicher nicht - wie schon eingangs erwähnt - darum gehen, primär neue und zusätzliche Einnahmequellen – wie wir es in vielen Gemeinden erleben - zu erschließen. Es muss vielmehr verstärkt nach Kosteneinsparungen gesucht und es müssen grundsätzlich alle „freiwilligen“ Gemeindeleistungen einer ständigen „Aufgabenkritik“ unterzogen und auf ihre soziale Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überprüft werden. Diese Aufgabenstellung trifft nicht nur Einzelne sondern geht Alle an. Bedienstete wie FunktionärInnen.

Im außerordentlichen Haushalt sind folgende Vorhaben vorgesehen:

Gemeindeamt – Brunn Card	€	90.000
Vorplatz	€	50.000
Kommunales Mobilitätsmanagement	€	40.000
Kindergarten Neubau	€	100.000
Kindergarten Seidlgasse (Sanierung)	€	670.000
Krabbelstube Campus 21	€	100.000
Fassadenaktion	€	8.000
Straßenbau	€	700.000
Radfahrwege	€	250.000
Kinderspielplatz Burgenlandgasse/Fuchsgasse	€	25.000
Baumpflanzungen	€	20.000
Beleuchtung	€	300.000
Friedhof Wegsanierung	€	50.000
Erholungsgebiet Lerchenhöhe	€	30.000
Wienerberger Areal/Naherholungsgebiete	€	14.000
Wassernetzausbau	€	350.000
Kanalbau	€	300.000
Abfallwirtschaft	€	25.000
Reparatur Gemeindewohnhäuser	€	100.000
St. Josefsheim	€	70.000
Heimathaus	€	50.000
Festsaal	€	30.000
Gesellschafterzuschuss Parkhaus Grohestraße	€	400.000

Für die außerordentlichen Vorhaben sind vorerst Darlehensaufnahmen von € 2.424.200 vorgesehen. Wie viele Darlehen bei Durchführung aller Vorhaben tatsächlich aufzunehmen

sind lässt sich aus derzeitiger Sicht noch nicht beantworten, da die zu erwartenden Überschüsse aus dem Haushaltsjahr 2006 noch nicht eingearbeitet werden können. Sollte der Haushalt in der vorliegenden Form durchgeführt werden, würde sich der Schuldenstand von € 14.340.100 im Jahr 2006 auf € 15.573.700 im Jahr 2007 erhöhen. Aber das ist, wie bereits gesagt, hypothetisch.

Im Mittelfristigen Finanzplan der Jahre 2008 – 2010, der gleichzeitig mit diesem Voranschlag zu beschließen ist, wurden die vom Land vorgegebenen % -mäßigen Erhöhungen eingearbeitet. Es sind dies: 2,5% bei den Gehältern, 2% bei den Ertragsanteilen, 5% bei den Sozialaufwendungen und beim NÖKAS und 1% bei der Jugendwohlfahrt. Aus Liquiditätsgründen („Freie Finanzspitze“) ist im Außerordentlichen Haushalt für 2008 der Neubau eines Kindergartens über Leasingfinanzierung berücksichtigt. Der Schuldenstand steigt geringfügig von € 15,6 Mio auf 15,8 Mio Ende 2010 an. Ein positives Maastricht-Ergebnis konnte in allen Jahren des MFPs erreicht werden.

Der Haushaltsvoranschlag 2007 wurde vom 16. November 2006 angefangen bis einschließlich 30. November 2006 mit einem Volumen von € 20.321.000 im ordentlichen Haushalt und € 3.747.200 im außerordentlichen Haushalt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. In Abänderung dieses aufgelegten Haushaltsvoranschlags darf ich Ihnen die in der Beilage enthaltenen und im vorliegenden Haushaltsentwurf bereits eingearbeiteten Erinnerungen vorschlagen: siehe Liste. Die neuen Summen betragen nunmehr:

Ordentlicher Haushalt	€ 20.381.900
Außerordentlicher Haushalt	€ 3.772.200

Abschließend möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, bei allen Vorstandsmitgliedern und bei der Bürgermeisterin sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlags bedanken.

Danken möchte ich insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechnungsamt; insbesondere der Leiterin, Frau Eva Frank, die ihren zweiten Voranschlag souverän erstellt hat. Ebenso ihrem Stellvertreter, Herrn Otto Schallner, der uns die grafischen Darstellungen aufbereitet hat und immer wieder – auf Grund seiner langjährigen Erfahrung - unterstützend zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie nun ersuchen, dem Haushaltsvoranschlag 2007 samt Dienstpostenplan und Erinnerungen sowie dem Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2010 Ihre Zustimmung zu geben.

2008 – Haushaltsvoranschlag

Der Haushaltsvoranschlag 2008 wurde, wie in den vergangenen Jahren auch, gründlich mit den einzelnen geschäftsführenden GemeinderätInnen und der Bürgermeisterin durchbesprochen, geplant und den finanziellen Möglichkeiten entsprechend budgetiert. Das Volumen dieses Haushaltsvoranschlags beträgt im ordentlichen Haushalt € 21.724.600. Im außerordentlichen Haushalt sind € 5.796.500 vorgesehen.

Realistische Basis

Grundlage für die getroffenen Einnahmen- und Ausgabenerwartungen für das kommende Jahr sind einerseits die Angaben der Landesverwaltung, was die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und davon einbehaltene Umlagen des Landes für Krankenanstaltenfinanzierung, Sozialhilfeverbandsumlage, Jugendwohlfahrt u.a.m. anbelangt. Andererseits sind es die auf Gemeindeebene zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben, die von uns möglichst realitätsnah betrachtet werden. Wenn ich uns sage, dann meine ich alle, die an der konkreten Budgeterstellung beteiligt sind. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass unsere Gemeinde nach wie vor auf eine stabile Entwicklung bei den Gemeindesteuern, vor allem der Kommunalsteuer, aber auch auf eine zufriedenstellende Entwicklung bei den Gebührenhaushalten (Wasser, Kanal, Abfallwirtschaft) verweisen kann. In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass die Einnahmen der Gemeinde zu einem beachtlichen Teil nicht von selber kommen, sondern effiziente Verwaltungsabläufe und engagierte MitarbeiterInnen erfordern. In dieser Hinsicht möchte ich den betroffenen MitarbeiterInnen auch herzlich danken. Umgekehrt danke ich allen MitarbeiterInnen die kostenbewusst und sparsam wirtschaften und auf diese Weise zum finanziellen und wirtschaftlichen Erfolg der Gemeinde beitragen.

Durch die Auflösung, der im Jahr 2007 gebildeten Rücklage kann aus dem Ordentlichen Haushalt insgesamt ein Finanzierungsbeitrag von € 1.849.000 an den Außerordentlichen Haushalt zur Bedeckung der dort geplanten Vorhaben geleistet werden. Wäre das nicht der Fall, müssten in diesem Umfang Darlehen aufgenommen werden.

Positive Entwicklung überwiegt

Insgesamt ist also eine positive Entwicklung bei den Ertragsanteilen und bei den Gemeindesteuern – insbesondere der Kommunalsteuer - zu erwarten. Dieser Umstand ermöglicht es, dass wir die laufenden Leistungen und Förderungen der Gemeinde im Sozial-, Kultur- und Sportbereich beibehalten und teilweise sogar verbessern können. Ebenso ist es mit dem Förderprogramm zur Energieeinsparung und bei Anschaffung von Sicherheitseinrichtungen und den Leistungen, die mit der Brunn Card in Anspruch genommen werden können.

Die einzelnen Positionen bei den marktbestimmten Betrieben wie Wasser, Kanal und Abfallwirtschaft wurden mit dem Betriebsleiter, GGR Alois Lick, besprochen und dementsprechend veranschlagt. Erfreulicherweise kann in diesen Betrieben Kostendeckung erzielt werden. Gebührenerhöhungen per 1.1.2008 wurden daher nicht vorgesehen. Nicht so zufriedenstellend liegen wir in der Kostensituation beim Friedhof und bei den gemeindeeigenen Wohnhäusern.

Stärkerer Anstieg bei den Personalkosten und beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die immer größer werdenden Herausforderungen für die Gemeinde (Bürgerservice, Beratungsaufwand, neuer Kindergarten) erfordern auch einen höheren Personaleinsatz. Im Dienstpostenplan sind 129 Dienstposten vorgesehen. Der Personalaufwand für die aktiv Bediensteten wurde mit € 4.567.200 veranschlagt. Gegenüber 2007 ist das eine Erhöhung um rund € 400.000. Bezogen auf die laufenden Einnahmen betragen die Personalkosten für die Aktiven 21,51 %. Innerhalb der letzten 6 Jahre hat sich dieser Wert jährlich um einen halben Prozentpunkt erhöht. Die Forderung nach einem effizienten Personaleinsatz – der auch die

individuellen Leistungspotentiale erschließt – ergibt sich aus dieser Entwicklung von selbst. Bedienstete sind und bleiben eine der wichtigsten Ressourcen der Gemeinde und sollen daher auch so behandelt und eingesetzt werden. Für Pensionen (18 Beamten- bzw. Hinterbliebenenpensionen, zwei Bürgermeisterpensionen) sind € 770.000 vorgesehen.

Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand, in der Zeile 24 des Haushaltsquerschnittes mit einem Wert von € 7.385.500 ausgewiesen, stellt mit einem Anteil von 34,8 % an den laufenden Einnahmen eine wesentliche Ausgabengröße dar. In dieser Position sind allerdings sämtliche geplanten Instandhaltungen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes, wie zB die Sanierungsarbeiten im KG Seidlgasse, im Straßenbereich, beim Kanal- und Wassernetz, bei den Gemeindewohnhäusern, die Leasingraten sowie Kautionen an Leasinggesellschaften enthalten. Nachdem es hier auch um Einmaleffekte geht, wird dieser Prozentwert an den laufenden Einnahmen in den nächsten Jahren wieder unter 30 % sinken.

Mittelfristiger Finanzplan (MFP) für 2009-2011

Im MFP wurden die Erhöhungen bei Personal, Sozialaufwand, NÖKAS und Ertragsanteilen nach den Vorschlägen des Landes eingearbeitet. Die Folgekosten im Bereich Kindergarten und Dreifach - Sporthalle, wie zusätzliche Personalkosten, Betriebskosten, Leasingraten, aber auch Einnahmen wurden berücksichtigt. Die verbleibenden laufenden Einnahmen und Ausgaben wurden geringfügig erhöht. Ebenso wurde der Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen pro Haushaltsstelle geplant.

Im MFP des ordentlichen Haushaltes zeigt sich deutlich, dass durch die Steigerung bei den laufenden Ausgaben pro Jahr sukzessive weniger Mittel an den außerordentlichen Haushalt zugeführt werden können.

Große Herausforderung durch neue Projekte

Betragsmäßig sind die Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes eine große Herausforderung für das Gemeindebudget. Es geht schließlich um Projekte wie den Neubau eines Kindergartens im Bereich Goldtruhe, einschließlich einer Überbrückungslösung als „mobilen Kindergarten“ und der Errichtung einer Dreifach-Sporthalle bei der Hauptschule. Für die Neugestaltung des Ortszentrums sind Planungs- und Abbruchkosten vorgesehen. Naturgemäß geht es bei den neuen Projekten nicht nur um die Finanzierung der Errichtungskosten sondern in Folge auch um die zu erwartenden Betriebs- und Personalkosten. Für die Finanzierung der Errichtungskosten sind teilweise auch Leasingfinanzierungen vorgesehen um damit alle legalen steuerlichen Gestaltungs- und Optimierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Bevor wir uns bei der Dreifach-Sporthalle für die konkrete Finanzierungsform zu entscheiden haben, müssen in den nächsten Wochen und Monaten noch verschiedene Rahmenbedingungen mit der Hauptschulgemeinde geklärt werden.

Überschaubare Entwicklung bei den Schulden

Für die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes sind vorläufig € 1.520.500 an Darlehensaufnahmen geplant. Wie hoch die Darlehensaufnahmen tatsächlich sein werden, hängt von der Finanzierungsform für die konkreten Projekte ab und richtet sich natürlich auch nach dem Ergebnis des Haushaltsjahres 2007.

Der Schuldenstand erhöht sich durch diesen Haushaltsvoranschlag von € 13,7 Mio auf € 14,0 Mio, also um € 300.000. Von den rund € 14,0 Mio Schulden entfallen auf die Schuldenart 1

€ 5,8 Mio; das sind die Schulden, die zu mehr als 50% aus allgemeinen Deckungsmitteln zu finanzieren sind. Auf die Schuldenart 2 entfallen € 8,2 Mio; das sind die Schulden für Einrichtungen, mit einer mehr als 50%igen Einnahmendeckung. Auf den Schuldendienst (Tilgung plus Zinsen) entfallen 8,14 % der laufenden Einnahmen. Im Vergleich mit anderen Gemeinden liegen wir beim Schuldendienst im Durchschnitt und das ist aus meiner Sicht eine noch vertretbare Position.

Zu den genannten Darlehensschulden kommen noch rund € 3,5 Mio an offenen Leasingverpflichtungen hinzu, die wir für die Sanierung der Volksschule und für die Errichtung des Sicherheitszentrums eingegangen sind. Die anfallenden Leasingraten sind in den laufenden Ausgaben enthalten.

Die hohen Investitionen im Jahr 2008 verursachen ein vorläufiges Maastrichtdefizit von € 1.203.300. Wie hoch dieses tatsächlich am Ende des Haushaltsjahres sein wird, lässt sich erst mit dem Rechnungsabschluss 2007 feststellen.

Nunmehr möchte ich noch einige ausgewählte Vorhaben aus dem außerordentlichen Haushalt zur Kenntnis bringen. Anführen möchte ich alle Projekte mit einem Volumen \geq € 30.000; die vollständige Liste befindet sich in den Unterlagen:

Gemeindeamt	€	30.000
Vorplatz (Planung Ortszentrum)	€	120.000
Kommunales Mobilitätsmanagement	€	70.000
GIS/Verkehrszeichenkataster	€	43.000
Ankauf Feuerwehrauto	€	60.000
Dreifach – Sporthalle	€	500.000
Neubau Kindergarten	€	1.097.000
Sanierung Kindergarten Seidlgasse	€	400.000
Kindergarten Übergangslösung	€	291.000
Jugendarbeit	€	30.000
Straßenbau- und Straßensanierung	€	700.000
Radfahrwege	€	250.000
Öffentliche Beleuchtung	€	300.000
Friedhof (Wegsanierung)	€	120.000
Erholungsgebiet Lerchenhöhe (Zaun)	€	30.000
Wassernetzausbau	€	300.000
Wasserbehälter Wasserwerkstraße	€	150.000
Kanalbau- und Kanalsanierung	€	300.000
Umweltinseln	€	30.000
Sanierung Gemeindewohnhäuser	€	230.000
Sanierung St. Josefsheim	€	250.000
Sanierung Heimathaus	€	50.000
Sanierung Kegelbahn	€	100.000
Projekt Grohestraße	€	250.000
Sonstige kleinere Projekte (Summe)	€	95.500

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlags 2008 wurde von 19. November 2007 bis einschließlich 3. Dezember 2007 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. In Abänderung zum aufgelegten Haushaltsvoranschlag habe ich bereits die neuen Werte referiert; zu verstehen sind diese als von mir eingebrachte Erinnerungen, die im nunmehr vorliegenden Haushaltsentwurf bereits eingearbeiteten sind: siehe Liste mit Erinnerungen.

Wie in den vergangenen Jahren danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die gute Zusammenarbeit im Rahmen unserer zugewiesenen Tätigkeitsbereiche. Ich danke aber auch allen Vorstandsmitgliedern und der Bürgermeisterin sehr herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlags und des Dienstpostenplanes.

Danken möchte ich natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechnungsamt; insbesondere der Leiterin, Frau Eva Frank mit ihrem Stellvertreter, Herrn Otto Schallner. Ein besonderer Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen im Liegenschaftsreferat, Frau Mag. Birgit Reisinger und Frau Birgit Wieninger, die mit ihren Aktivitäten sehr stark mit dem Rechnungsamt und der Tätigkeit im Finanzausschuss verbunden sind.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie nun ersuchen, dem Haushaltsvoranschlag 2008 samt Dienstpostenplan und Erinnerungen sowie dem Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2011 Ihre Zustimmung zu geben.

2009 – Haushaltsvoranschlag

Für den Haushaltsvoranschlag 2009 der Marktgemeinde Brunn am Gebirge wurden im ordentlichen Haushalt

€ 22.430.300 und im außerordentlichen Haushalt € 6.152.500 veranschlagt.

Vom Volumen her gesehen, ist es der größte Voranschlag den wir je hatten. Mit diesem Haushaltsvolumen bewältigt die Gemeinde ein umfangreiches Programm, das von der Daseinsvorsorge (Wasser, Kanal, Abfallwirtschaft, Kindergärten, Schulen, Straßen, Beleuchtung, Friedhof, Öffentliche Sicherheit u.a.m.) bis zu den zahlreichen Leistungen im Sozial-, Sport- und Kulturbereich reicht. Auch die in den vergangenen Jahren neu eingeführten Förderungsmaßnahmen zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Sicherheit sowie die bereits seit längerem bestehenden Zinszuschüsse bei Darlehensaufnahmen zur Wohnraumschaffung- und verbesserung und Modernisierung von Betrieben bleiben aufrecht. Ebenso die bereits seit vielen Jahren praktizierten Förderungen und Subventionsgewährung für Vereine.

Aber auch das Bürgerservice mit dem SIB und die seit zwei Jahren eingeführte Brunn Card und ihren Leistungen bauen ihre Positionen aus und verleihen unserer Gemeinde zusätzliche Attraktivität.

Finanzielle Lage ist zufriedenstellend – trotzdem ist Vorsicht geboten

In Zeiten einer weltweiten Finanzkrise, deren realwirtschaftlichen Folgen noch niemand abschätzen kann, freuen wir uns einerseits, dass wir als Gemeinde relativ gut dastehen und unseren 10.832 Bürgerinnen und Bürgern einiges bieten können, allerdings ist dabei auch eine erhöhte Vorsicht angebracht.

Eine erhöhte Vorsicht deshalb, weil die finanziellen Bedeckungen unserer Projekte – für deren Realisierung wir arbeiten – eine positive, gesamtwirtschaftliche Weiterentwicklung voraussetzen. Das Schicksal der Haupteinnahmequellen der Gemeinde, wie die Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (vor allem der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer) - mit rund 34% der Einnahmen - und der Kommunalsteuer – mit rund 28% der Einnahmen - liegt nur zu einem kleinen Teil im eigenen Gestaltungsbereich. Alles was an diesen Einnahmen fehlt, muss zum Großteil durch eigene Mittel – sprich durch

Gebührenerhöhungen – hereingebracht werden. Diesen Umstand dürfen wir nie vergessen, wenn wir unsere Wünsche an das Gemeindebudget richten.

Finanzierungsmodus des Landes belastet finanzstärkere Gemeinden überproportional

Anführen möchte ich an dieser Stelle auch einen Umstand, der verschiedentlich nicht beachtet wird. Insbesondere dann nicht, wenn von den finanzstarken Gemeinden im Wiener Umland gesprochen wird. Die finanzstarken Gemeinden tragen nämlich - bedingt durch den FAG - Finanzierungsmodus des Landes – einen ungleich höheren Beitrag zur Finanzierung der Krankenanstalten (NÖKAS), der Sozialhilfeumlage, der Jugendwohlfahrt und zur Berufsschulerhaltung bei. Im Ergebnis haben wir zwar mehr Einnahmen bei den Ertragsanteilen, die uns auf Grund der gestiegenen Bevölkerungszahl auch zustehen und bei der Kommunalsteuer, wenn sich neue Betriebe ansiedeln, aber immer überproportional höhere Ausgaben zur Finanzierung der angeführten Bereiche. Es tritt somit ein doppelter Effekt ein: Wir erhalten auf Grund unserer Finanzstärke kaum bis gar keine Bedarfszuweisungen, müssen aber trotzdem immer überproportional mitfinanzieren. Ein Anreiz zum besseren Wirtschaften in den Gemeinden ist dieser Modus sicher nicht und sollte aus meiner Sicht überarbeitet werden.

Auch für 2009 keine Gebührenerhöhungen vorgesehen

Erfreulich ist, dass es uns auch für 2009 gelungen ist, von Gebührenerhöhungen absehen zu können. In den Folgejahren werden allerdings Gebührenerhöhungen in Teilbereichen kommen, da in den Gebührenhaushalten (Wasser, Kanal, Abfallwirtschaft) Kostendeckung anzustreben ist.

Für die rund 135 Gemeindebediensteten ist ein Personalaufwand von € 4.982.400 vorgesehen. Die von der Gemeinde ausbezahlten Pensionen an Gemeindebeamte (inkl. Altbürgermeister) belaufen sich auf € 732.000.

Der Schuldenstand (ohne Leasingverpflichtungen) wird sich bei Inanspruchnahme aller vorgesehenen Darlehensaufnahmen um € 2,2 Mio auf € 15,3 Mio erhöhen. Das entspricht rund 68% der Jahreseinnahmen im ordentlichen Haushalt. Für den Schuldendienst werden € 1.745.000 (Rückzahlung € 1.279.700; Zinsen € 545.700; Zuschuss € 80.600) aufgewendet. An Leasingraten für die Volksschule und für das Sicherheitszentrum zahlen wir € 396.000.

Mittelfristiger Finanzplan

Im MFP 2010 – 2012 wurden die Erhöhungen bei Personal, Sozialaufwand, NÖKAS und Ertragsanteilen nach den Vorschlägen des Landes eingearbeitet. Die Folgekosten im Bereich der Kindergärten, wie zusätzliche Personalkosten, Betriebskosten, Leasingraten, aber auch Einnahmen wurden berücksichtigt. Die im Budget 2008 in Planung genommene Dreifach – Sporthalle ist im Budget 2009 mit der Erstellung eines Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes enthalten. Sollte es zu einer sinnvollen Realisierungsmöglichkeit am geplanten Standort kommen, sind im mittelfristigen Finanzplan ab 2010 die erforderlichen Mittel vorgesehen. Die verbleibenden laufenden Einnahmen und Ausgaben wurden geringfügig erhöht. Im MFP des ordentlichen Haushaltes zeigt sich deutlich, dass durch die Steigerung bei den laufenden Ausgaben pro Jahr sukzessive weniger Mittel an den außerordentlichen Haushalt zugeführt werden können.

Die Projekte des außerordentlichen Haushaltes 2009 können vorerst mit rund € 1.515.300 aus dem ordentlichen Haushalt bedeckt werden. € 340.700 stammen aus Einnahmen und Rücklagen; € 881.500 aus Bedarfszuweisungen und Förderungen. Der Rest auf € 6.152.500, das sind derzeit € 3.415.000 muss auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden. Dieser Betrag verringert sich allerdings um Überschüsse aus dem Haushaltsjahr 2008, die zum

Zeitpunkt der Voranschlagserstellung zwar erwartet aber rechtlich noch nicht budgetiert werden dürfen.

Im Wesentlichen sind 2009 folgende Projekte vorgesehen:

Gemeindeamt (Brunn Card)	€ 30.000
Ortszentrum (Auslobung Architektenwettbewerb, Abbruch)	€ 200.000
Kommunales Mobilitätsmanagement	€ 70.000
Verkehrszeichenkataster GIS	€ 30.000
Ankauf Feuerwehrauto (Ansparrate)	€ 60.000
Volksschule (neue Klasse)	€ 30.000
Kindergarten Neubau (Planung, Kaution Leasing)	€ 1.140.000
Kindergarten Seidlgasse (Innensanierung)	€ 250.000
Josefsheim Hort (Spielplatzgestaltung)	€ 40.000
Fassadenaktion	€ 8.000
Strassenbau	€ 1.000.000
Radfahrwege	€ 250.000
Straßenreinigung Fahrzeug	€ 150.000
Kinderspielplatz Hanuschgasse (Zaun)	€ 10.000
Baumpflanzungen	€ 20.000
Öffentliche Beleuchtung	€ 400.000
Friedhof (Wegsanierung, Mauer, Zaun)	€ 120.000
Lerchenhöhe (Zaun für Sportplatz und Freibad)	€ 41.000
Winzerpark	€ 10.000
Wassernetzausbau	€ 400.000
Wasserbehälter Wasserwerkstraße (Sanierung)	€ 200.000
Kanalbau	€ 600.000
Abfallsammelstellen	€ 30.000
Wohnhausanlage Hofgasse (Sanierung)	€ 320.000
Heimathaus (Errichtung eines Zubaus für Gemeindearchiv)	€ 170.000
Kegelbahn (Sanierung)	€ 150.000
Gemeindegasthaus (Betriebsausstattung)	€ 30.000
Projekt Parkhaus Grohe-/Gattringerstraße	€ 413.000
Gesellschafterzuschuss für BG der MG Brunn/Gebirge	€ 30.000

Der Haushaltsvoranschlag 2009 basiert auf intensiven Budgetbesprechungen, die mit den jeweils zuständigen Mitgliedern des Gemeindevorstandes, den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern und der Bürgermeisterin geführt wurden. Die Gemeindeordnung trägt uns dabei auf, die vorhandenen Mittel wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam einzusetzen. Im Rahmen einer modernen Budgetplanung sind wir darüber hinausgegangen und haben uns bemüht die Finanzmittel auch effizient, sozial und ökologisch zu verwenden. Nachdem sehr exakt verhandelt wurde, kann ich berichten, dass das Verhandlungsergebnis zu einem hohen Grad realisiert werden konnte.

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlages 2009 wurde somit von 19. November 2008 bis einschließlich 3. Dezember 2008 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

In Abänderung zum aufgelegten Haushaltsvoranschlage habe ich bereits die neuen Werte referiert; zu verstehen sind diese als von mir eingebrachte Erinnerungen, die im nunmehr vorliegenden Haushaltsentwurf bereits eingearbeiteten sind: siehe Liste mit Erinnerungen.

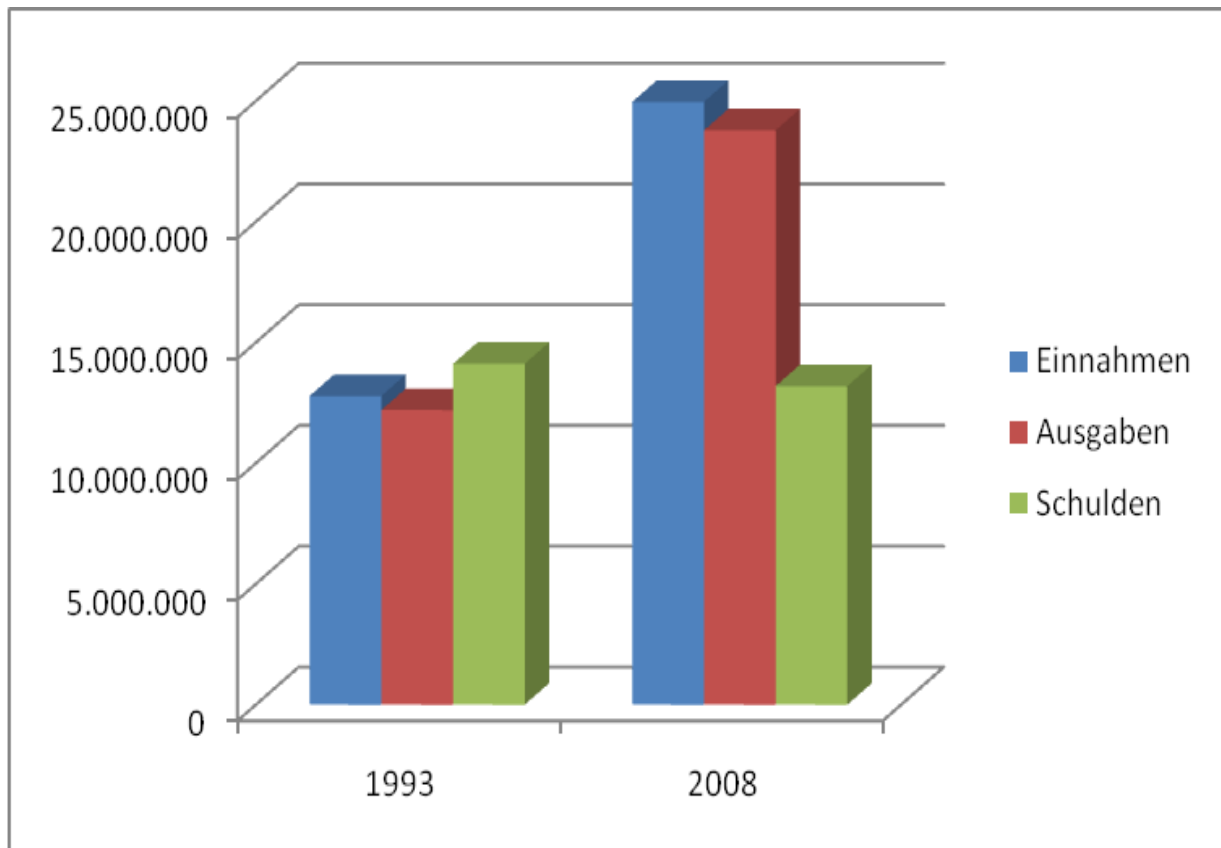
Wie in den vergangenen Jahren danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die gute Zusammenarbeit im Rahmen unserer zugewiesenen Tätigkeitsbereiche.

Danken möchte ich natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechnungsamt; insbesondere der Leiterin, Frau Eva Frank mit ihrem Stellvertreter, Herrn Otto Schallner. Ein besonderer Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen im Liegenschaftsreferat, Frau Mag. Birgit Reisinger und Frau Birgit Wieninger, die mit ihren Aktivitäten sehr stark mit dem Rechnungsamt und der Tätigkeit im Finanzausschuss verbunden sind.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie nun ersuchen, dem Haushaltsvoranschlag 2009 samt Dienstpostenplan und Erinnerungen sowie dem Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2012 Ihre Zustimmung zu geben.

Bilanz als Finanzreferent der Gemeinde:

	1993	2008
Einnahmen	12.781.616	24.959.406
Ausgaben	12.199.632	23.780.492
Schulden	14.114.151	13.190.498



Bei den vorliegenden Daten handelt es sich um die Zahlen aus den von mir im Gemeinderat der Marktgemeinde Brunn am Gebirge vorgelegten ersten – 1993 bzw. aus meinem letzten Rechnungsabschluss – 2008.

Die Brunner Gemeindefinanzen können sich auch im Vergleich mit den anderen niederösterreichischen Gemeinden sehen lassen:

Zehn wichtige Kennzahlen aus den Rechnungsabschlüssen 2007 und 2008 der Marktgemeinde Brunn am Gebirge, verglichen mit den Werten der durchschnittlichen niederösterreichischen Gemeinde (RW NÖ 2007) zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner zeigen auf, wie die Marktgemeinde Brunn am Gebirge liegt:

Alle Zahlenangaben verstehen sich **pro Kopf der Bevölkerung in Euro**:

	Brunn RA 2007	NÖ RW 2007	Brunn RA 2008
Laufende Einnahmen	1.909	2.069	2.070
Laufende Ausgaben	1.562	1.891	1.648
Eigene Steuern	701	500	785
Ertragsanteile	541	691	609
Gebühren und Leistungseinnahmen	536	604	554
Transfereinnahmen (v.a. vom Land)	93	148	46
Finanzkraft	1.242	1.191	1.394
Personalausgaben	379	503	434
Verwaltungs- u. Betriebsaufwand			
(inkl. Leasing)	541	656	549
Finanzschulden (ohne Leasing)	1.254	2.599	1.218

Die Referenzwerte für die vergleichbaren NÖ Gemeinden sind für mich nur für 2007 (RW NÖ 2007) und älter zugänglich; 2008 war in meiner aktiven Zeit noch nicht ausgewertet. Wer die exakten Budgetzahlen für Brunn am Gebirge nachvollziehen möchte, muss die Brunner Werte (RA 2007 und RA 2008) mit den jeweiligen Einwohnerzahlen multiplizieren: 2007: 10919 EW; 2008:10.832 EW.

Im Ergebnis zeigt die Darstellung, dass ich die Marktgemeinde Brunn am Gebirge bei meinem Ausscheiden aus dem Gemeinderat 2009 – in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht - wesentlich „reicher“ zurückgeben konnte, als ich sie bei meinem Antritt als Finanzreferent 1993 übernommen habe.

Als Genugtuung für mich und vielleicht als Anregung für Interessierte sei angemerkt: Die positive Finanzentwicklung der Marktgemeinde Brunn am Gebirge ist kein Zufallsprodukt, das ohne „äußere Einflüsse“ bzw. ohne einen Cent Beratungshonorar an irgendwelche „Finanzgurus“ ausgekommen ist. Sie ist ausschließlich das Ergebnis einer soliden, transparenten und nachhaltigen Finanzpolitik, die bewusst auf „kreative“ und spekulative Finanzierungsinstrumente verzichtet hat. Maßgeblich unterstützt wurde dieses Vorhaben von den MitarbeiterInnen im Rechnungsamt und den Abteilungsleitern Heinz Zögl, Otto Schallner und Eva Frank mit ihrer vorbildlichen Arbeitsauffassung sowie den Kolleginnen und Kollegen, die mich bei der Durchsetzung der Beschlüsse im Gemeinderat unterstützt haben.

1997 – 2005

Tätigkeit als Geschäftsführer der Betriebsgesellschaft der Gemeinde

Letztlich waren es die Vorgaben der Europäischen Union die den Ausschlag gegeben haben, dass die Gemeinde – auf meinen Vorschlag und Initiative – eine eigene Kapitalgesellschaft zur Finanzierung und Errichtung bestimmter Vorhaben gegründet hat. Auf Grund der sogenannten „Maastricht-Kriterien“ sind die öffentlichen Haushalte zur Einhaltung eines strengen „Budgetregimes“ verpflichtet. Investitionsvorhaben, die bestimmte Größenordnungen überschreiten, waren und sind schwierig bis kaum über den normalen Gemeindehaushalt abzuwickeln. Das erste Projekt der Betriebsgesellschaft, die von Kollegen Julius Niederreiter und mir als Geschäftsführer geführt wurde, war die Errichtung und der Betrieb des Sozialzentrums, für dessen Planung und Konkretisierung ich als Baureferent zuständig war.

Nach einigen Jahren des Betriebes zeigte sich, dass die ursprünglichen Hoffnungen und Vorstellungen voll aufgegangen sind. Das Sozialzentrum mit Sozialstation der Volkshilfe und dem angeschlossenen Eltern-Kind-Zentrum ist eine unverzichtbare Einrichtung der Gemeinde geworden. Vor allem die im Sozialzentrum wohnenden MieterInnen betonen immer wieder, wie wohl sie sich in diesem Haus fühlen.

2002 wurde mit dem zweiten großen Projekt, der Sanierung des Brunner Bahnhofes, begonnen.

Sanierung des Bahnhofes

Kaum ein Vorhaben der Gemeinde wurde in der Bevölkerung so positiv aufgenommen wie der Abschluss der Sanierungsarbeiten am Brunner Bahnhof. Nachdem der Brunner Bahnhof in den 1950er Jahren das letzte Mal generalsaniert worden war, hatte er am Ende des Jahrhunderts schon sehr ramponiert ausgesehen und war eigentlich dem Verfall anheim gestellt. Seitens der ÖBB wurde an eine Renovierung nicht gedacht, vielmehr bestand die klare Absicht den Bahnhof abzureißen und an seiner Stelle ein Flugdach zu errichten. Dieses Vorhaben fand in der Gemeinde wenig Gegenliebe. Es war wohl den guten Kontakten des Bürgermeisters zuzuschreiben, dass es gelang, mit den ÖBB in Verhandlungen über einen Erwerb des Bahnhofes durch die Gemeinde einzutreten. Nach mehreren Verhandlungsrunden konnten wir uns mit den ÖBB Vertretern auf einen Kaufpreis in der Höhe von S 500.000,-- einigen. Wissend, dass wir viel Geld in die Hand nehmen müssen um den Bahnhof endgültig zu sanieren. Als Finanzreferent der Gemeinde habe ich mit dem Ankauf auch immer klar die Meinung vertreten, dass der sanierte Bahnhof einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden müsse, damit die Sanierungskosten langfristig wieder hereingebracht werden. Vorerst hat der Gemeinderat eine Projektgruppe unter der Leitung von GGR Gabi Schiener eingesetzt, um über die Sanierung zu beraten. Als Betreuer dieser Projektgruppe hat sich der ehemalige Baureferent, Dipl. Ing. Dieter Wlaka, zur Verfügung gestellt. Ergebnis dieser Projektgruppe war die Feststellung der Sanierbarkeit des Bahnhofes, allerdings mit einem geschätzten Kostenaufwand von rund 20 Mio Schilling (1,4 Mio Euro). Geäußert wurde auch der Wunsch, am Bahnhof ein Kaffeehaus einzurichten. Nachdem dieser festgestellte Kostenrahmen für die Gemeinde - aus meiner Sicht - nicht vertretbar finanzierbar war, habe ich vorgeschlagen, die Sanierung des Bahnhofes über die Sozialzentrum Betriebsgesellschaft abzuwickeln und mich dabei selber, als einer der beiden Geschäftsführer,

in die Pflicht genommen. Als Projektleiter wurde seitens der Betriebsgesellschaft GR Matthias Müller eingesetzt. Dieser hat sich sehr gründlich mit dem Sanierungsauftrag auseinandergesetzt und insgesamt einen wesentlichen Beitrag zum guten Gelingen geleistet. Die Architektenleistung sowie alle anderen Gewerke wurden öffentlich ausgeschrieben und an die jeweiligen Bestbieter vergeben. Unter der Bauleitung von Ing. Konrad vom Architekturbüro Straitz, Mödling, wurden die Sanierungsarbeiten mit einem Gesamtkostenaufwand von rund 650.000 Euro durchgeführt. Über die Stadterneuerung, vertreten durch Dipl. Ing. Haas, wurde eine Förderung seitens des Landes in der Höhe von 100.000 Euro für den Ausbau der Kellerräumlichkeiten für Jugendaktivitäten zugesagt. Gekommen sind leider nur rund 36.000 Euro. Am 15. Mai 2004 hat die feierliche Eröffnung des renovierten Bahnhofes stattgefunden.

Projekte von 2005 bis 2009

Tätigkeit als Liegenschaftsreferent

Sanierung der Gemeindewohnhäuser

In meiner Funktion als Liegenschaftsreferent und zuständiger Referent für die Gemeindewohnhäuser (L. Gattringer Str. 91a, L. Gattringer Str. 58 und 60, Bahnstrasse 50, Hofgasse) war es mir ein großes Anliegen, diese auch ordentlich instandzuhalten. Kein einfaches Unterfangen, da die dafür erforderlichen Kosten berücksichtigt werden mussten. Marktkonforme Mieten werden für Gemeindewohnungen sinnvollerweise nicht eingehoben. Somit fehlen die entsprechenden Mietzinsrücklagen. Es bleibt somit eine Gratwanderung zwischen dem vorhandenen Sanierungsbedarf und dem was für die Gemeinde an Mittelzuführung sinnvoll und vertretbar ist. In Summe ist es mir gelungen alle Gemeindewohnhäuser in eine Sanierungsplanung einzubeziehen. Der Abschluss aller Sanierungen ist mir leider nicht geglückt, da das Sanierungsvorhaben Gemeindewohnhaus Hofgasse seitens der Hausverwaltung nicht rechtzeitig der NÖ Landesregierung für die Mittelgenehmigung vorgelegt wurde. Ohne Förderungsmittel ist so ein Projekt - Kostenvolumen ca. € 300.000 – nicht durchzuführen. Ich kann nur hoffen, dass mein Nachfolger GGR Matthias Müller dieses Vorhaben so schnell als möglich realisiert.

Hundefreilaufzone

Eine der ersten Aktivitäten in meiner Funktion als Liegenschaftsreferent in der Gemeinderatsperiode 2005 – 2009 war die Suche nach einem Standort für eine Hundefreilaufzone, einer Forderung im SPÖ Wahlprogramm. Im dichtbesiedelten Gebiet ist das Thema „Hundehaltung“ unerschöpflich. Angefangen von sinnvollen Auslaufflächen, über die Einhaltung des Leinen- bzw. Maulkorbzwanges, das Wegräumen der herumliegenden „Hundstrümmerl“ bis zum Halten bestimmter Hunderassen ist für eines gesorgt: Die Gemeinde hat einen Handlungsbedarf um die Gemüter von Hunde- und Nichthundebesitzern zu beruhigen. Eine Hundefreilaufzone ist ein akzeptierter Kompromiss: Sie ermöglicht den Hundehaltern ihre Lieblinge innerhalb eines eingezäunten Bereiches frei laufen lassen zu können ohne dass Nichthundebesitzer davon berührt werden. Die Suche nach einem Standort gestaltete sich positiv. Meiner Erinnerung nach hatte GR Thomas Fronaschitz die Idee, an die Liegenschaftseigentümern am Campus 21, der Wr. Städtischen, ein derartiges Ansuchen um

Zurverfügungstellung von Flächen zu richten. Das hat funktioniert. Die Wiener Städtische Versicherung hat der Gemeinde am Campus 21 eine Fläche von rund 800 m² unentgeltlich in Form einer Bittleihe zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde hatte die Investitionskosten (Einzäunung, div. Einrichtungen) zu tragen. Kurioserweise wurde seitens der ÖVP Gemeinderatsfraktion die geplante Trinkwasserentnahmestelle für diese Hundefreilaufzone aus „Kostengründen“ abgelehnt. Hinter dieser Ablehnung kann wohl nur eine politische Motivation vermutet werden, denn der vorgesehene Trinkbrunnen hätte kein „Haus“ gekostet und „Hund und Herrl/Frauerl“ erfreut.

Parkhaus Grohe-/L. Gattringer Straße

Das Eckgrundstück L. Gattringer Str./Grohe Straße, Größe ca. 800 m², wurde von der Gemeinde deshalb angekauft, weil in der Umgebung des St. Josefsheimes zu wenig Parkplätze zur Verfügung stehen. Parkplätze, die von Eltern dringend benötigt werden, wenn sie ihre Kinder in das St. Josefsheim entweder in eine Kinderbetreuungseinrichtung oder in die Musikschule bringen oder von dort abholen. Darüber hinaus benötigen auch die Gewerbebetriebe der Umgebung dringend Stellplätze. Im Zuge der Planungsarbeiten hat sich herausgestellt, dass es kostengünstiger wäre, wenn über den Stellplätzen ein Hochbau mit Nutzflächen für Büros oder Wohnungen errichtet wird. Vom architektonischen Standpunkt durchaus sinnvoll. Diese Idee habe ich gerne aufgegriffen und wollte ein von der gemeindeeigenen Betriebsgesellschaft vorgelegtes Projekt verwirklichen. Eine Volksgarage mit ca. 25 Stellplätzen und 7 Wohn- bzw. Büroeinheiten. Leider ist es zu dieser Realisierung nicht gekommen, da sich wiederum die ÖVP Gemeinderatsfraktion massiv gegen ein derartiges Projekt ausgesprochen hat. Einen Mehrheitsbeschluss wollte ich nicht erwirken, da im Falle eines politischen Streites die Verwertungschancen für ein Immobilienprojekt massiv sinken würden und dieses Risiko wollte ich bei einer Investitionssumme von rund € 2,5 Mio für die Gemeinde nicht eingehen. Im Rahmen einer Ausschreibung wurde diese Liegenschaft verschiedenen Wohnbaugenossenschaften zur Verwertung angeboten. Interessiert hat sich in weiterer Folge nur die Mödlinger Baugenossenschaft. Das Grundstück wurde um einen Preis von € 300,-/m² an sie verkauft. Die Gemeinde wird in weiterer Folge die zu errichtenden Stellplätze ankaufen bzw. anmieten. Ein schwieriger Umweg. Die Gemeinde hätte das viel einfacher und auch wahrscheinlich kostengünstiger haben können. Die Realisierung bleibt abzuwarten.

Sanierungsarbeiten im St. Josefsheim

Die Sanierung des St. Josefsheimes ist eine fast unendliche Geschichte. Ursprünglich war geplant, in diesem Objekt die Brunner Musikschule unterzubringen. Diese Vorhaben wurde massiv von Bgm. Ernst Nakladal und dem damaligen Kulturreferent Dr. Erich Schmutz betrieben. Anfangs hat es geheißen, es werde einen Sanierungsbedarf von 2-3 Millionen (150.000 – 200.000 Euro) Schilling geben. Ein von Dr. Rudolf Beck ausgearbeiteter Mietvertrag hat eine monatliche Miete von ca. 50.000 Schilling vorgesehen. Im Rahmen einer abschließenden Besprechung, zu der auch ich eingeladen wurde, konnte ich diesen Betrag auf 40.000 Schilling herunterverhandeln. Mir ist auch dieser Betrag zu hoch erschienen, aber mehr war nicht machbar. Die Sanierungsarbeiten wurden vom damals zuständigen Baureferenten Dr. Andreas Linhart und der fachlichen Betreuung von DI Günter Heid durchgeführt. Ein sicher nicht einfaches Unterfangen, da es sich teilweise um uralte Bausubstanz gehandelt hat und unzählige Vorschriften für die einzelnen Nutzungen einzuhalten waren. Jedenfalls, um es kurz zu machen: Es ist bei den geschätzten 2-3 Mio

geblieben. Allerdings in Euro. Trotz der hohen Kosten steht der Gemeinde mit dem St. Josefsheim ein Juwel im Herzen der Gemeinde zur Verfügung. Dieses Objekt beherbergt nunmehr die Musikschule, einen Schülerhort, eine Kindergartengruppe, die Gemeindebücherei und eine neue Gemäldegalerie.

Gemeindearchiv

Das Gemeindearchiv, derzeit betreut von GR a.D. Guido Radschiner und Dr. Manfred Csar, befindet sich auf dem Dachboden des Rathauses. Erreichbar ist dieses Archiv nur über eine ganz schmale Wendeltreppe aus dem Vorzimmer des Gemeindesekretariates. Eine unbefriedigende Lösung. Obendrein gab und gibt es mit der Lagerung auf dem Dachboden massive Platz- und Statikprobleme. Es wurden einige Alternativen für das Archiv überlegt. Übriggeblieben ist eine Neubauvariante im Gartenbereich des Heimathauses oder ein Dachbodenausbau im südöstlichen Trakt des Heimathauses. Die Gemeinde hat sich für die Neubauvariante entschieden. Architekt DI Reinhard Kluger hat dafür einen ersten Entwurf, im Sinne einer Machbarkeitsstudie gezeichnet. Dieser Entwurf wurde in weiterer Folge von Architekt DI Janouschek, er ist bei der Ausschreibung der Planungsleistungen als Bestbieter hervorgegangen, überarbeitet. Der überarbeitete Entwurf wurde vom Gemeindevorstand positiv bewertet und für die Ausschreibung der Detailplanung und der Gewerke freigegeben. Hier endet meine Zuständigkeit, denn zu diesem Zeitpunkt (August 2009) bin ich aus der Gemeinde ausgeschieden.

Arge Chance

Im Rahmen meiner Kontakte zum Vorsitzenden des Vereines ARGE Chance, Herrn Franz Fürst und zum Geschäftsführer, Herrn Günter Rick, habe ich erfahren, dass für das Sozialprojekt ARGE Chance Brunn am Gebirge zusätzliche Räumlichkeiten für Aktivitäten gesucht werden. Ich habe angeregt, in Brunn am Gebirge ein Verkaufslokal für die Produkte des ÖKO-Gartens Mödling und sonstiger Produkte und Dienstleistungen der ARGE Chance zu errichten. Gedacht habe ich an das ehemalige Winzerstüberl in der L. Gattringer Str. 5. Zwischendurch wurde dieses „Winzerstüberl“ als Mediathek für Jugendliche eingerichtet, wurde aber nicht mehr benützt. Bevor es wieder weitervermietet werden würde, musste schnell gehandelt werden. Als ich meinen Wunsch, dieses Objekt an die ARGE Chance zu vermieten, an die Bürgermeisterin herangetragen hatte, hat es tatsächlich schon andere Nutzungsüberlegungen gegeben. Erfreulicherweise war auch die Bürgermeisterin von dem von der ARGE Chance vorgelegten Konzept sehr angetan und hat mich bei meinen Bemühungen unterstützt. Letztendlich ist es zum Abschluss eines Mietvertrages mit der ARGE Chance gekommen und seit November 2009 gibt es in der L. Gattringer Straße 5 ein Verkaufslokal für unzählige Produkte und Dienstleistungen, die im Rahmen von niederösterreichischen Sozialprojekten hergestellt bzw. angeboten werden. Das war sozusagen meine letzte Aktivität als Liegenschaftsreferent der MG Brunn am Gebirge.

1993 – 2008

Klubsprecher der sozialdemokratischen GemeinderätInnen

Als Klubsprecher der SPÖ Gemeinderatsfraktion habe ich 1993 die Nachfolge von Mag. Herbert Kaufmann angetreten. Vor ihm waren der verstorbene Bundesminister a.D. „Jolly“ Hesoun und Dr. Helmut Zeglovits einige Jahre als Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen GemeinderätInnen in Brunn am Gebirge tätig und haben somit die Kommunalpolitik der 1960er, 1970er, 1980er bis Anfang der 1990er Jahre mitgeprägt.

Die Rolle des Klubsprechers ist vielschichtig. Die gesetzlich vorgesehene Aufgabe besteht lediglich darin, die eigene Fraktion im Gemeinderat zu vertreten und als Ansprechperson für die Gemeindeorgane zur Verfügung zu stehen. Politisch ist die Rolle etwas umfangreicher: Die fraktionellen Positionen sind im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit zu artikulieren, die gegenteiligen Argumente der anderen Fraktionen zu entkräften und der Entscheidungsprozess ist bis zur endgültigen Abstimmung im Gemeinderat positiv zu beeinflussen.

Das hört sich noch relativ einfach an, ist aber nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich wird man in dieser Funktion für Vieles zuständig „gemacht“, was tagespolitisch passiert und wo sich niemand zuständig fühlen möchte. Ob einem das gerade angenehm ist oder nicht. Grundsätzlich in Ordnung, wenn die zeitliche Beanspruchung nicht zu intensiv wird. Führungskräfte sind schließlich dazu da, für die kleinen und großen Probleme ansprechbar zu sein. Persönlich habe ich es auch als meine Aufgabe gesehen, danach zu trachten, dass das Potential an politischem „Nachwuchs“ innerhalb der Fraktion gesichert ist. Insbesondere ständig nach „Hoffnungsträgern“ Ausschau zu halten, die früher oder später Führungsfunktion übernehmen können.

Die Gestaltung der Fraktionssitzungen wird naturgemäß vom Stil des Vorsitzenden mitgeprägt. Ich bevorzuge einen demokratischen Stil und war mir der damit einhergehenden Herausforderungen bewusst. In der Praxis ist es wohl einfacher die Zügel straff zu halten und bestimmend zu agieren. Kurzfristig vielleicht effektiver, auf Dauer für die Gruppe sicher nicht gut. Inhaltlich geht es bei den Fraktionssitzungen in erster Linie um die Vorbereitung der jeweils nächsten Gemeinderatssitzung, die Besprechung aktueller politischer Vorhaben, Veranstaltungen u.a.m.. Punkt für Punkt wird die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung besprochen und abgestimmt. Hin und wieder - auf Grund des Umfangs der Tagesordnung - sehr anstrengend. Wenn es gar zu „trocken“ geworden ist, waren alle froh, wenn so manche „Schnurre“ die Stimmung aufgehellt hat. Manchmal durfte auch ein guter Tropfen diesen Zweck erfüllen. Trotz aller politischen Sacharbeit und freundschaftlichen Atmosphäre ging es hin und wieder auch um kleine zwischenmenschliche Animositäten. Aus meiner Sicht ist das normal, wenn Menschen intensiv zusammenarbeiten. Kleine Eifersüchteleien, Machtproben, Profilierungswünsche u.v.a.m. können da nicht ausbleiben. Solche emotionalen Regungen tauchen dann auf, wenn es „heiß“ her geht und politischer Handlungsbedarf besteht. Bei ungerechtfertigten Attacken der politischen Mitbewerber, Personalangelegenheiten, bei Subventions- und Wohnungsvergaben, ungelösten Verkehrsfragen, geplanten Bauvorhaben u.a.m. Als Fraktionsvorsitzender hat man kühlen Kopf zu bewahren, zu moderieren, auszubalancieren oder ausnahmsweise ein „Machtwort“ zu sprechen, damit die Wogen nicht zu hoch gehen. Wenn so ein Intermezzo wieder vorbei ist, tritt die Gruppe meistens geschlossener auf als vorher. Der Vorsitzende hat daher vorrangig danach zu trachten, dass solche Situationen gut gemanagt werden um den Zusammenhalt der Gruppe und die

notwendige Motivation zu erhalten. Aus meiner Sicht – und das freut mich besonders - ist das in der SPÖ Gemeinderatsfraktion immer gut gelungen.

Als ich 1993 die Funktion des Finanzreferenten übernommen habe, war mir klar, dass ich diese Aufgabe nur dann erfolgreich erfüllen werde, wenn ich meine Vorstellungen von einer sinnvollen Finanzpolitik auch durchsetzen kann. Ich wollte auf keinen Fall ein Finanzreferent sein, der nur danach zu trachten hat, dass die finanziellen Mittel für die „verständlichen“ Wünsche des Bürgermeisters, der Bürgermeisterin, der geschäftsführenden GemeinderätInnen, von Gemeindebediensteten, verantwortlichen VereinsfunktionärInnen, der politischen MitbewerberInnen etc. rechtzeitig und in vollem Umfang aufgestellt werden. Und das womöglich noch losgelöst davon, wie sich die Gemeinde in finanzieller Hinsicht entwickelt.

1993 habe ich daher bewusst auch den Fraktionsvorsitz in der SPÖ übernommen um meine Finanzpolitik in der Gemeinde auch durchsetzen zu können. Sicher eine schwierige Doppelrolle, auf die ich mich da eingelassen habe. Als Fraktionsvorsitzender war ich für die Umsetzung der Wahlprogramme der SPÖ in der Gemeinde zuständig und als Finanzreferent hatte ich zu trachten, dass die Gemeindefinanzen in Ordnung bleiben. Wenn man die von der SPÖ gestellte „Gemeindeführung“ ab 1993 analysiert, erkennt man, wie sinnvoll und erfolgreich eine gute „Machtverteilung“ auf Gemeindeebene sein kann: Bürgermeister, Vizebürgermeisterin und Finanzreferent mit starken politischen Funktionen und breit gestreuten Kompetenzbereichen. Niemand konnte alleine „Macht“ ausüben. Alle brauchten einander. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt, dass so ein Modell Erfolg bringen kann.

Jedenfalls ist die Geschichte der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion Brunn am Gebirge eine Erfolgsgeschichte. Nach den Gemeinderatswahlen 2000 konnte die SPÖ Gemeinderatsfraktion - unter meinem Vorsitz – mit Bürgermeister Ernst Nakladal an der Spitze erstmals mit absoluter Mehrheit – und dem berühmten 17. Mandat, besetzt mit dem damals noch parteiunabhängigen Jungunternehmer Matthias Müller - in den Brunner Gemeinderat einziehen. Matthias Müller wurde von Alois Lick und mir Ende 1999 für die SPÖ Gemeinderatsliste angeworben. Er hat sich schnell profiliert und als große Bereicherung für die SPÖ erwiesen. Als Nachfolger von Dr. Andreas Linhart ist er mittlerweile Klubsprecher der SPÖ, und mein Nachfolger als Finanzreferent der Gemeinde.

Auch wenn die SPÖ Gemeinderatsfraktion bei den Gemeinderatswahlen 2005 zwei Mandate verloren hat, ist es bis zu diesem Zeitpunkt immer aufwärts gegangen. Entweder wurde der Stand gehalten oder es wurden Mandate dazugewonnen. Wenn man die Leistungen der Gemeindeverwaltung in den letzten Jahren in diesem Licht Revue passieren lässt, dann hat die „funktionierende“ SPÖ Gemeinderatsfraktion der Marktgemeinde Brunn am Gebirge und somit der Brunner Bevölkerung sehr gut getan.

Wichtig in einer demokratischen Gesellschaft im Allgemeinen und in einer Gemeinde im Besonderen ist, dass der Respekt und die Achtung gegenüber den politischen Mitbewerbern erhalten bleiben. Auf dieser Basis werden sich immer wieder vernünftig denkende Menschen engagieren, ihre Ideen und ihre Gestaltungskraft einbringen und so zum Wohle der Gemeinschaft arbeiten. Es geht vor allem um ein Grundprinzip in der Demokratie: Meinungen und Entscheidungen von politischen MitbewerberInnen gelten zu lassen. Das ist nicht nur demokratisch angebracht sondern auch klug. Nur in diesem Fall bleiben nämlich alle sinnvollen politischen Optionen offen, einen eigenen, glaubwürdigen Standpunkt zu vertreten und für diesen zu werben.

Die Voraussetzung dafür sind selbstbewusste GemeinderätInnen, die ihr Anliegen mit Engagement und Kompetenz vertreten und bereit sind, sich der Diskussion und der Kritik zu stellen.

Das Ausscheiden aus meinen politischen Funktionen in der Ortspartei und in der Gemeinde habe ich indirekt unmittelbar nach der Gemeinderatswahl 2005 eingeleitet. Ich habe damals meinen Freundinnen und Freunden in der Ortsorganisation gesagt, dass ich nur mehr für eine Übergangsperiode zur Verfügung stehen möchte. Gleichzeitig habe ich dem Ortsausschuss vorgeschlagen, dass, unter der Leitung von Matthias Müller, eine Projektgruppe eingesetzt werden soll, die sich vorbehaltlos mit der personellen und inhaltlichen Erneuerung der Brunner SPÖ beschäftigen sollte. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Projektgruppe wurde eingesetzt. Ich selbst habe mich dabei nicht engagiert, weil ich wollte, dass in der Projektgruppe völlig frei und unbeeinflusst diskutiert und gearbeitet werden kann. Ob es letztendlich gute Ergebnisse sind, die erarbeitet wurden, werden – wie immer in der Demokratie – die politischen Wahlen zeigen.

Meine Funktion als SPÖ Klubsprecher habe ich im Oktober 2008 zurückgelegt. Mein Nachfolger wurde Dr. Andreas Linhart.

Schlussbemerkungen und Zukunftswünsche

Die dargelegten Erinnerungen sollen dazu beitragen, dass zusätzlich zu den offiziellen Präsentationen und Darstellungen von Gemeindeleistungen, wie es insbesondere bei Jubiläumsfeierlichkeiten üblich ist, auch die dahinterstehende, oft mühsame Arbeit des Gremiums Gemeinderat, des Gemeindevorstandes, der Gemeinderatsausschüsse und die Aktivitäten einzelner GemeinderätInnen gesehen werden. Sehr oft war und ist es vor allem ihrer Arbeit zuzuschreiben, dass unsere Gemeinde diese überaus positive Entwicklung in den vergangenen fünfzehn Jahren nehmen konnte.

Das Gremium Gemeinderat ist das einzige, direkt gewählte, demokratische Organ der Gemeinde, daher soll ihm auch der Stellenwert zukommen, der ihm gebührt.

Nicht zu vergessen sind die Aktivitäten der Gemeindebediensteten und der jeweiligen Referatsverantwortlichen. Erst in der Summe, und richtig ausgewogen, gibt es so etwas wie eine „objektive Wahrheit“ über die Geschehnisse eines bestimmten Zeitraumes. Wichtig ist mir darauf hinzuweisen, dass Politik von Menschen gemacht wird und daher die Ergebnisse der Politik immer in einem hohen Grad mit den handelnden Personen in Zusammenhang zu sehen sind.

Unsere Heimatgemeinde Brunn am Gebirge steht politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell auf einem hohen Niveau. Mein Wunsch ist, dass das auch in Zukunft so bleiben wird.

Meine Gemeinderatstätigkeit habe ich im August 2009 aus freien Stücken beendet. Für mich war während meiner gesamten politischen Laufbahn entscheidend, dass ich den Zeitpunkt, mit dem ich aus meinen Funktionen ausscheide, selbst bestimmen kann und werde. Mir ist das in der Form gelungen, dass ich meine Projekte im Wesentlichen abschließen und an einer gut geordneten Nachfolge mitwirken konnte.

Von der SPÖ Gemeinderatsfraktion wurde ich am 3. Oktober 2009 in einem würdigen Rahmen im Golfplatzrestaurant in Brunn am Gebirge verabschiedet. Meine Abschiedsgeschenke waren ein musikalisches Ständchen (Hobellied aus Ferdinand Raimunds „Verschwender“ – und das bei mir!), umgetextet von Brigitta Hirsch und vorgetragen von den SPÖ Fraktionsmitgliedern sowie eine mit meinem Konterfei verzierte Torte. Als Andenken bekam ich ein schönes Goldkettl mit einer kleinen, goldenen Klarinette. Die Überraschung war groß, als auch noch meine ehemaligen Musikkollegen, die „Steindler Buam“ zu einem Ständchen aufgespielt haben. Meiner Frau Karin und mir wurde ein schöner und unterhaltsamer Abend beschert.

Am 23. Oktober 2009 wurde mir im Rahmen der Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag von Bürgermeisterin Helga Markowitsch und dem Verwaltungsreferenten Dr. Ernst Brunner – beide haben Laudationen gehalten - der Ehrenring der Marktgemeinde Brunn am Gebirge überreicht. Über diese Auszeichnung habe ich mich sehr gefreut. Sie ist nach der Ehrenbürgerschaft die höchste Würdigung, die die Gemeinde zu vergeben hat.

Die letzte Verabschiedung fand am 25. November 2009 auf der Galerie des Festsaaes statt. In diesem Rahmen wurde ich von den Bediensteten der Marktgemeinde und den Vorstandsmitgliedern des Gemeinderates verabschiedet und mir ein von Franz Täubler gemaltes Bild (Rathaus) als Abschiedsgeschenk der Gemeinde übergeben. Gesprochen haben die Bürgermeisterin Helga Markowitsch, der Leitende Gemeindebeamte Wolfgang Schragner, die Personalvertreterin Brigitte Tschank, die Vorsitzende der Gewerkschaftsvertretung Gerda

Wieninger, Dr. Andreas Linhart für die SPÖ, Liesl Lichtblau für die ÖVP und Peter Lang für die Grünen. Von den vorgenannten habe ich zusätzlich „flüssige“ Abschiedsgeschenke erhalten. Mit meinen abschließenden Dankesworten durfte ich gleichzeitig ein wunderbares Mittagsbuffet eröffnen und den MitarbeiterInnen der Gemeinde einen freien Nachmittag beschenken.

Ich danke allen Verantwortlichen für die ehrenvolle Verabschiedung aus meinen Gemeindefunktionen. Ich danke auch den Vertretern der Brunner Einsatzorganisationen Feuerwehr und Rotes Kreuz, den geistlichen Würdenträgern Dr. Walter Kratzer und Dr. Klaus Heine und vielen VereinsfunktionärInnen, mit denen ich zahlreiche Stunden - meistens als Finanzreferent am Verhandlungstisch oder Sitzungen und Festivitäten - verbringen durfte.

Der Marktgemeinde Brunn am Gebirge wünsche ich, zum Wohle ihrer Bevölkerung, in Gegenwart und Zukunft verantwortungsvolle GemeindevertreterInnen und tüchtige MitarbeiterInnen im Gemeindedienst.

Verleihung
des
E h r e n r i n g e s
der
Marktgemeinde Brunn am Gebirge



Feier zum Nationalfeiertag

Festsaal

Brunn am Gebirge, am 23. Oktober 2009